

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 23. April 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Inflation-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Annoncen-
zeile oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 80 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das erste (selb-
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf. Stellensuche und Schul-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
16 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Innumeration: 1.10 Pf.,
wöchentlich 20 Pf., frei ins Haus.
Eingelassene Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnements-Preis: 1.10 Pf. pro Monat.
Eingelassen in die Post-Vertriebs-
anstalt. Unter Preisband für
Deutschland und Österreich: Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
6 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

Kuliffenspiel.

Die Akerfale „Köln. Volksztg.“ hat unlängst die Forderung einer Neuerteilung der Reichstagswahlkreise für berechtigt erklärt. Davon will ihre Schwester, die Berliner „Germania“ nichts wissen. Sie schlägt eine Zusammenlegung der „über-völkerten“ Wahlkreise vor, die eine größere Anzahl von Abgeordneten als bisher nach dem Verhältnisystem wählen sollen. Von 15 Berliner Mandaten würden nach dem Stimmenverhältnis der letzten Reichstagswahlen neun der Sozialdemokratie, sechs den bürgerlichen Parteien zufallen. Bochum, Dortmund, Essen, Duisburg, Mülheim zusammengelegt sollen acht Mandate erhalten, in die sich Zentrum und Sozialdemokratie mit je drei, die Nationalliberalen mit zwei Abgeordneten teilen. Ähnlich sollen in Köln Stadt und Land und Düsseldorf Zentrum und Sozialdemokratie mit je zwei, die Nationalliberalen mit einem Parlamentsstimm bedacht werden. In analoger Weise wäre natürlich in Sachsen, Thüringen, in den Seestädten usw. vorzugehen.

Dieser Vorschlag der „Germania“ ruft Vorgänge in die Erinnerung, die einige Zeit zurückliegen. Anfang August 1904 griff der „Vorwärts“ eine Mitteilung der „Neuen Pol. Correspondenz“ auf, wonach Zettelungen gegen das Reichstagswahlrecht im Gange wären, in die das Zentrum verstrickt sei. Diese Meldung bestätigte der „Hamb. Correspondent“ direkt, „Post“ und „Kreuzzeitung“ indirekt. Als der in den Zettelungen beteiligte Abgeordnete wurde Herr Spahn genannt. Der Plan geht dahin, das Reichstagswahlrecht bedeutend zu verschlechtern, das Wahlrecht für Preußen etwas zu verbessern, für Preußen und das Reich ein gleiches Wahlrecht zu schaffen, das später in allen Bundesstaaten zur Einführung gelangen sollte. Die „Köln. Volkszeitung“ und mit ihr die „demokratische“ Zentrums-Presse gebürdete sich rasilos; trotzdem erfolgte zunächst kein Dementi. Erst als die sozialdemokratische Presse ihm darob verb auf den Pelz rückte, bequeme sich Herr Spahn in der „Germania“, die Sache in Abrede zu stellen. Um so größer war das Erschrecken, als einige Monate später Herr v. Jeddlich erklärte, das Spahn'sche Dementi sei keines. In Wirklichkeit habe sich das Zentrum zu Zugeständnissen in der Wahlrechtsfrage bereit erklärt; es handele sich um die Aufstellung fester Wählerlisten und die Vorschrist, daß die Ausübung des Wahlrechts von einem mindestens sechsmonatlichen Aufenthalt am Wahlort abhängig gemacht werde; die festen Wählerlisten sollten es ermöglichen, Neu- und Ergänzungs-wahlen in kürzester Frist vorzunehmen und der verhegenden Agitation entgegenzutreten. Auch diesmal erfolgte ein Dementi erst geraume Zeit später in der „Germania“ und wiederum erst nach wiederholten Anzuspinnungen in der sozialdemokratischen Presse.

Daß damals Herr Spahn dementieren würde, war vor-auszusehen und nicht weiter verwunderlich. Für solche kompromittierende Sachen hat die Akerfale Diplomatie seit jeher das Institut der „zuverlässigen Mittelspersonen“. Daß jedoch an der Sache so ganz und gar nichts gewesen sei, ist bei der grundsätzlichen Segnerchaft des Zentrums gegen jedes Majoritätsprinzip und der Wahlrechtsfrage, die allgemein während der Legislaturperiode 1903/1904 unter den bürgerlichen Parteien grassierte, nicht recht wahrscheinlich. Schrieb doch selbst die „Köln. Volkszeitung“ anlässlich des Hamburger Wahlrechtsraubes, die nur sei zwar „noch nicht“ notwendig gewesen; aber „es ist richtig, daß jeder Staat, sobald eine sozialdemokratische Volksvertretungsmehrheit die ganze Reichsherrschaft zum Stillstand zu bringen droht, rechtzeitig Gegenmaßnahmen treffen muß. Kein Staat kann sich selbst verneinen und umstürzen lassen, ohne sich zu wehren. Darüber sollen die Sozialdemokraten sich nur ja keinen Täuschungen hingeben“ — ein Standpunkt, der fast bis aufs Wort sich mit der Haltung der rechtsliberalen „Köln. Zeitung“ in der gleichen Frage deckte. Vielleicht ist der „Germania“-Artikel berufen, Klarheit in die Angelegenheit zu bringen. Er liegt ganz in der Richtung jener Kartellpläne, die zwischen Zentrum und Nationalliberalen geraume Zeit betrieben wurden und enthält im Grunde genommen nichts anderes als den Versuch, die Wirkungen eines Kartells, das in Rücksicht auf die Wähler seine Bedenken hatte, auf anderem Wege zu erreichen. „Post“ und „Kreuzzeitung“ redeten anlässlich der Beröffentlichung der „Neuen Pol. Corr.“ einem Kartell der Ordnungsparteien eifrig das Wort, und auch der „Hamburg. Corr.“ sprach von dem „berhängnisvollen Gedanken eines Ordnungskartells“, bei dem die Liberalen die Zehne bezahlen müßten. Der „Germania“-Artikel paßt ganz in die damalige Situation, der es entsprochen hätte, wenn das Zentrum zwar das Reichstagswahlrecht formell unangestastet lassen, dafür aber das Pluralwahlrecht, wie es die heutige Wahlkreis-geometrie dem Agrarierstum in den Schöf wirft, künstlich und bis zur Willkür feigern wollte.

Zimmerhin, sei die Anregung der „Germania“ neu oder alt: daß sie auf einflussreiche Zentrumskreise zurückgeht, liegt ohne weiteres auf der Hand, da sonst die „Germania“ sich nicht zu ihrer Veröffentlichung entschlossen hätte. Man wird in der führenden Zentrums-Presse nie gefunden haben, daß der Initiative der Redaktionensoldat weittragende Pläne entspringen. Auch diesmal werden mit der Anregung zweifelsohne bestimmte Ziele verfolgt. Es scheint

sich die Politik wiederholen zu sollen, die das Zentrum im Kartellreichstage trieb. Es legte sich damals vor die Majorität, um sie an reaktionären Vorschlägen zu übertrumpfen, und spielte seine Rolle so geschickt, daß es die Nationalliberalen in der Tat aus dem Sattel hob. Nichts könnte nach dem Ausfall der letzten Wahlen dem Regierungsbündel im ganzen und den Nationalliberalen und Freisinnigen im einzelnen gefährlicher sein als eine Wahlrechtsreaktion. Schon zur Zeit des Kartellreichstags war die „Germania“ das Organ, das bei allen reaktionären Zentrumsstreichen die Vorhand hatte und ist es bis heute geblieben. Als das Sprachrohr des reaktionären Flügels im Zentrum ist es bekannt. Die Berliner Facharbeiter, ein Gemengel von Adel und Kaplanschaft, die vom Koalitionsrecht der Arbeiter nichts wissen wollen und dem Reichstagswahlrecht nie Geschmack abgesehen konnten, stehen dem Blatte sehr nahe. Die „Germania“ ist wiederholt zu reaktionären Vorführen wider den „demokratischen“ Flügel des Zentrums benutzt worden, zumal gegen die Kreise vom „Arbeiterwohl“. Als es sich um das Abschwenken des Zentrums in die Kolonial- und Marineherrschaft handelte, war sie der Rufer im Streit. Der Vorstoß, den sie jetzt gegen das Reichstagswahlrecht unternimmt, ist um so bezeichnender, als just das „oppositionelle“ Zentrum die Nachschafften wider das Reichstagswahlrecht wieder aufnimmt, die der Aker des letzten Reichstags ihr Gepräge gegeben haben. Ueberraschen kann es freilich nicht, wenn der stärkere reaktionäre Einschlag, mit dem das Zentrum aus den letzten Wahlen zurückgekehrt ist, sich Geltung zu schaffen sucht.

Der frühere Abgeordnete Julius Bachem meinte bei einer Gelegenheit, zum großen Teil ruhe der Einfluss des Zentrums auf dem Umstande, daß es die industriellen Kreise wider die Sozialdemokratie behaupte, keine andere Partei mache dies dem Zentrum nach. Mehr und mehr zeigt sich, daß auch das Zentrum sterblich ist, daß es auf die Dauer dem Ansturm der Sozialdemokratie nicht standhalten wird, und der „Germania“-Artikel ist nur eine Bestätigung dieser Tatsache. In demselben Maße mehrten sich die Zentrumsstimmen, die sich wider das Reichstagswahlrecht aussprachen. Die Politik der „Harmonie“ und der „rechten Mittellinie“, der halben Versöhnungen und des ganzen Arbeiterverrats, war für das Zentrum nur so lange der Weisheit letzter Schluss, als es Arbeitervertreter in größerer Zahl aus seiner Fraktion fernhalten konnte. Mit dieser Praxis mußte das Zentrum bei den letzten Wahlen brechen, einige der bedrohtesten industriellen Wahlkreise an Arbeiterkandidaten ausliefern. Rücksichten auf die Reichstagswahlen ließen dann das Zentrum im Abgeordnetenhaus den Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen einbringen. Der Antrag ist noch nicht zur Beratung gelangt und das Zentrum wird um seine Versprechung nicht sonderlich pressiert sein. Die Erwartung wäre verfehlt, als könne das Arbeiterelement der Politik des Zentrums eine stärkere demokratische Färbung geben. Wohl wird es die Widersprüche im Zentrum selber verschärfen, der Klassencheidung im Akerfalismus eine neue Stütze geben, und insofern ist sein Dasein von großem Nutzen. Aber gegen das agrarische Uebergewicht wird es um so weniger vermögen, als der Stimmenzuwachs des Zentrums in den Städten zumal des westlichen Industriegebietes vorwiegend von den Mittelschichten gestellt wurde. Wenn das Zentrum Orte wie Köln und Düsseldorf behauptete, so verdammt es dies in erster Linie dem sog. Mittelstande, den der Haß gegen die Arbeiterschaft, gegen das wirtschaftliche Schwergewicht der Klassenbewußten Arbeiterbewegung nicht nur in den genannten beiden Städten, sondern allerwärts weit zahlreicher an die Urne trieb als zuvor. Hierüber kann bei demjenigen kein Zweifel bestehen, der die Stadtverordnetenwahlen im westlichen Industriegebiet seit 1903 näher beobachtet hat. Ihr wesentliches Merkmal war eine absolut und relativ immer stärkere Mobilisierung der Mittelschichten wider die Sozialdemokratie.

Anregungen, wie die „Germania“ sie gibt, können uns im Grunde nur recht sein. Jedes Wahlrechtskartell wird nach den Wahlen die Arbeiterklasse gerüsteter finden als je zuvor. Rügen die Reaktionäre im Zentrum sich so auffällig spreizen, als sie es vermögen: sie werden damit den Entwicklungsprozess in den eigenen Reihen, die Klassen-scheidung und Klassenklärung im Akerfalismus nur fördern. Auch das Akerfale Industrieproletariat begreift heute, wohinaus solche Pläne treiben und zu wessen Ruh und Frommen sie gepredigt werden. Man hat die christlichen Organisation geschaffen, um in die Arbeiterbewegung einen tödlichen Keil zu treiben. Aber man hat erleben müssen, daß unter dem Zwang der Umstände, getrieben von der Sozialdemokratie, den freien Gewerkschaften und ihrer eigenen Anhängerschaft die christlichen Organisationen sich allgemach zum Klassenkampf durchmauserten, wenn sie auch mancherorts noch Streikbruch treiben und den Streikbruch organisieren. So sehr sie sich den Anschein geben, den Klassenkampf grundsätzlich zu verpönnen, praktisch treiben sie ihn, sind sie zu dem Bekenntnis gezwungen, daß ohne Kampf in der kapitalistischen Gesellschaft für den Arbeiter kein Heil. Ohne entsprechende Macht könne das Recht sich im öffentlichen Leben nicht durchsetzen, zu allen Zeiten habe es sich auf eine gewisse Macht stützen müssen, die Stärke sei eine Ergänzung zum Recht — diese und verwandte Motive klingen heute in der Presse und den Broschüren der W. Gladbacher in zahllosen Variationen wieder.

Je näher aber die christlichen Arbeiter der Erkenntnis ihrer Klassenlage kommen, um so mehr lernen sie demokratische Rechte schätzen und fordern. Auch ihnen gilt heute das Koalitionsrecht als ein notwendiges Korrelat zur freien Konkurrenz, vor allem zur Vereinigungsfreiheit der Unternehmer mit ihren Kartellen, Trusts und Syndikaten, die, mögen sie selbst als wirtschaftliche Verbände entstehen, doch dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaft entsprechend in Kampforganisationen wider die Arbeiterklasse umschlagen. Der Kapitalismus trifft jedes Individuum an der Grundlage seines Daseins, am nackten Rechte auf die Existenz, er treibt Wucher mit dem Mark der Generationen wie des einzelnen. Darum muß es den Massen gegeben sein, dem bedrohten Existenzrecht Geltung zu verschaffen, das fortgesetzte brutale Attentat auf dasselbe mittels der Gesetzgebung zurückzuweisen. Und das vermögen sie nur, wenn sie das, worin ihre Stärke ruht, das Gewicht der Zahl, in die Waagschale werfen können. In einem Kampf um das Reichstagswahlrecht würde heute auch das Gros der christlich organisierten Arbeiter seinen Mann stehen. Der Kapitalismus, der Kohle und Eisen, die Rheinschiffahrt und das große Netz der elektrischen Kleinbahnen zweier Provinzen in wenig Händen monopolisiert hat, der das westliche Bankkapital und durch dies die städtische Grundstückerpekulation beherrscht, der eben im Begriffe steht, mit den Kommunen gemeinsam große kommunale Aufgaben zu verwirklichen und so die Finanzwirtschaft großer Gemeinwesen in die Abhängigkeit von sich zu bringen — der Kapitalismus ist im Westen zu weit vorgeschritten, als daß der wirtschaftliche Grundcharakter des Wahlrechts nicht auch die christlichen Organisationen zum Schutz desselben in die Bewegung zwingen würde. Darüber sollten sich die ostelbischen Hintermänner der „Germania“ nicht täuschen!

Die Situation im Baugewerbe.

Die Arbeiterschaft sieht vor bedeutungsvollen Ereignissen. In diesen Tagen wird die Entscheidung fallen über Krieg und Frieden im Baugewerbe. Die Forderung der Maurer ist an sich so gerecht, so vernünftig, daß wir darüber kein Wort zu verlieren brauchen. Auch ihre Kriegslage ist genügend gefüllt, um einen längeren Kampf mit Ruhe entgegengehen zu können. Weiter ist nicht zu verkennen, daß eine Reihe Bauunternehmer dem Kampfe sehr gern aus dem Wege gingen. So sehr vielleicht auch die Solidarität dem Unternehmertum imponiert: wirtschaftliche Kämpfe kosten den beteiligten Unternehmern große Opfer, und man hat auch schon gemerkt, daß die Leidtragenden nur die kleinen Unternehmer sind, daß die Kämpfe mit den Arbeitern dem Großkapital mehr und mehr die Herrschaft im Gewerbe in die Hände spielen.

Wer die Vorgänge genau verfolgt hat, kann aber nicht darüber in Zweifel sein, daß ein paar Scharfmacher im Baugewerbe in Verbindung mit den Oberbauunternehmern der Metallindustrie auf einen Kampf hinarbeiten. Die übrigen Bauunternehmer werden dabei gar nicht gefragt. Und man kennt die Stimmung in den Kreisen der Bauarbeiter. Absichtlich hat man darauf hingearbeitet, die Empörung der Arbeiter, ihre Kampflust zu steigern. In berechneter, provokatorischer Absicht wurde zu jenem Zwecke der Beschluß gefaßt, die Arbeiter sollten die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit zurückziehen, ehe man überhaupt in Verhandlungen eintrete.

Diesem Verlangen konnten und durften die Arbeiter nicht entsprechen. Das wußte man auch ganz genau! Nachdem man durch die unwürdige Zumutung die Arbeiter genügend gereizt hatte, glaubte man in Vorbereitung des Zieles, das hinter dem herbeigeführten Kampfe steckt, einen Schritt weiter gehen zu können. In der sicheren Erwartung, daß die Arbeiter den Schiedspruch des Vergleichsamtes ablehnen, ließ man es zu dem Angebot der Lohnerhöhung von 3 Pf. für das erste Jahr und von je 2 Pf. für das zweite und dritte Jahr kommen. Im dritten Jahre würde sich bei 20 Arbeitstagen die Lohnerhöhung auf 151.20 M. stellen.

Wir glauben uns nicht zu täuschen in der Annahme, daß die Oberbauunternehmer auf Ablehnung des Schiedspruches drängen werden, um die Arbeiter auf jeden Fall in einen Kampf hineinzutreiben, wenn diese, wider ihr Erwarten, einem solchen zustimmen sollten. Daß man bestimmt auf Ablehnung rechnet, beweist ja der Ausspruch eines der Unternehmer: „Wenn Herren, wir sehen uns nicht wieder!“ Lehnen aber die Arbeiter ab, dann will man einen Kampf von beispielloser Schärfe inszenieren, in dem die Arbeiter das gesamte Scharfmachertum gegen sich haben. Ist angesichts der Wirtschaftslage die Lust zu Ausperrungen ohnehin schon groß, so wird man zu dem Zweck, den man in letzter Linie im Auge hat, die Arbeiter in ganz skrupelloser Weise auf die Straße werfen. Man beabsichtigt noch andere Verufe in den Kampf hineinzudrängen, Tausende und Abertausende in Mitleidenschaft zu ziehen.

Die Bauarbeiter stehen deshalb vor einer folgenschweren Entscheidung. Wir haben zu den Berliner Bauarbeitern das Vertrauen, daß sie sich des Ernstes dieser Lage wohl bewußt sind.

Seit jetzt mehr als einem Vierteljahre tobt der Kampf in der Holzindustrie. Noch haben die Holzarbeiter vermocht, denselben aus eigenen Mitteln zu führen, noch stehen ihnen weitere Mittel auf Wochen zur Verfügung. Aber das aller-

dinge recht vorsichtige und zurückhaltende Eingreifen des Metallindustriellen-Verbandes hat den schon verzweifelten Unternehmern der Holzbranche den Mut eingegeben, es noch weiter zu versuchen. Kommt ein Kampf im Berliner Baugewerbe dazu, der das zehnfache an Menschen umfassen muß, wie der der Holzarbeiter, dann muß die Arbeiterschaft im Kampf gegen das Unternehmertum ihre Kräfte zersplittern, statt sie zu konzentrieren. Es gilt aber, einen Kampf zum siegreichen Ende zu führen, nicht eine Unzahl von solchen zu entfesseln.

Deutschlands Einkreisung.

Es ist begreiflich, daß der Reiztrieb, der den Onkel des Deutschen Kaisers, den König Eduard von Großbritannien und Irland, erfaßt hat und ihn zu allerlei politischen Missionen im Mittelmeer bewegt, einem Teil der konservativen und national-liberalen Blätter auf die Nerven fällt, wenn es auch gerade nicht von besonderer politischer Einsicht zeugt, daß sie erst jetzt entdecken, wie Deutschland nach und nach von den Westmächten, speziell von England, immer mehr politisch isoliert oder, wie es neuerdings im diplomatischen Jargon heißt, „eingekreist“ worden ist. Weniger begreiflich erscheint es jedoch, daß diese Blätter für die Isolierung Deutschlands nicht den Fürsten Bülow, den offiziellen Leiter der deutschen auswärtigen Politik, verantwortlich machen und sich an dessen redselige Staatskunst wenden, sondern über die Bosheit und die Intrigen des „perfiden“ Albion räsonnieren. Mit der angeblichen Bosheit Englands und seiner Eifersucht auf die Entwicklung des deutschen Handels und der deutschen Schifffahrt ist die jegliche, nichts weniger als glänzende politische Stellung Deutschlands im Konzert der Mächte nicht erklärt. Zum Einkreisen gehören mindestens zwei: derjenige, der einkreist, und derjenige, der sich einkreisen läßt; und sicherlich beweist auf politischem Gebiet derjenige eine größere Befähigung, der einen anderen zu isolieren weiß, als derjenige, der sich isolieren läßt. Tatsächlich hat Deutschland seit der vorjährigen Algieras-Bosse stetig an internationalem politischem Kredit eingebüßt, und zu diesem Resultat haben nicht zum wenigsten die imperialistischen Verheißungen beigetragen, mit denen sowohl von Mitgliedern der Regierung wie von der offiziellen Presse bei der letzten Reichstagswahl operiert worden ist. Der Artikel über die imperialistischen Pläne der Regierung, den sofort nach der Reichstagsauflösung die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlichte, mag als agitatorische Leistung nicht ganz unübel sein, er zeugte aber in seiner völligen Ignorierung der Wirkung derartiger imperialistischer Ankündigungen nach außen von einer fast beispiellosen Tappigkeit.

Statt nun aber in der jetzigen Lage, in die Bülow's diplomatische Kunst Deutschland gebracht hat, wenigstens tüchtiges Blut zu beschaffen, rast die deutsche nationale Presse wie ein wildgewordener Neurathenier und beschäftigt sich in langen Auseinandersetzungen mit einem Artikel der „Correspondencia de España“, in dem allerlei von der beabsichtigten Gründung eines Mittelmeer-Bierbundes erzählt wird. So heißt es z. B. in dem Artikel:

„Zwischen Spanien und England ist ein völliges Einvernehmen für Krieg und Frieden zustande gekommen. England liefert Geld zur Umwandlung der spanischen Renten und garantiert die Sicherheit der spanischen Küsten durch seine Flotten. Spanien stellt dagegen eventuell seine Truppen, rüstet die Arsenalen aus, besetzt die Häfen, die England als Operationsbasis dienen, und unterhält eine Defensivflotte, die sechs erstklassige Panzer, sechs Schnellkreuzer und zwölf Hochseetorpedoboote umfaßt. England und Spanien erwarten den Beitritt Frankreichs und Italiens, so daß ein Mittelmeer-Bierbund entsteht. Auf alle Fälle vermöchten Spanien und England vereint die Gibraltar-Geuta-Meerenge zu sperren, so daß England seine Flotten je nachdem im Osten oder im Westen konzentrieren könne. Alle englischen Kriegsschiffe ständen heute auf Kriegsfuß, so daß sie eventuell keinen Mann und kein Pfund Pulver mehr einzuwickeln brauchen. In drei Tagen könne England in den europäischen Gewässern mehr Schiffe vereinigen, als Europa zusammen.“

Ueber so ruchlose Pläne regt sich die patriotische Presse gewaltig auf, macht, wie z. B. die „Kön. Ztg.“, allerlei Andeutungen, daß der König von Spanien oder sein Gesolge beim Besuch in Berlin die Etikette verletzt habe und beruhigt sich schließlich mit der Versicherung des offiziellen Organs der spanischen Regierung, der „Agencia Fabra“, daß in spanischen amtlichen Kreisen dem Artikel der „Correspondencia de España“ jede Authentizität abgeprochen werde.

So ziemlich das Einfältigste, was unter den jetzigen Umständen die hoffnungslose deutsche Presse sich leisten kann. Durch Geschimpf und Anspielungen auf ganz nebensächliche, aberne Verletzungen der hiesigen Etikette werden die Beziehungen Deutschlands zu Spanien, England und Frankreich sicher nicht bessere, ebensowenig wird dadurch, daß dem Artikel der „Correspondencia de España“ jede Authentizität bestritten wird, belehrt, daß er die politische Tendenz der Entente zwischen England, Frankreich, Spanien und Italien nicht richtig erfährt. Mag auch ein tatsächliches Bündnis zwischen diesen Mächten nicht bestehen, so ist doch der Effekt ihrer Annäherung ganz treffend gezeigt.

Wäre die deutsche Diplomatie nicht in allerlei lächerlichen Illusionen verrannt, so hätte sie längst dem Spiel Englands ein Paroli geboten und nicht nur den Antrag Englands, auf die Tagesordnung der Haager Friedenskonferenz die Abrüstungsfrage zu setzen, angenommen, sondern ihrerseits noch weitergehende Anträge gestellt. Statt dessen aber schwärmt die der Regierung nahe stehende Presse für die sonderbare Weisheit, die Professor Münsterberg sich gegenüber dem früheren amerikanischen Großindustriellen Carnegie auf dem New Yorker Friedenskongreß geleistet hat, und gefällt sich in allerlei albernen Heereien gegen England und Frankreich. Das beste Mittel, um die Einkreisung Deutschlands zu vollenden! —

Sand in die Augen des liberalen Philistertums.

In der liberalen Presse finden sich wieder einmal die wildesten Auslassungen gegen das „persönliche Regiment“. So berseht die „Rein. West. Ztg.“: „Gewiß sind die großen Gegensätze, die die europäischen Staaten zu gewaltigen Kämpfen zwingen, zum größten Teil wirtschaftlicher und national-politischer Art. Aber die augenblickliche Verschärfung ist durchaus persönlich. Zwei Personen liegen sich im heißen Wettkampf an europäischen Schachbrettern gegenüber. Der eine ein alter, tüchtiger, berechnender, ruhiger Spieler, der andere ein jüngerer, temperamentvoller, unbedenklicher, theatralischer und phantastischer Held. Dem der Steg zu fallen wird, solange sie nur mit diplomatischen Schachfiguren sich bekämpfen, ist heute nicht mehr zweifelhaft. Wilhelm II. ist matt gesetzt. Von all den Königen und Fürsten, die er in den ersten Jahren seiner Regierung besuchte und um sich zu scharen wußte, hielt keiner liebend bei ihm aus als der alte Franzose und der Deutsche der g-rtien

Spielhölle der Welt... All die Freundschaften, Lobpreisungen, Geschenke und Orden, selbst die heißen Gebete haben nicht geschadet. Wilhelm II. ist ein Jam geworden auf der steilen Höhe, wo Fürsten stehen. Überall, wo heute die politischen Gegensätze aufeinanderstoßen, richten sich die Spitzen gegen ihn. Ja, man kann sich oft des Gedankens nicht entschlagen, daß von dem gefährlichsten Gegner gerade die Person unseres Kaisers zum Zielpunkt genommen ist. Mit dem wirtschaftlichen Wettkampf, mit nationalen Verschiedenheiten, könnte man sich abfinden, aber die Art und Weise, wie der Erbe von Bismarcks Stellung die auswärtige Politik betreibt, wie er seine fürchtlichen Brüder anredet, antelegraphiert, empfangt und besucht, die empfindet man peinlich, sie möchte man ändern, gegen die richtet sich das Rätsel des Oheims.“

Die freisinnig-volksparteiliche „Pres-lauer Zeitung“ feiert Eduard den Vidon als „weitblickenden, ruhigen, klaren und besonnenen Staatsmann“ und fährt dann fort:

„Wir machten unsere internationalen Wishes weiter, während König Eduard handelte. Wir versuchten einem japanischen General den höchsten preussischen Orden — um unser Verechtigkeitsgefühl und unsere Hochherzigkeit zu beweisen, zugleich auch dem geschlagenen und gefangenen russischen General, der sich dann später als ein übler Geselle entpuppte —, während England mit Japan sehr förderliche Verträge abschloß. Wir argerten alle Welt durch unsere Handelsvertrags-politik, während England sich mit Frankreich verständigte und freundschaftlich Puffer nach Spanien und Italien ausstreckte. Wir mußten nach Algieras gehen, um uns dort vor aller Augen beschämen zu lassen, wie vereinigt wir stehen, und konnten es doch wiederum nicht unterlassen, hinterher Penjuren zu erteilen, wodurch selbstverständlich weitere Mißstimmung erzeugt wurde, sie könnten auch einmal gelobt werden. So ist Deutschland im Völk-konzert immer unbeliebter und isolierter geworden, und König Eduard hat in Paris, in Cartagena und Gaeta mit leichter Mühe die Früchte gepflückt, die wir zur Reife zu bringen redlich mitgewirkt haben.“

In der Tonart ist diese liberale Kritik nicht mehr zu überbieten. Wie muß solche Philippika gegen das persönliche Regiment den Whillstern imponieren!

Schade nur, daß hinter diesem Theaterdonner auch rein gar nichts steckt! Der Liberalismus ist ja der eigentliche Verantwortliche für alle Seltsamkeiten des persönlichen Regiments. Er hat ja alle Irrfahrten des Fiskalfurkes als getreuer Sancho Panza mitgemacht. Er hat sich sogar zu der konservativ-liberalen Paarung und all ihren verwerflichen Konsequenzen entwürdigt. Er hat sich zur Flottenpolitik und Kolonialpolitik bekehrt, er hat die Algieras-Aktion mitgedeckt! Er hat erst jetzt wieder durch Herrn Müller-Sagan erklären lassen, daß der Liberalismus das einzige Mittel, die Schäden des persönlichen Regiments zu reparieren, eine forcierte Steigerung der Rüstungen zu Lande und zu Wasser sei!

Dabei muß ja das persönliche Regiment gebeißen! Die drohenden Bierpauken gegen das persönliche Regiment dienen nur dem Zweck, dem liberalen Whillstern die liberalen politischen Wasserjuppen zu schmälzen! —

England und Deutschland.

London, 20. April. (Sig. Ber.) Die öffentliche Meinung Deutschlands leidet an Verwirrung, anders ist die Aufregung über die Mittelmeerreise des Königs von England und über den Vorschlag Sir Henry Campbell-Bannermans nicht zu erklären. Die Reife des Königs hat an der weltpolitischen Lage nichts ändern können. Das englisch-italienische Einverständnis existiert schon seit dem Jahre 1887, und das englisch-französisch-spanische seit 1904. Keines von diesen Verhältnissen ist den Verhältnissen des Königs von England zu verknüpfen. Im übrigen hat ein König von England nichts mit Politik zu tun. Die Deutschen beobachten die englischen konstitutionellen Verhältnisse nicht mit den Augen der Westeuropäer. Die Exekutive liegt beim Kabinett, dem der König nichts dazuzurechnen hat. Der König von England ist im wahren Sinne des Wortes der Diener der Nation, der er zu gehören hat. Seine Reisen folgen den Ereignissen, aber sie gehen ihnen nie voran.

Ebenso sind die Spekulationen, die an den Vorschlag Campbell-Bannermans geknüpft werden, nur das Produkt aufgeregter Nerven. Der englische Premierminister ist entschieden liberal und besteht von anderer Politik ebensowenig, wie die meisten Radikalen. Welsche, Menschenverbrüderung usw. sind alte radikale Schlagworte, die Campbell-Bannerman für edle Wahrheiten hält und denen er, trotz aller Abstraktionen seitens seiner politischen Freunde, Ausdruck gibt. In konservativen Kreisen Englands ist man über seinen Vorschlag betreffend Begrenzung der Rüstungen ebenso erbittert wie in Deutschland. Sie halten den ganzen Vorschlag für eine radikale Schräule. Aber Bannerman läßt sich nicht abhalten, das zu sagen und zu tun, was er für recht hält. So hat er den Burenkrieg für eine barbarische Tat erklärt; so gab er Transvaal die Selbstregierung, trotz der bittersten Opposition der Konservativen, und so will er seine Lieblingsidee der Beschränkung der Rüstungen auf internationalem Wege verwirklichen. Hintergedanken liegen ihm vollständig fern; er würde ebenso gehandelt haben, wenn zwischen England und Deutschland die vollste Harmonie herrschte. Nichts ist einem Deutschen so schwierig zu begreifen, wie den Gedankengang eines englischen Radikalen aus der alten Schule, da der Deutsche diesen Radikalismus nicht durchgemacht hat. Im Grunde genommen ist der Radikalismus die einzige bürgerliche Weltanschauung, die noch Ideale hat und die noch wähnt, daß man die Welt durch Ideen regieren könne. Noch heute findet man hier Radikale, die allen Ernstes erklären, ihr Programm sei die Verapredigt Jesu Christi. Campbell-Bannerman würde auf eine Frage nach einem Programme auch nicht anders antworten. Er würde sicher antworten: The Gospel! Das Evangelium.

Die Komödie der Jungfrau von Orléans.

Paris, 20. April. (Sig. Ber.) Mitten im Ernst des Klassenkampfes, der die französische Gesellschaft jetzt von Grund aus aufwühlt, taucht eine Episode von bezwingender Komik auf, eine politische Possenszene, deren Humor um so tiefer ist, als er im Widerspruch zwischen dem grotesken Detriherpalathos und der schlotternden Orléanser der regierenden Bourgeoisie seine Wurzel hat. Die Affäre der Jeanne d'Arc-Feyer von Orléans entblößt die lächerlichen Partien der radikalen Spieltheater in grotesken Schattenschwüngen, die die bestreueste Phantasie der Boulevarddramatiker weitläufig übersteigen. Die Geschichte hebt mit dem Einschluß des Herrn Clemenceau an, sich einmal auf das hohe Ross des Prinzipals zu setzen. In Orléans hat es seit unendlichen Zeiten alljährlich ein Fest zum Andenken an die Befreiung der Stadt durch das wunderbare Dienstmädchen gegeben. Ein Fest, bei dem der ganze dekorative Apparat für feierliche Maskenabspiele aufgebaut wurde: Pfaffen, Militär und Epigen der Behörden. Es gab einen Gottesdienst und einen Festzug, der halb Prozession, halb

Truppenparade war, schließlich eine Einsegnung auf dem Schlachtfeld. Das alles war eine Augenweide für die braven Provinzialer und eine besondere Herzensangelegenheit für die Hoteliers, Gastwirte und Alkoholverschlepper, denen der Fremdenzufluß ein Quell nationaler, lokalpatriotischer und geschäftlicher Genußmigung wurde. Diesmal fiel es zum Clemenceau ein, daß nach der Trennung von Kirche und Staat die Beamtenschaft unmöglich in corpore an einer Feyer von kirchlichem Charakter teilnehmen könne. Sein Verbotserlaß an die Beamtenschaft, der Geistlichkeit eine offizielle Staffage zu bieten, erregte aber in Orléans bei Bürgern und Stadträten einen heftigen Schreden. Denn sie sind zwar in normalen Zeiten heftige Freidenker und Pfaffenstrolcher, jedoch von einer ungemein verfeinerten Toleranz gegen religiöse Uebungen, die dem Geschäft zu gute kommen. Der radikale Gemeinderat erhob beim Ministerpräsidenten nachdrückliche Vorstellungen und sein Wortführer war der sehr antikerikale deputierte Rabier. Die Bürger der guten Stadt Orléans bestanden im Namen der Tradition auf der Zulassung der Kooperation von Klerus und Beamtenschaft und wollten es gar nicht als Erlaß gelten lassen, daß Clemenceau ihnen eine Verletzung des militärischen Festapparats versprach. Der Ministerpräsident tat das, was er immer tut, wenn er nichts anderes zu tun weiß — er schrieb einen Brief. Und da ihn in seiner Lebenslage sein guter Stil verläßt, fiel seine Antwort an die Stadtväter von Orléans sehr hüßig aus. Er hielt den braven Bürgern nicht nur vor, daß jede gesellschaftliche Reform mit allen Traditionen bricht, sondern verhöhnte auch ihren Antikerikalismus, der sich bei Wahlen so stolz gebildet, um dann auf einmal in der Furcht eines Profiteuranges einzuknicken. Nachdem er aber dermaßen seiner Stillkünstlerseele genug getan hatte, begab er sich auf den Weg des Ausgleichs. Er gestattete den Beamten das Ausriden in Gemeinschaft mit der Geistlichkeit, jedoch unter Festsetzung eines Jeremiaschwur, dessen Umständlichkeit an die Diplomatenzusammenkünfte der absolutistischen Periode erinnert. Danach sollte der Festzug vom Rathaus, statt von der Kathedrale seinen Ausgang nehmen, vor dieser jedoch halten, um die dort versammelte Geistlichkeit in die Reihe treten zu lassen. Den Klerikalen sollte der geistliche Ornat, doch nicht das Tragen von Kreuzen und die Schaustellung von Reliquien erlaubt sein. Die Beschwerdeführer waren zufriedengestellt, aber jetzt macht auf einmal der Bischof Schwierigkeiten. Wie in der Aneldote den Jodels „die ganze Reich“ mit gesteuert, wenn er nicht die neue rote Jacke dazu anziehen darf, so mag der Bischof eine Prozession nicht, bei der man seine Kreuze trägt. Dazu kommt, daß Herr Rabier nachträglich, um auch sein freimaurerisches Gewissen zu beruhigen, erklärt hat, daß im Zuge die Freimaurer mit ihren Insignien mitmarschieren würden. Der Bischof beruft sich darauf, daß die kirchlichen Vorschriften den Geistlichen die Teilnahme an einer Zeremonie, bei der sich die Freimaurer beteiligen, streng verbieten. So ist heute die Sache noch mehr verfahren als zuvor und die Bürger von Orléans sehen zitternd die tragischen Konflikte, die sich ergeben, wenn die heiligen Ideale mit dem heiligen Geschäft zusammenstoßen.

Orléans, 21. April. Der Ministerpräsident Clemenceau hat der Geistlichkeit das Tragen von Kreuzen im Jeanne d'Arc-Festzug gestattet, doch nimmt der Bischof noch an der eventuellen Teilnahme der Freimaurer an dem Festzugs Anstoß.

Die russische Revolution.

Böses Gewissen.

Im russischen Verkehrsministerium herrscht seit einiger Zeit eine große Verwirrung, da die zahlreichen nach allen Richtungen entsandten Vertrauensleute lediglich unglückliche Berichte zu übermitteln in der Lage sind. Infolgedessen ordnete der russische Verkehrsminister General Schaufsch an, die Bahnvorsteher aller russischen Bahnen dringend aufzufordern, unersäßig die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um aus „kleinen Eisenbahnbeamten“ besondere Kampforganisationen zu bilden; auch werden Schießübungen mit Rebellen vorgenommen.

Berechtersprache amtlich gestattet.

Dem „Verband wahrhaft russischer Leute“ ist von zuständiger Seite gestattet worden, für die Verbreitung seiner Zirkulare und sonstiger Propagandaschriften durch den Telegraphen und die Post eine besondere „diktierische“ Sprache zu verwenden.

Explosion von Sprengstoffen.

Moskau, 22. April. Im Kontor der Palmchen Fabrik entstand letzte Nacht infolge einer jurstbaren Explosion ein Brand, welcher das ganze Kontor ergriff. Aus dem brennenden Lokal stürzte ein Student, der schwere Verletzungen im Gesicht hatte. Er verweigert jede Aussage über die Ursache der Explosion; man vermutet, daß diese durch Unvorsichtigkeit beim Umgehen mit Sprengstoffen veranlaßt wurde.

Kriegszustand in Warschau.

Warschau, 22. April. Ein Revolverauslöser und zwei Soldaten wurden auf offener Straße durch Schüsse getötet. — Das Kriegsgericht verurteilte heute 8 Personen zum Tode.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. April 1907.

Klassenjustiz.

Dem Staatssekretär des Reichs Justizamtes, Dr. Nieberding, gelang es trotz heißen Bemühens auch heute nicht, die deutsche Klassenjustiz von den Dornbürsen zu reinigen, die Genosse Heine am Sonnabend auf Grund unansehnlicher Materials erhob. Es gelang ihm um so weniger, als zwar der freisinnige Abgeordnete Müller-Reinigen als eifriger Blockverscherder den freiwilligen Regierungskommissionar gegen Heine spielte, aber doch nicht umhin konnte — um den Schein oppositioneller Aktion zu retten —, an tatsächlichen Vorkommnissen den Klassencharakter bürgerlicher Justiz zu bestätigen.

Mit Recht geißelte Genosse Dr. Frank-Mannheim diese Zweifelspraxis des freisinnigen Blockrekruten und demonstrierte seinerseits an der von Berichten oft bestätigten „Souveränität des Schurkannes“ über den Bürger, sowie an einer Reihe prononciertester Fälle die Zweischichtigkeit deutscher Justiz.

Dann ironisierte der Redner die dilatorische Methode des Staatssekretärs resp. der Regierung, längt zur Reife gediehene, notwendige Reformen sowie alte Forderungen der Reichstagsmehrheit immer wieder zu verschleppen. Die heutige Erklärung des Staatssekretärs, neue Gesetzentwürfe zur Strafprozessordnung sowie das Versicherungsgesetz in der Herbstsession einzubringen, fand Widerspruch bei der Mehrheit der Parteien, die das Versicherungsgesetz jetzt zur Vorberatung wünschen. Von diesem Widerspruch unliebsam berührt, riet der Staatssekretär dem Reichstage, sich mit seinen Wünschen an den Reichsfanzler zu wenden — beiläufig ein Beweis, wie wenig der also vorgeschobene Blockfanzler den Block respektiert.

Die bekannte Zeugniszwangaffäre gegen unseren Genossen Ged in Mannheim stellte Genosse Dr. Frank als sprechendes Beispiel für die willkürliche Anwendung des Zeugniszwanges hin und forderte gleich anderen Rednern die Befestigung dieser Lortur gegen die Presse.

Die plumpen Ausfälle des antimilitärisch-konserverativen Abgeordneten Graf, der bei Beginn der Sitzung eine Modomontade komischer Art zur Rettung der angeklagten Klassenjustiz unternahm, wurden vom Genossen Seine in einer persönlichen Bemerkung scharf abgefertigt, auch die Entgleisungen Müller-Meiningsen erfuhren die gleiche Zurückweisung.

Dann wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Die Sonntagsjäger auf der Kaninchenjagd.

Das Abgeordnetenhaus erlebte heute zunächst den nach einmal in die Kommission zurückverwiesenen Teil des Justizstats, der sich auf die Gehälter der Gerichtsekretäre und Amtsanwälte bezieht. Das Korruptionsmittel der gehobenen Stellen, das in den Ostmarkenzulagen weite Verbreitung gefunden hat, sucht die Regierung allmählich auf alle Beamtenkategorien auszudehnen, um die Macht zu haben, die Beamten, die sich nicht als ganz „wohlgefinnt“ erweisen, zu bestrafen und die braven Kinder zu belohnen. Selbst in die Gerichtsorganisation, bei der die Unabhängigkeit der Beamten doch noch viel wichtiger ist als in irgend einem anderen Verwaltungszweig, sucht die Regierung dieses Prinzip der Allmacht der Vorgesetzten einzuführen. Das Abgeordnetenhaus mußte heute unter dem Druck der Agitation der betroffenen Beamten selbst, die gegen ihre Teilung in zwei Klassen den lebhaftesten Widerspruch erhoben hatten, die Forderung für die Schaffung gehobener Stellen ablehnen. Die Gerichtsekretäre selbst haben durch ihre Organisation erklärt, lieber auf dieses Judasgeld zu verzichten und auf eine allgemeine Verbesserung der Beamtengehälter warten zu wollen.

Hierauf kam der Etat der Ansiedelungskommission zur Beratung. Von dem 300 Millionen-Fonds, mit dem sie ausgestattet war, sind noch 13 Millionen übrig, von dem besonderen 100 Millionen-Fonds des Domänenfiskus noch 8 Millionen. Und mit der ausgegebenen Summe von 429 Millionen hat man erreicht, daß der polnische Besitz in den Ostmarken sich um 62 000 Hektar vermehrt hat. Daß gleichwohl der Herr von Oldenburg-Januschau dieses Verzehren der Millionen in das Danaubehag der Ansiedelungskommission als eine nationale Tat von höchster Bedeutung und als fruchtbares Kulturwerk ersten Ranges bezeichnet, kann niemanden Wunder nehmen, der weiß, daß diese Ansiedlung nur zur Hälfte den polnischen Bauern zugute gekommen ist, zur anderen Hälfte aber den Wert und Preis des ostelbischen Junkerbesitzes gesteigert hat. Dabei erkannte Herr v. Oldenburg mit der ihm eigenen Offenheit ruhig an, daß für den Kampf des Deutschtums gegen das Polentum damit gar nichts geleistet worden sei. Der alte Herr v. Kardorff fügte diesem vernichtenden Urteil noch ein weiteres hinzu, indem er die Entstehungsgeschichte des Ansiedelungsgesetzes unter Bismarck schilderte. Viel Ruhm hätte er sich von der Vorlage niemals versprochen, aber Bismarck hätte das Bedürfnis gehabt, die Scharte, die er im Reichstage durch Zulassung polnischer Gerichtsprotokolle erlitten hatte, durch ein volles Vertrauensvotum der übergroßen Mehrheit des Dreiklassenparlamentes auszuwischen, und so habe man dem Gesetze zustimmen müssen. Die Anekdote wird sich neben den Hohenloheschen Memoiren als ein Beweisstück dafür behaupten, daß es stets schon Taktik der Regierung war, das preussische Junkerregiment gegen die spärlichen Freireißen im Reich mobil zu machen. Um so scharfer mußte jede liberale Partei den ganzen Ansiedelungsschwindel bekämpfen. Aber der nationalliberale Abgeordnete Glagel ging in seiner Scharfmacherei gegen die Polen beinahe noch über Herrn v. Kardorff hinaus, der nur etwas „Lazheit“ im Bewilligen von Ausnahmefällen gefordert hatte. Herr Glagel will rundweg alle Mittel gegen die Polen probieren, und alle die beibehalten und dauernd anwenden, die sich als wirksam erweisen. Der Pole v. Starzynski hatte gegenüber dieser „Jakobinerherde“, die alle Rechtsgrundsätze im Verfolgungstaukel über den Haufen wirft, leichtes Spiel. Er brauchte nur auf das Beispiel hinzuweisen, das England mit der Behandlung der besiegten Buren in diesen Tagen gegeben hat, um die Rücksichtslosigkeit der preussischen Genialpolitik vor aller Welt zu kennzeichnen. Die Antwort des Landwirtschaftsministers v. Arnim war demgegenüber außerordentlich schwach und operierte nur mit unwahrscheinlichen Zitate aus der polnischen Presse Warschaws und Lemberts, ohne genaue Quellenangabe. Interessant waren seine beiden Jugendauflebnisse, daß die Regierung die Hoffnung aufgegeben habe, die Polen zu germanisieren, und daß sie sich einst geradezu um die Gunst des polnischen Adels von dem Schläge der Admiralski betworben hätte. Die Debatte, die dadurch etwas Beengtes hat, daß die in der Thronrede angekündigte Antipolenvorlage noch nicht eingelaufen ist, wird morgen fortgesetzt.

Matthias Stinnes †

Wie das „S. L. W.“ aus Köln meldet, ist der Großindustrielle Matthias Stinnes gestorben. Der Verstorbene war in den letzten Jahren einer der in der industriellen Welt meistgenannten Persönlichkeiten. Im Verein mit Thyssen stand er mit im Mittelpunkt der Monopolbestrebungen in der Großindustrie. Seine Familie, deren führender Haupt er war, ist an zahlreichen Unternehmungen beteiligt oder hat sie ganz in Besitz. Durch seine Brüder, die er in Duzende Aufsichtsräte hineingewickelt, übte er in den meisten Großunternehmen nachhaltigen Einfluß aus und die Verbindungen dienten natürlich auch den Familienunternehmen der Stinnes.

Er ist auch die Seele des Essener Elektrizitätswerkes, durch das er eine Monopolisierung in der Energieversorgung des ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebietes anstrebte.

Matthias Stinnes war schon seit Jahren magenleidend, aber trotzdem ein Mann von seltener Energie und Unbeugbarkeit. Er stammt aus einer Schifferfamilie und sein Vater stand der Sozialdemokratie sympathisch gegenüber. Die Parteikasse in Mülheim a. d. Ruhr hat dafür einmal den Beweis erhalten. Matthias Stinnes hat sich mit der wachsenden wirtschaftlichen Macht zu einem Herrenmenschen ausgewachsen, der auch der Regierung gegenüber den Grundlag vertraut: Der Privatkapitalist, kann mit seinem Besitz ganz nach freiem Ermessen handeln und wahlen! Das höhere Interesse des Volkes der Gesamtheit mühte nach seinen sozialen Anschauungen dem Willen der Herrenmenschen, des Privatkapitals sich unterordnen. Das hat er bewiesen bei dem Konflikt auf Seife Brauchstraße im Dezember 1904, dem Ausgangspunkte des letzten großen Bergarbeiterstreiks. Stinnes verlangte bedingungslose Unterwerfung; Verhandlungen vor dem Vergewerbergericht lehnte er ab, und dann kam, was kommen mußte!

In der letzten Zeit hat Stinnes von sich reden gemacht durch den Streich, den er unseren Essener Genossen gespielt hat. Es gelang ihm, den Besitztitel für ein Grundstück zu erwerben, auf dem unsere Genossen mit dem Bau eines Gewerkschaftshauses und einer eigenen Druckerei schon begonnen hatten. Was ein Parteihaus werden sollte, wird nun ein Verwaltungsgebäude der Stinnes'schen Jensei. Damit hat er sich bei den Essener Genossen ein bleibendes Denkmal gesetzt.

Nur Paarungsgemeinschaft — keine Ehe!

Der Reichsländerverband propagiert dafür, daß allerwärts Sozialorganisationen der Liebert-Garde gegründet werden. Nur der Reichsländerverband siehe im Kampfe gegen die

Sozialdemokratie allezeit seinen Mann. Die politischen Sonderorganisationen der Ordnungsparteien führten erst dann den Kampf, wenn ihnen die Sozialdemokratie auf den Leib rüde.

Die „Konserbative Korrespondenz“ bestreitet das. Der Reichsländerverband überschätze seine Wirksamkeit. Vor allem fördere aber die lokale Organisation der Reichsländerverbände den politischen Nihilismus. Der Reichsländerverband mache ja in „unparteilicher“ Politik, er stelle sich außerhalb der Parteien. Eine solche Nihilismuspolitik komme aber schließlich nur den Mittelparteien zu gute. Der Reichsländerverband möge sich deshalb auf Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Flugblätter und Reden beschränken, die Organisation aber den einzelnen Parteien überlassen.

Auch ein Beitrag zu der Innigkeit der konserbativ-liberalen Paarungsgemeinschaft!

Der Freisinn als militaristischer Zutreiber.

Herr Müller-Sagan hat seine militaristische Propaganda, die wir kürzlich eingehender würdigten, auch in freisinnigen Versammlungen betrieben. Seine Velehrung zum Ueber-Militarismus begrüßt die „Konserb. Korrespondenz“ mit den Worten:

„Diese in der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommene Kundgebung verdient als sehr erfreulich anerkannt zu werden, vorausgesetzt natürlich, daß sie von dem Gesamtfreisinn ratifiziert wird. Von Interesse ist das Geständnis des freisinnigen Führers, daß die Heeresforderungen bisher von seiner Partei als Handelsobjekt angesehen worden sind.“

Die guten Konserverativen scheinen die schöne Lösung „ohne Kanitz keine Kanne“ gar nicht mehr zu kennen, da sie dem Freisinn seine militaristische Schacherpolitik vorwerfen. Im übrigen darf die „Konserb. Korrespondenz“ auch versichert sein, daß der Freisinn an militaristischem und marxistischem Bewilligungseifer auch den vertegenständlichen Ausprüchen genügen wird.

Der Zeugniszwang in Mannheim.

In unsere telegraphische Meldung aus Mannheim in der Sonnabendnummer über die Entlassung des Genossen Wed aus der Zwangshaft hat sich infolge eines Mißverständnisses ein Fehler eingeschlichen. Nicht weil der Verdacht der Mittäterschaft ausgeschlossen erscheint, ist die Entlassung erfolgt, sondern der Untersuchungsrichter hat gerade angenommen, daß Wed der Täterschaft verdächtig sei und hat diesen Verdacht als Entlassungsgrund angegeben. Gegen sich selbst zu zeugen ist vollständig niemand verpflichtet und der der Tat Verdächtige darf daher nicht zum Zeugnis gezwungen werden.

Die Begründung der richterlichen Maßregel ist in diesem Falle ein „starkes Stück“. Der Untersuchungsrichter meinte, wie die „Pfalz-Post“ darlegte, die wir in der Sonnabendnummer zitierten, aus dem vor ihm abgegebenen eidlichen Bekundungen Weds längst wissen, daß dieser der Täter nicht ist.

Es geht uns zu dieser Sache noch folgendes Privattelegramm zu:

Mannheim, 22. April.

Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat die Beschwerde Weds gegen das Zeugniszwangsverfahren formell verworfen, hat aber das Verfahren und die Vereidigung Weds ohne Grundangabe gerügt unter Hinweis auf § 68 der Strafprozessordnung.

Der Entscheld sagt ferner, daß es im Staatsinteresse ratsamer gewesen wäre, von der Zeugniszwangshaft abzusehen. Das alte babilische Vrethgesetz habe den Zeugniszwang gegen die Presse verworfen, ebenso die moderne Presse und der Staatsanwalt Wulffen zu Dresden. Die Strafbarkeit des Zeugnisses sei überdies nicht zweifellos, die Spitze richte sich gegen den angeblichen byzantinischen Geist der Stadtverwaltung. Die Charakterisierung des „Schnupftabaks“ als Korrenzettelung ist in dem Entscheld durch Unterstreichen hervorgehoben.

Der Erste Staatsanwalt Junghans und der Untersuchungsrichter Haas, die die Mannheimer Justizaktion auf dem Gewissen haben, dürften diese Entscheldung des Oberlandesgerichts nicht hinter den Spiegel stecken.

Eisenbahntarifreform.

Zur bevorstehenden Einführung des neuen Personen- und Gepäcktarifs richtet Minister Prellenbach an die Eisenbahndirektionen einen Erlaß, in welchem er der Erwartung Ausdruck gibt, daß die Abfertigung der Reisenden und ihres Gepäcks zum 1. Mai d. J. glatt und sicher vonstatten gehen und jede unnötige Verlastung vermieden werde. Während der Uebergangszeit sollen die Fahrkarten- und Gepäckhalter längere Zeit als sonst vor Abgang derzüge offen gehalten werden, damit die Reisenden bequem Abfertigung finden und sich leichter an die neuen Verhältnisse gewöhnen können. Die Schalterbeamten werden angewiesen, die Reisenden auf die Schnellzugzuschläge aufmerksam zu machen und ihnen die erforderlichen Zuschlagarten gleich bei Verabschiedung der Fahrkarten anzubieten. In den Fahrplänlein soll bei den Schnellzügen ein deutlicher Vermerk darüber angebracht werden, daß sie zuschlagspflichtig sind; auch auf die deutliche Kennzeichnung der Schnell- und Sitzzüge auf den an größeren Stationen befindlichen Ueberfahrtskarten (auf denen die Abfahrtszeiten derzüge angegeben sind) ist besonderer Wert zu legen. Für die Bahnsteige größerer Stationen empfiehlt der Minister, jedesmal an den Abfahrtsstellen der Schnellzüge ein Aushängeschild mit der Aufschrift: „Schnellzug, nur gegen Zahlung des Schnellzugzuschlages zu benutzen“, anbringen zu lassen. Bei der Gepäckabfertigung sollen alle genehmigten Erleichterungen gewährt, insbesondere dafür gesorgt werden, daß bei Aufgabe von Gepäckstücken im Gewicht bis 25 Kilogramm den Reisenden die Wege zum Gepäckhalter exportiert bleiben. Zum 1. August wünscht der Minister kurzen Bericht darüber, welche Erfahrungen bei der Abfertigung gemacht worden sind.

Schweiz.

Glänzender sozialdemokratischer Wahlsieg in Zürich.

Zürich, 22. April. (Privattelegramm). Die gestrigen Stadtratswahlen brachten den Sozialdemokraten einen glänzenden Sieg. Die vier sozialdemokratischen Kandidaten wurden gewählt. Es herrscht in den Reihen der Genossen großer Jubel. Die Wählergebnisse sind bößig konsterniert.

Der Kredit für den kommunalen Wohnungsbau wurde mit 18 032 gegen 7500 Stimmen angenommen.

Sinterhaltigkeit bürgerlicher Gescheher. Das im Kantone Genf am Sonntag in der Volksabstimmung mit 7805 gegen 7173 Stimmen angenommene Gesetz betreffend das Verbot des Absinths lautet:

Art. 1. Der Detailverkauf des Absinths „Absinth“, ebenso jeden anderen Produktes, welches eine Imitation enthalten könnte, ist untersagt.

Art. 2. Die Uebersetzer dieses Gesetzes werden mit Vollzeitsstrafen bestraft.

Art. 3. Im Falle des rückfälligen Verstoßes kann die Konzeption des Geschäftsbetriebes entzogen werden.

Art. 4. Das gegenwärtige Gesetz tritt in Kraft am 1. Januar 1908.

Das Gesetz enthält kein Wort vom Engros-Handel, der also ruhig weiter betrieben werden darf. Der Bourgeois, der auch den Absinth in großen einzukaufen vermag, ist vom Gesetz nicht betroffen. Der Großhändler auch nicht; der Proletarier aber wie der kleine Spezialei bezug. Schnapsbändler unterscheiden dem Verbot. Das ist eine bürgerliche Geschehererei, die man nur als hinterhältig bezeichnen kann und durch die das Volk am Narrenschiff herumgeführt wird. Die Arbeiter können ja freilich zufrieden sein, wenn sie von dem Körperlich und geistig ruinösen Absinth verschont bleiben und nur die Bourgeois sich damit zugrunde richten; sind doch 40 Proz. der Insassen des Genfer Irrenhauses Opfer des Absintheusels. Aber auch dieser Umstand kann noch nicht diese Sorte Geschehererei entschuldigen.

England.

Der Etat und die Arbeiterpartei.

London, 20. April. Der Etat, den der Finanzminister dem Parlament vorlegte, hat die Hoffnungen der Arbeiterpartei enttäuscht. Der günstige Stand der Finanzen wurde dazu benutzt, den Einkommensteuern einige Erleichterung zu bringen und die Staatsschulden herabzusetzen. Dafür versprach Mr. Asquith, bei der nächsten Auffstellung des Etats für den Beginn eines Alterspensionsfonds zu sorgen. Die Einkommensteuer, die bis jetzt 1 Schilling (1 Mark) pro Pfund (30 Mark) betrug, soll bei Einkommen bis 2000 Pfund jährlich, die aus Arbeit, Dienstleistungen und sonstiger körperlicher und geistiger Beschäftigung fließen, auf 9 Pence (75 Pf.) herabgesetzt werden. Dagegen soll bei arbeitslosem Einkommen die bisherige Steuer gelten. Dann wurde die Erbschaftsteuer graduiert: Erbschaften von 150 000 bis 1 000 000 Pfund sollen mit 7—10 Proz. besteuert werden; von 1 000 000 und darüber soll die Erbschaftsteuer von 10—18 Proz. betragen. Schließlich soll im Etat vom nächsten Finanzjahr an eine technische Reform eingeführt werden. Die 10 Millionen-Zuschüsse zur Lokalregierung, die bis jetzt getrennt vom Etat angeführt wurden, sollen in den Etat eingestellt werden.

Reir Gardie, der leider krank ist, hält den Etat für gerabegru brutal, da die Sozialreform vollständig außer acht gelassen wurde. Er bezeichnet ihn als einen Bourgeois-Etat. Er sei darauf berechnet, die Mittelklasse für den Liberalismus zu gewinnen. Aber Asquith täusche sich, wenn er an den Erfolg seines Versuches glaube.

Barnes, der Sekretär der Mechaniker, erklärte, der Etat werde in Tausenden von Arbeiterfamilien mit Enttäuschung gelesen werden.

Keinliche Urteile wurden von den meisten Arbeitervertretern gefällt, mit Ausnahme der liberalen Arbeitervertreter, die dem Parteiführer nichts vorzuwerfen haben.

Bulgarien.

Aus Sofia wird vom 22. April gemeldet: Gestern wurden von den Sozialisten sowie von den Univeritätsstudenten Versammlungen veranstaltet; in der Sozialistenversammlung traten die Redner für eine Verschärfung des Kampfes gegen die Regierung ein; in der Studentenversammlung wurden heftige Angriffe gegen das persönliche Regime des Fürsten gerichtet.

Spanien.

Die Korteswahlen.

Am Sonntag haben die Wahlen zu den Kortes stattgefunden. Es liegen darüber bis jetzt folgende Meldungen vor:

Madrid, 21. April. Bei den heutigen Parlamentswahlen kandidierten in den meisten Provinzen nur Regierungskandidaten; ein scharfer Wahlkampf steht aber in Catalonien, den baskischen Provinzen sowie den Provinzen Valencia und Guadaluajara bevor. In Barcelona herrscht große Erregung infolge eines am Donnerstag gegen Salmeron verübten Anfalles; Patronen durchziehen die Straßen; die Truppen sind in den Kasernen konzentriert. In Madrid hat die liberale Partei keine Kandidaten aufgestellt; es kandidieren hier drei Sozialisten, fünf Monarchisten und sechs Republikaner.

Madrid, 22. April. Die gestrigen Wahlen haben, so weit bekannt, nur Anlaß zu unbedeutenden Ruhestörungen gegeben. In Madrid schloß ein republikanischer Agitator auf einen Wahlvorsitzer und verwundete ihn leicht. In Madrid wurden fünf Ministerielle und drei Republikaner gewählt. In Barcelona erzielten die Partikularisten mit 65 000 gegen 20 000 Stimmen die Mehrheit. In Valencia siegten die Republikaner. In der Provinz Andalusien 119 Ministerielle und 84 Liberale gewählt.

Madrid, 21. April. Aus Barcelona wird gemeldet, daß es dort bei der Zählung der abgegebenen Stimmen zu einem Tumult kam, bei dem eine Person getötet und zwei verwundet wurden.

Marokko.

Der Sultan macht Versprechungen.

Nach einer Meldung des Londoner „Standard“ aus Tanger hat Mohammed el Torres dem französischen Gesandten eine Note überreicht, in der von Seiten des Sultans allen von der französischen Regierung nach der Ermordung Dr. Rouchamps in Marrakech erhobenen Forderungen Erfüllung zugesagt wird.

Gewerkschaftliches.

Wallins gelbe Phantasien.

Da am Sonnabend die Ausgabe der Arbeitskarten nicht zu Ende geführt werden konnte, wurde dies Geschäft am Sonntag fortgesetzt. In der ersten halben Stunde wurden die Schauerleute gefragt: „Kontraktbruch oder Karte?“ Als aber immer nur die lakonische, aber nichtsdestoweniger verständliche Antwort: „Karte“ erfolgte, unterließ man später die Fragestellung. Seit Aufhebung der Aussperrung haben schon große Scharen ausländischer und deutscher Streikbrecher dem Hamburger Hafen den Rücken gekehrt. Am Montagmorgen wurde bereits eine große Anzahl alter Schauerleute an die Schiffe befördert. Im Laufe des Montags sind annähernd 500 Engländer abgeschoben worden.

Nach der Zeitungs das Juderbrot. Herr Wallin denkt in seinem Hofenrat in nicht allzu ferner Zeit die soziale Frage gründlich zu lösen; er ist der moderne Odipus, der die Sphinx der sozialen Frage in den Abgrund stürzt. Zunächst sollen, wie „Er“ in seinem neuesten Interview fund und zu wissen getan hat, Theatervorstellungen stattfinden gegen ein Entree von 25 Pf. für alle Wände, womit schon ein Stück sozialen Ausgleiches geschaffen sein wird. Dann sollen Arbeiterwohnungen errichtet und die Arbeiter mehr für die Amerika-Rente interessiert werden, indem man sie zwar nicht zu Aktionären, aber doch zu einer Art von Unternehmern zu machen denkt. Die genaue Ausführung seines diesbezüglichen Planes hat der Hofengewaltige noch nicht verraten. Vielleicht schwebt ihm die Gewinnbeteiligung vor, um dadurch die Arbeiter zur höchsten Arbeitsleistung anzuspornen. Ein nicht mehr ganz neues Mittel, das den Aktionären nicht wehe tut. Aber Herr Wallin ist auch ein einsichtsvoller Mann, der den Zeitgeist begriffen hat. Einer starken Unternehmerorganisation müsse eine starke, von einsichtsvollen Führern geleitete Arbeiterorganisation gegenüberstehen. Vorgelöst von der Sozialdemokratie (!) werde man mit solchen Organi-

faktionen als Vertragsfaktoren verhandeln können. Aus diesen knappen Andeutungen ist klar ersichtlich, wohin der Ballin-Kurs steuert. Ob diesen Worten auch die Tat folgen wird?

Berlin und Umgegend.

Zur Bewegung im Baugewerbe.

Zur Aufklärung über die augenblickliche Situation wird von den beteiligten Organisationen folgende Erklärung mitgeteilt: Die diesmalige Bewegung der Bauhilfsarbeiter, Maurer und Zimmerleute ist im Gegensatz zu früheren Bewegungen nach vorhergehenden gemeinsamen Beratungen und Vereinbarungen zwischen den betreffenden Organisationen begonnen und bisher in allen tatsächlichen Fragen einheitslich geführt worden.

Auf Grund einer solchen Vereinbarung der koalitierten Verbände und der am Verträge partizipierenden lokalen Zimmererorganisation sowie der lokalen Maurer- und Bauarbeitervereinigung und der christlichen Bauhandwerkerorganisation sollen jetzt die einzelnen Organisationen nur zu dem Schiedspruch des Berliner Einigungsamtes Stellung nehmen und können deshalb die Mitglieder heute resp. morgen nur entscheiden, ob der Schiedspruch angenommen werden soll oder abzulehnen ist.

Eine Beschlußfassung darüber, ob in einen Streik zur Erreichung unserer Forderungen getreten werden soll, kann aus obigen Gründen in den heute und morgen stattfindenden Versammlungen nicht erfolgen.

Ueber die Frage „Streik oder Nichtstreik“ kann erst in späteren Versammlungen entschieden werden, und zwar nachdem die koalitierten Verbände über die einzuschlagende Taktik schlüssig geworden sind und entsprechende Vorschläge machen können. Sobald dies geschehen kann, werden die betreffenden Organisationen Versammlungen einberufen.

Für den Fall, daß von den Arbeiterorganisationen der Schiedspruch abgelehnt werden sollte, stehen alle Organisationsvorstände einmütig auf dem Standpunkt, daß es zurzeit nicht empfohlen werden kann, zu einem Angriffstreik überzugehen, sondern es ratsam erscheint, die weiteren Maßnahmen der Arbeitgeber abzuwarten.

Zu Konsequenz dessen ist den Mitgliedern dringend zu empfehlen, sich durch keinerlei Maßnahmen der Arbeitgeber zu Arbeitsniederlegungen provozieren zu lassen.

Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend hielt am Sonntag in den „Industrie-Festhallen“ eine Generalversammlung ab, in der u. a. der Schiedspruch des Einigungsamtes auf der Tagesordnung stand. Theodor Fischer gab im Auftrage der Richterkommission Bericht von den weiteren Verhandlungen mit den Unternehmern und vom Schiedspruch. Am Freitag hatte sich schon eine große Sitzung der Vertrauensmänner und der Leitung des Vereins mit der Angelegenheit befaßt. Der Referent war für die Annahme des Schiedspruches eingetreten, aber mit seiner Meinung in der Minorität, ja fast allein geblieben. Im Namen der Vertrauensmänner konnte er also der Versammlung nicht empfehlen, den Schiedspruch anzunehmen. Er legte jedoch der Versammlung die Gründe dar, die ihn für seine Auffassung maßgebend waren, wies dabei auf die seiner Meinung nach nicht gerade günstige Baukonjunktur hin, wie sie in der Verleuerung der Baugelder zum Ausdruck komme, auf die Vorbereitungen, die namentlich im Maurerberuf von den katholischen Fachabteilungen — nicht zu verwechseln mit der christlichen Organisation — getroffen werden, um mit Hilfe der Geistlichkeit Streikbrecher heranzuzüchten, sowie auf die starke Organisation des Unternehmertums, die eine Kampfsmethode, wie sie früher brauchbar gewesen sei, nicht mehr möglich mache. — Die Richterkommission hatte darauf verzichtet, der Versammlung bestimmte Vorschläge über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches zu machen. Der Redner bemerkte schließlich noch, daß, wenn die Versammlung nun den Schiedspruch ablehne, keineswegs anderen Tages schon Forderungen an die einzelnen Unternehmer gestellt werden dürften, sondern daß alle in Betracht kommenden Organisationen über die Angelegenheit zu entscheiden hätten. — In der Diskussion sprachen alle Redner gegen die Annahme des Schiedspruches. Die Vorteile, die er bietet, wurden als viel zu gering bezeichnet, um dafür auf die so dringend erforderliche Verfürzung der Arbeitszeit zu verzichten. Auch wurde die Meinung geäußert, daß die Baukonjunktur keineswegs so ungünstig sei, und daß doch der Unternehmerorganisation nicht minder stark entwickelte Arbeiterorganisation gegenüber ständen. — Am Eingang des Saales waren Abstimmungsstimmzettel verteilt worden, doch verzichtete die Versammlung auf die Zettelabstimmung und beschloß durch Handaufheben einstimmig, den Schiedspruch des Einigungsamtes abzulehnen.

In der Versammlung wurde noch die Abrechnung vom ersten Quartal 1907 verlesen. Die Einnahmen waren 12.122,30 M., die Ausgaben 8649,10 M. Zu dem Ueberschuß von 3473,20 M. kommt ein alter Bestand von 77484,29 M., was die Summe von 80057,49 M. ergibt. Wegen Verzügen gegen die Grundzüge der Organisation beschloß die Versammlung, die Mitglieder Max Dememann, Otto Fürst und Karl Rosenberg auszuschließen. Der Vorsitzende Nuppenlaß wies zum Schluß auf die Kaiserin hin, auf die der Aussperrungsbeschluß der Unternehmer keinen Einfluß ausüben soll, und forderte zu allgemeiner Teilnahme an der Vormittagsversammlung im „Böhmischen Brauhaus“ auf.

Achtung! Heizungsrohrlager! In Hamburg sind circa 500 Kollegen ausgesperrt. Ein Unternehmer hat sich gerühmt, daß es ein Leichtes wäre, in Berlin 200 (!) Arbeitswillige zu bekommen. Wir ersuchen unsere Kollegen, uns sofort zu benachrichtigen, wenn sich irgendwo Anzeichen bemerkbar machen, daß in Berlin Hausreicher angeworben werden sollen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Metallarbeiter! Mehrere Wochen dauert nun bereits der Kampf unserer Dresdener Kollegen gegen die Firma Seidel u. Raumann.

Während der ganzen Zeit sind Agenten hier in Berlin bemüht, für die Firma Streikbrecher anzuzureiten.

Wir ersuchen dringend, das Angebot dieser Agenten abzulehnen. Es wäre eine Schande für die Berliner Metallarbeiter, wenn sie den Verlockungen des sächsischen Schatzmachers gegenüber nicht standfest blieben.

Die Lokale, nach denen die Kollegen von den Agenten der sächsischen Kühnemänner bestellt werden, sind Anhaltstr. 6 und Friedr. 214. Dringend ersuchen wir unsere Kollegen nochmals, diese Leute und die genannten Lokale zu meiden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Dachbeder, die streikenden und ausgesperrten sowohl als auch die arbeitenden, versammelten sich am Sonntagvormittag im „Englischen Garten“. Höppler berichtete über den Stand der Lohnbewegung als unüberdient günstig. Gegenstand eingehender Diskussion war der Beschluß der letzten Versammlung der Streikenden und Aussperrten, daß die arbeitenden Kollegen die Arbeit niederzulegen hätten. Lehten Freitag hatte der Vorstand die Vertrauensmänner zusammengerufen, um gemeinsam die Situation zu besprechen. Die Vertrauensmänner stellten sich auf den Standpunkt, daß die Ausführung jenes Beschlusses den Interessen der Unternehmer förderlich sein müßte und kamen überein, der Verbandversammlung zu empfehlen, diesen Streikbeschluß wieder in Erwägung zu ziehen und in einigen Punkten abzuändern. Noch einem Antrage von Höppler soll das weiter gearbeitet werden, wo nicht ausgesperrt worden ist; Arbeiten für Maurermeister und Bauunternehmer sollen von Dachbedergesellen nicht übernommen und ausgeführt werden. Diese Änderungen wurden einstimmig angenommen. Es ist überall dahin zu wirken, daß die Dachbeder-

meister veranlaßt werden, den Vertrag mit der Organisation abzuschließen und nicht auf unnötigen und unter Anwendung von allerlei Mitteln ihre Arbeiter fertigstellen lassen. Die Betriebe, wo Streikarbeit verrichtet wird, bleiben gesperrt. Die arbeitenden Kollegen werden zur Unterstützung der Streikenden und Aussperrten etwas mehr herangezogen durch eine Extrasteuer von 3 M. wöchentlich. Für die Unberbeiteten wird die Streikunterstützung auf 20 M. pro Woche festgesetzt, während die Berbeiteten 14 M. erhalten wie bisher.

Achtung! Dachbeder!

Alle noch in Arbeit stehenden Kollegen können Mittwoch, den 24. ds. Mts. von 7 Uhr abends an bei Feind, Weinstraße 11, Arbeitsberechtigungskarten in Empfang nehmen. Alle Donnerstag früh nicht mit Karten versehenen Dachbeder sind als Arbeitswillige zu betrachten. Der Vorstand.

Der Kampf der Leitergerüstbauer.

Die Vereinigung der Leitergerüstbauinteressenten hatte zu gestern Nachmittag nach dem Restaurant „Prälaten“ eine Mitgliederversammlung einberufen, um zur augenblicklichen Situation im Streik Stellung zu nehmen. Die Mitglieder kamen auf Vorschlag ihres Vorsitzenden Altmann überein, ihren alten Beschluß, die Betriebe so lange still liegen zu lassen, bis im Baugewerbe definitiv Frieden ist, aufzuheben. Sie beschloßen vielmehr, ihre Kläße sofort zu öffnen und Arbeitswillige, die sich zahlreich gemeldet haben sollen, einzustellen. Die Firma A. Altmann, welche 8 Tage ihren Betrieb hat ruhen lassen, hat gestern schon mit der Wiederaufnahme der Arbeit begonnen. An den Beschluß, auf keinen Fall mit der Organisation der Leitergerüstbauer, dem Handels- und Transportarbeiterverband einen Tarif abzuschließen, wird nach wie vor festgehalten.

Achtung! Tapezierer! In München stehen die Tapezierergesellen vollzählig in einer Lohnbewegung. Einige Firmen verdrücken hier in Berlin ihren Bedarf zu decken, u. a. auch angefangene Polstermöbel hier fertig machen zu lassen. Es ist Aufgabe jedes Kollegen, auf das strengste Obacht zu geben und Streikarbeit für München zurückzuweisen. Die Verbandsleitung.

Der Streik der Landschaftsgärtner dehnt sich jetzt bereits auf die vierte Woche aus, ohne daß Aussicht auf Beendigung des Kampfes vorhanden wäre. Die organisierten Arbeitgeber wollen, obwohl sie stark in Druck sind, nicht nachgeben, um ihrer Meinung nach die Streikenden auszuhungern. Die Finanzen der Organisation sind glücklicherweise derart, daß der Wunsch der Arbeitgeber, die Streikenden aus Mangel an Mitteln zur Aufnahme der Arbeit zu zwingen, unerfüllt bleiben wird. Außer einigen städtischen Parkverwaltungen leistet auch Herr Garteninspektor Zahn, Direktor der Landwirtschaftlichen Hochschule, reichlich Gelderdienste. Der Lohnkommission ist mitgeteilt worden, daß Volontäre und ehemalige Schüler veranlaßt worden sind, jetzt während des Streiks zu ihrer praktischen Ausbildung bei Firmen Stellung anzunehmen, welche die Forderungen der Gehülften bisher noch nicht bewilligt haben. Die Handlungsweise des Herrn Garteninspektors Zahn ist zu verschiedenen Malen gegenüber den Streikenden eine parteiische gewesen. Der Verband der Arbeitgeber soll künftighin mit der Androhung: „nicht bewilligen zu können, weil in den städtischen und staatlichen Betrieben geringere Löhne, als wie sie die Gehülften von den gewerblichen Landschaftsgärtnerbetrieben verlangen, gezahlt werden“, nicht kommen, wenn er die Leiter bezw. Beamten der städtischen Betriebe bei einem Streik der Landschaftsgärtner zu seinen Bundesgenossen macht.

Deutsches Reich.

Einem neuen Lohnsatz, der ihnen eine erhebliche Aufbesserung ihres Lohnes sowie eine halbständige Verfürzung der Arbeitszeit bringt, vereinbarten die Arbeiter der Brauereiarbeiter mit den Arbeitgebern. Ferner wurde die Sonntagarbeit im inneren Betrieb der Brauereien abgelehnt. Die Tarifdauer beträgt vier Jahre.

Die Maurer auf der Insel Fehmarn traten vor kurzem in eine Lohnbewegung, die nunmehr beendet ist. Sie erreichten eine Lohnhöhung von 5 Pf. pro Stunde sowie eine Verfürzung der täglichen Arbeitszeit von 10 $\frac{1}{2}$ auf 10 Stunden. Der neue Tarif trat mit dem 15. April in Kraft.

Der Kampf im Culengebirge.

Die Unternehmer haben am Sonnabend mit der Kündigung der organisierten Arbeiter begonnen. Bis jetzt sind es allerdings nur wenige Arbeiter, die den gedruckten Kündigungszettel erhalten haben. Trotzdem ist den Unternehmern schon so mancher Festgriff unterlaufen, denn, da die Arbeiter den Unternehmern ihre Organisationszugehörigkeit nicht auf die Nase gebunden haben, so befinden sich unter den Gefändigten Organisierte und Unorganisierte. Weitere Kündigungen werden aber sicher im Laufe der nächsten 14 Tage erfolgen, da meistens nur achtstägige Kündigungsfrist oder Stud-fündigung gilt.

Wenn nun auch zweifellos die Zahl der Aussperrten nicht die vom Wolffschen Telegraphen-Bureau angegebene Höhe erreichen wird, so bleibt dennoch der Gewaltstreik der Unternehmer ein unerhörtes, ein geradezu skandalöses. Wir teilen schon mit, daß die Vieheschen Arbeiter ganze 15 Pf. pro Tag mehr Lohn verlangten, und von dieser geringfügigen Forderung sind noch 5 Pf. bei der Rücksprache mit dem Gewerbeamt Töperl abgefallen worden. Das half aber alles nichts: die Unternehmer wollen ihre Machtprobe!

Insgesamt haben bei der Firma Lieber 122 Arbeiter gekündigt, es kommt also für den Unternehmer pro Tag die lächerlich geringe Summe von 12,20 M. in Frage, und deshalb will ein schwerer, brutales Unternehmertum Tausende von fleißigen Arbeitsblauen auf Straßensplaster werfen! Man greift sich an die Stirn, um die ganze Brutalität dieser vom rücksichtslosesten Unternehmertum beabsichtigten Maßregel begreifen zu können.

Für dieselbe Arbeit, die die schlesischen Härder leisten, bekommen die Arbeiter im Rheinland 3,50 bis 4,50 M. pro Tag. Und wie sind die Löhne bei der Firma Lieber in Langenbielau? Lassen wir die vom Textilarbeiterverband aufgenommene genaue Statistik sprechen. 10 Mann bekommen 2,35 bis 2,50 M. Tagelohn, 60 erhalten 2,25 M., 4 2,20 M., 8 2,15 M., 10 2,10 M., 9 2 M., 8 1,90 M., 2 1,80 M., 1 1,70 M., 2 1,60 M., 3 1,50 M., 6 1,40 M., 1 1,35 M., 1 1,30 M., 3 1,20 M., 15 1,10 M. Bei den letzten Löhnen befinden sich auch die Bezüge der weiblichen Arbeiter. Solche Löhne werden gezahlt, obgleich zweifellos die Arbeit in der Härdberei eine der schwersten und gesundheitschädlichsten ist. Bald in Kammern mit 45 Grad Hitze, bald in schädlicher Kälte müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Härdberei frönen. Kein Wunder, daß die Härder nicht alt werden, wird doch der Keim zu mancher hartnäckigen Krankheit schon frühzeitig im Körper gelegt.

Wir haben bisher nur die Lohnforderung der Härder erwähnt, um aber die Situation voll zu begreifen, muß man wissen, daß die Härder erst fordern müssen: Anlegung von Ventilation für alle Härdbereibetriebe, eine Einrichtung zum Essenwärmen in einer neuen Fabrikanlage, Schaffung von weiteren Koiettäumen und Reinigung derselben in bestimmten regelmäßigen Zwischenräumen, Schaffung von Ankleideräumen für die Notarbeiter.

Bei solchen Forderungen fragt man sich, warum wir in Deutschland eine Gewerbeinspektion haben! Weiter beweisen aber auch diese Forderungen, wie notwendig es ist, daß die Gewerbeinspektion von Arbeitern ausgeführt wird.

Die größten Schädlinge in der Arbeiterbewegung, die katholischen Kapuziner, sind bereits auf dem Plane erschienen, um den Unternehmern ihre Ergebenheit zu bekunden. Die Widerständigkeit dieser konfessionellen Organisationen wird gerade durch das Vorgehen der Unternehmer bewiesen. Der katholische Gutsler, der protestantische Gahn, der mosaische Gohn und wie die Unternehmer weiter heißen — alle, alle ziehen sie an einem Strang; nur den Arbeitern predigt man den Anschluß an die konfessionellen Organisationen, aber die Unternehmer wollen davon, soweit sie selbst in Frage kommen, wie Figura zeigt, nichts wissen.

Die bürgerliche Presse behauptet, daß die Arbeiter eine Machtprobe wollen; die Arbeiter denken nicht daran, sie haben genügend bewiesen, daß sie einen Vergleich wünschen, und nur das Unternehmertum will eine Machtprobe, die Aussperrung, heraufbeschwören, um es auch den armen Weibern und Spulern des Culengebirges zu erleiden, irgend eine Lohnforderung aufzustellen. Aber hoffentlich werden sich die Unternehmer schneiden; ihre Spekulation, daß sich infolge der angebotenen Aussperrung Hunderte vom Verbands abmelden würden, ist schon gründlich fehlerhaft, statt Abmeldungen sind bereits Hunderte von Neuanmeldungen von Mitgliedern erfolgt.

Eine Verbilligung der Fleischpreise hat schon die angebotene Aussperrung gebracht, wenigstens in Langenbielau. Hier hat nämlich ein Verdeschlächter bekannt gemacht, daß während der Aussperrung das Pfund Pferdefleisch 5 Pf. weniger kostet. Und das bedeutet für Langenbielau schon etwas!

Achtung, Metallarbeiter! Die Firma Gottlieb Hammesfahr, Solingen-Höhe, bei welcher 200 Arbeiter bereits 4 Wochen streiken, sucht für ihr Werk Streikbrecher. Es sind für die Firma verschiedene Streikbrecheragenten tätig und werden auch durch Inserate in bürgerlichen Blättern durch das Annoncenbureau Rudolf Mosse-Elberfeld Arbeitskräfte zu werben gesucht. Da die Kollegen wegen der Zugehörigkeit zur Organisation ausgesperrt wurden, ersuchen wir, jeden Zugang nach hier fernzuhalten.

Die Arbeiterpresse, hauptsächlich in Thüringen, wird um mehrmaligen Abdruck gebeten. Deutscher Metallarbeiterverband, Zastelle Solingen.

Der Streik bei Seidel u. Raumann.

Das Streikpostenverbot ist immer noch nicht aufgehoben. Man hat die Hamburger Straße, in der sich der Betrieb befindet, förmlich in Belagerungszustand erklärt: Ein großes Gendarmenregiment, darunter berittene Gendarmen, sorgt dafür, daß niemand auf der fast gänzlich unbelebten Straße stehen bleibt aus „Gründen des Verkehrs“. Die Streikenden bewahren gegenüber allen Provokationen der Arbeitswilligen eine musterhafte Disziplin. Vielfach wurden die Arbeitswilligen von den Agenten unter allerhand Vorspiegelungen nach hier gelockt. So wurde verschiedenen Leuten aus Berlin gesagt, es befinde sich nur eine Ab- teilung im Streik. Viele angeworbenen Leute kehren sehr schnell Dresden den Rücken, wenn sie Aufklärung über die Situation erhalten.

In der Holzschuhfabrik von Chr. Loh Söhne in Kaiserslautern sind am Sonnabend, den 20. April sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands organisiert sind, wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Der Betrieb ruht vollständig. Vor Zugang wird gewarnt.

Eingegangene Druckschriften.

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. (Märzheft.) Herausgegeben von W. Sombart, M. Weber und E. Joffe. Einzelheft 7 M. Verlag: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

Dritter Jahresbericht des Arbeitersekretariats Solingen. 62 Seiten Selbstverlag.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die nützlichen Elemente.

Hamburg, 22. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Von den arbeitswilligen Schauerleuten wurden heute 500 Deutsche und 600 Engländer abgehoben. Insgesamt sind seit Sonnabend 2000 Streikbrecher entlassen. 1820 Schauerleute wurden heute eingestellt.

Wiederaufnahme der Arbeit.

Reichenberg (Böhmen), 22. April. (B. T. V.) Eine heute hier abgehaltene Massenversammlung ausgesperrter Tuchweber von Reichenberg und Umgebung hat beschlossen, auf Grund der Bewilligung eines wöchentlichen Mindestlohnes von 20 bis 22 Kronen und anderer Zugeständnisse die Arbeit am nächsten Montag wieder aufzunehmen.

Abgestürzt.

Jandbrud, 22. April. (B. T. V.) Am Finstertale ist der 10jährige Mäler Baschal aus Wien in einen Abgrund von 300 Meter Tiefe abgestürzt und war auf der Stelle tot.

Die galanten Franzosen.

Paris, 22. April. (B. T. V.) Die Schauspielerin Dallemagne, die vor einigen Monaten den früheren Finanzminister Reilly durch einen Revolverstoß leicht verwundet, wurde heute vom Schwurgericht freigesprochen.

Ein Bürger.

London, 22. April. (B. T. V.) In schriftlicher Beantwortung einer Anfrage teilt der Staatssekretär für Indien, Morley, mit, daß die Zahl der Todesfälle an Pest in Indien vom September 1906 bis 31. März 1907 rund 5.012.000 betrug. Die Zahl der Todesfälle war im Januar d. J. 58.438, im Februar 98.307 und im März 171.522. Die am meisten betroffenen Provinzen sind Punjab, Bengalen, Bombay und die vereinigten Provinzen von Agra und Oudh.

Reichsduma.

Petersburg, 22. April. (B. T. V.) Die Sitzung verlief heute zuerst während der Beratung der Agrarfrage äußerst ruhig, doch gestaltete sich der Schluß fürmlich aus Anlaß der Besprechung des Antrages der Rechten, daß über den Antrag, den Unwillen der Duma über die politischen Verbrechen auszubüßen, dessen Besprechung schon wiederholt aufgeschoben war, morgen beraten werden solle. Redner der Rechten, darunter Purischkewitsch, bestehen auf der Dringlichkeit für den Antrag. Purischkewitsch verliest ein Telegramm aus Slatonsk, wo der Vorsitzende des Verbandes der wahrhaft russischen Leute ermordet wurde (Lachen). Redner weist darauf hin, daß die politischen Verbrechen sich täglich mehren und daß die Duma die Pflicht habe, sich gegen dieselben auszusprechen. Der Präsident stellt den Antrag, morgen die Frage der politischen Verbrechen zu beraten zur Abstimmung; der Antrag wird mit 245 gegen 128 Stimmen der Rechten abgelehnt. Bei der Abstimmung traten die Sozialisten für die Radikalen ein. Die Sitzung wird um 6 $\frac{1}{2}$ Uhr unter Protesterhebung der Rechten geschlossen.

Ein russischer Beamter.

Nowo-Nikolajewsk (Gouvernement Tomsk), 22. April. (B. T. V.) Auf dem Ausweidgasse bei Roskono ist eine Wagenladung Manufakturwaren im Werte von 40.000 Rubel gestohlen worden. Der Diebstahl wurde mit Hilfe des diensthabenden Beamten vollzogen, der verhaftet worden ist.

Ueberfall auf einen Geldtransport.

Lobs, 22. April. (B. T. V.) Am 6. Uhr abends wurde auf dem Wege von der Stadt zum staatlichen Alkoholdepot ein Wagen, in dem sich ein Steuerheber mit 425 Rubel und zwei Wächter befanden, und der von vier Soldaten begleitet wurde, von zwanzig Bewaffneten angegriffen, die eine Bombe schleuderten. Die Bombe explodierte mit fürchterlichem Knall, gleichzeitig eröffneten die Angreifer ein Feuer aus Pröwingipistolen. Ein Soldat wurde getötet, die drei übrigen wurden schwer verwundet, die Wächter und der Steuerheber leicht; auch die Pferde wurden verletzt. Die Täter entflohen, nachdem sie das Geld geraubt hatten.

Reichstag.

85. Sitzung vom Montag, den 22. April 1907, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratsstische: Frhr. v. Stengel, Dr. Kieberding. Die Rechnung über den Haushalt des Schutzgebietes Kiautschou für 1904 wird debattellos in erster Beratung und der Vertrag zwischen dem deutschen Reich und den Niederlanden über die gegenseitige Anerkennung der Aktien-

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für die Reichsjustizverwaltung.

Abg. Graef (Wirtsch. Bgg.): Von den Sozialdemokraten ist diesmal statt des Herrn Stadthagen Herr Heine vorgeschickt worden. Einen Schlenkerwechsel bedeutete das aber nicht, vielmehr hat Herr Heine Herrn Stadthagen noch überboten. Sein Auftreten war lediglich demagogisch, er hat wohl selbst nicht geglaubt, was er da sagte.

Präsident Graf Stolberg: Decartiges dürfen Sie einem Mitgliede des Hauses nicht imputieren.

Abg. Graef (fortfahrend) legt die Stellung seiner Fraktion zu den eingebrachten Resolutionen dar. Bezüglich des Zeugniszwanges der Redakteure wünsche ich persönlich eine Erleichterung der Presse und bedaure, daß das nach der Erklärung des Staatssekretärs nicht möglich ist. An den Grundgedanken des Zeugniszwanges für Abgeordnete etwas zu ändern, haben wir keine Veranlassung; die Erfüllung der Wünsche des Zentrums und der Sozialdemokraten würde geradegu einen Anreiz zu disziplinaren Verschlingungen bilden. Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß Sozialpolitik für den Mittelstand getrieben werden muß. Von diesem Gesichtspunkt aus sollte die Regierung erwägen, die Konkurrenzklausel für kaufmännische Angestellte zu beseitigen oder doch erheblich zu beschränken. (Beifall bei der wirtschaftlichen Vereinigung.)

Staatssekretär Dr. Kieberding: Ich kann dem Herrn Redner versichern, daß die Abänderung der Bestimmungen über die Konkurrenzklausel Gegenstand ernstester Erwägungen bei den verschiedenen Regierungen ist. Was die Resolution betrifft, die einen Gesetzentwurf über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses wünscht, so gebe ich zu bedenken, daß sich große Handelskammern dagegen ausgesprochen haben.

Abg. Bruhn (Antif.) spricht gegen den Zeugniszwang der Redakteure und für die Resolution Albrecht betreffend die Immunität der Abgeordneten. — Die Kritik des Herrn Heine ging weit über das richtige Maß hinaus, ein wahrer Stern liegt aber in seinen Ausführungen.

Staatssekretär Dr. Kieberding erklärt auf eine Anfrage des Vorredners hin, daß der Gesetzentwurf zur Aenderung des Wechselverkehrs dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt vorgelegt werde.

Abg. Göring (Ztr.) protestiert gegen die Erteilung der Gewerbebetriebsverläubnisse an Kinderjährlinge. Mit der Resolution zum Schutz der Bauhandwerker sind wir einverstanden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dell (natl.): Im Namen der weitaus größten Mehrheit meiner Fraktion wünsche ich Beseitigung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches; die Haftpflicht des Tierhalters kann man nicht mit der des Automobilbesizers vergleichen. Ein Automobil schafft man sich zum Luxus an, ein Tier braucht man meist zu seinem Gewerbebetrieb, ein Automobil wird von Menschen gelenkt, ein Tier nicht. (Schallende Heiterkeit.)

Staatssekretär Dr. Kieberding: Die Regierung kann jetzt einen solchen Gesetzentwurf nicht vorlegen, denn es liegt ja ein Antrag aus dem Hause vor. Wenn das Haus diesen annimmt und die verbündeten Regierungen ihm zustimmen, scheint mir dies der schnellste Weg.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.): Dieser letzten staatsrechtlichen Auffassung kann ich mich nicht anschließen; ein Initiativentwurf kann die Regierung nicht hindern, einen Gesetzentwurf einzubringen. (Sehr wahr! links.) Der Reichskanzler hat uns eine Justizreform versprochen, die Rede des Staatssekretärs aber vom Sonnabend war nichts als ein Gewebe dilatorischer Redensarten. Der Grund, warum jede Reform bisher hintertrieben ist, ist der, daß bei der Reform eine übertriebene Angstmeierei und Mißtrauen gegen das Volk sich bemerkbar macht. Wir verlangen die Einlösung der Versprechungen des Reichskanzlers.

Bezüglich der Resolutionen stimmen wir denen zum Schutz der Bauhandwerker und zur Haftung des Staates für seine Beamten zu; dagegen lehnen wir die auf Einschränkung der Haftpflicht des Tierhalters ab. Den Resolutionen des Zentrums und der Sozialdemokratie über die Immunität stimmen wir zu; der Resolution über die Aufhebung des Zeugniszwanges gegen die Presse ebenfalls. Redner berührt die zwangsweise Photographierung Dr. Friedbergs durch die Polizei zu Mannheim; der Reichstag sollte die erste Gelegenheit ergreifen, solchen Unfug unmöglich zu machen. (Lebhafte Zustimmung links.) Als süddeutscher Richter behauerte ich ungerne, daß Süddeutschland sich mit dem Zeugniszwang von Norddeutschland hat anfechten lassen. Es muß die Achtung vor dem Richterstande untergraben, wenn der Richter etwas Unanständiges verlangt. (Zustimmung links.) Der Resolution, welche die gleichmäßige Heranziehung aller Berufsstände zu dem Amte des Schöffen und Geschworenen verlangt, stimmen wir ebenfalls zu; Bayern ist hier bereits mit gutem Beispiel vorgegangen.

Verdächtig sind die Klagen über die Plakatverbote. In Hamburg hat die Polizei ein Plakat verboten, weil darauf der Vortrag eines Pastors über sexuelle Ethik angeklagt ist. Vielleicht meint die Hamburger Polizei, daß etwas Sexuelles in Hamburg überhaupt nicht gedruckt werden darf. (Große Heiterkeit), vielleicht sieht sie auch mit der Ethik auf Kriegsfuß. (Zustimmung links.)

Wenn ich Herrn Abg. Heine auch manche Mängel zugebe, so leidet seine Rede doch daran, daß er zu sehr generalisiert. Wünschenswert wäre freilich, daß eine größere Fügung des Richterstandes mit den breiten Volksschichten bestände. Die Einwendung des Staatssekretärs, daß auch der Reichstag und nicht bloß er selbst die Akten haben müsse, weise ich zurück; er hat die Verpflichtung, uns nach Kenntnisnahme der Akten Auskunft zu geben. (Zustimmung links.) Man hat öfter den Eindruck, daß unsere Gerichte jugendlichen Angeklagten gegenüber nicht sorgfältig genug verfahren. Und wenn der von Heine angeführte Fall richtig dargestellt ist, dann handelt es sich nicht um eine Rechtsbeugung, sondern um eine große Schlamperie des Gerichts, um großen Leichtsinns und Fahrlässigkeit des Gerichts. (Lebhafte Zustimmung links.) Bei dem Nürnberger Fall, den Heine erwähnte, sprach er von Mord und erwiderte auf einen Jurur: man hat einen Laufen lassen, um ihn nicht zu hängen. Es wäre Pflicht des bayerischen Bundesratsbevollmächtigten gewesen, die Sache klarzustellen, wie es der sächsische Bundesratsbevollmächtigte getan hat. (Ruf: bei den Sozialdemokraten: Er hat ja gar nichts gesagt!) Er hat es wenigstens versucht. (Schallende Heiterkeit.) Nach meiner Kenntnis ist die Darstellung Heines eine ganz einseitige, nach dem „Vorwärts“. Nach der übereinstimmenden Darstellung der bürgerlichen Presse hat der Mann in Rotweil gehandelt. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Einer der freitenden Mädelstörer mußte vor Gericht selbst zugeben, daß er an Stelle des sogenannten Mörders genau so gehandelt hätte. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn nun der Staatssekretär der Meinung Ausdruck gibt, daß die Fassung der §§ 158 und 159 der Gewerbeordnung zu einer falschen Auffassung seitens des Reichsgerichts Anlaß gegeben hat, so hätte er die Pflicht, für eine sofortige Aenderung dieser Paragraphen

Sorge zu tragen. (Zustimmung links.) Nur wenn der Richterstand in und mit dem Volke lebt, wird er Vertrauen gewinnen. (Lebhafte Beifall bei den Freisinnigen.)

Bayerischer Ministerialrat Treutlein-Wördes: Ich konnte auf den von Herrn Heine vorgebrachten Fall nicht eingehen, weil mir die Akten nicht bekannt waren. Ohne genaue Kenntnis der Akten zu einem solchen Falle Stellung zu nehmen, würde ich mit der Würde des Hauses für nicht vereinbar halten. (Bravo!)

Staatssekretär Dr. Kieberding: Der Vorwurf, daß ich durch mein Nichteingehen auf die von Herrn Heine vorgebrachten Fälle, trotzdem mir die Akten bekannt waren, den Traditionen des Hauses zuwidergehandelt habe, ist nicht berechtigt. In dem Weithener Falle waren mir die Akten nicht bekannt. Und in dem Breslauer Falle habe ich einerseits ausdrücklich anerkannt, daß die Auslegung des Reichsgerichts, auf die sich das Oberlandesgericht berief, zweifelhaft erscheinen könnte, konnte aber andererseits allein auf Grund der Akten mich nicht zu der Behauptung des Herrn Abg. Heine äußern, daß die Richter mit Absicht in dem einen Falle, wo es sich um die Arbeitgeber handelte, das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit ihrer Handlung bei den Angeklagten verneint, während sie es in einem ähnlichen Falle bei den Arbeitnehmern bejaht hätten. Darüber zu urteilen wäre nur möglich gewesen auf Grund der mündlichen Verhandlung. Auch Herr Heine würde sehr empört sein, wenn wir beantragen wollten, daß in der Berufungsinanz die Richter ohne mündliche Verhandlung nur auf Grund der Akten urteilen sollten.

Betreffend den Zeugniszwang der Abgeordneten führt der Staatssekretär an, daß der Artikel 30 der Reichsverfassung in seinem Wortlaut genau einem Artikel der Frankfurter Reichsverfassung vom Jahre 1848 entspreche. Das Frankfurter Parlament aber habe damals auf Grund dieser Bestimmung entschieden, daß die Abgeordneten verpflichtet seien, Zeugnis abzulegen. Das war also die Auffassung der Schöpfer dieser ganzen Bestimmung. Der Staatssekretär verteidigt sodann die Tätigkeit des Reichsjustizamtes. Daß die Strafprozessreform nicht noch zu all den Gesetzen, die vom Reichstag des Innern für die nächste Session in Aussicht gestellt sind, hinzukommen kann, ist klar, zumal sie als eine Session beantragt würden, und noch andere Gesetze, wie das Versicherungsrecht, unerledigt sind. (Ruf: links.) Darüber zu entscheiden, welche Gesetze in dieser Session noch dem Reichstag vorgelegt werden können, ist nicht die Aufgabe des Reichsjustizamtes. Darüber müssen Sie sich mit dem Herrn Reichskanzler unterhalten.

Abg. Frank (Soz.):

Herr Müller-Reinigen scheint mir zwei Seelen zu haben. Die eine zieht ihn offenbar nach links und die andere nach dem Bloß, also nach einer unbestimmten Richtung. (Heiterkeit.) Die linke Seele hat ihm sehr kräftige Worte eingegeben zur Verweigerung gewisser Mißstände unserer heutigen Justiz, die andere Seele hat ihn veranlaßt, meinem Parteifreund Heine einen Vorwurf daraus zu machen, daß er den deutschen Richterstand angegriffen hat. Die andere Seite seines Wesens hat ihn aber dann wieder dazu geführt, gegen die Richter Angriffe zu richten, die nach meinem Empfinden viel schärfer auch in der Form waren, als die meines Freundes Heine. Heine hat lediglich behauptet, daß Urteile der Richter unter gewissen Umständen den Verdacht rochfertigkeit, daß sie Klassenurteile wären. Der Müller-Reinigen hat bestimmt behauptet, daß die Verhandlungsführer vor Gericht offenen Unterschied machten zwischen den Angehörigen verschiedener Klassen. Besonders verdächtig erschienen mir die Ausführungen des Herrn Müller-Reinigen über die Vorgänge beim Nürnberger Krawallprozess. Er hat wiederholt gesprochen von den Angaben der „Mädelstörer“, während es ihm doch bekannt sein mußte, daß kein einziger der beteiligten Arbeiter als Mädelstörer verurteilt worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter hätte er darauf Bezug nehmen müssen, daß — nach dem Bericht des „Vorwärts“ — der erstklassige Fleischmann Schüsse erhalten hat zwischen den rechten Rippen ins Herz, einen von hinten und einen von der Seite. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Damit läßt sich die Annahme der Notwehr des Angeklagten schwer vereinigen. Herr Müller-Reinigen hätte auch mitteilen müssen, daß ein Zeuge befragt worden hat, der betreffende Fabrikant, bei dem gestreift worden ist, habe zu den Streikbrodern gesagt: „Geht hin, haut sie zusammen, es geschieht Euch nichts!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter ist festgestellt worden, daß der Fabrikant seine Streikbrocher mit Beschuldigungen ausgerüstet hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Andererseits stimme ich Herrn Müller-Reinigen darin zu, daß unsere Justiz seit langem unfruchtbar ist. Es kann behauptet werden, daß seit Jahren in der Rechtspflege für die breiten Massen des Volkes so gut wie nichts geschehen ist. Der einzige Fortschritt von Bedeutung ist durch die Arbeiter aus eigener Kraft geschaffen worden. Das sind die Arbeitersekretariate. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die jetzt bestehenden etwa 150 Arbeitersekretariate in den verschiedenen Gemeinden Deutschlands geben jährlich etwa eine Million unentgeltlicher Rechtsanhilfen. Die meisten Sekretäre sind selbst aus der Arbeiterschaft hervorgegangen und ein großer Teil von ihnen hat sich mit sehr großem Geschick in die schwierige Materie des Rechts eingearbeitet. Hier haben Sie die besten Beweise dafür, welche reichen Schätze an Erziehung in den Tiefen unseres Volkslebens noch ungenutzt ruhen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn die moderne Arbeiterbewegung gar nichts weiter geleistet hätte, als die Schaffung der Arbeitersekretariate, so hätte sie noch tausendmal mehr geleistet als mancher Minister, der uns Mangel an positiver Arbeit vorwirft. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dabei sind die Arbeiter keineswegs von der Regierung gefördert worden. Es gibt im Gegenteil noch immer beschränkte Richter, welche die Arbeitersekretariate von den Schranken des Gerichts zurückweisen, obwohl Graf Posadowsky vor einigen Jahren den Wunsch ausgesprochen hat, daß derartige Entamierungen unterbleiben. Wir wissen ja, daß die bürgerliche Rechtspflege nicht aus ihrer kapitalistischen Haut fahren kann. Wir wissen, daß die

Justiz ein Mikrokosmos der bürgerlichen Welt

ist, wir wissen, daß die Justiz und die Rechtspflege, wie die ganze Staatsverwaltung, eine seltsame Mischung von reaktionären und demokratischen Einrichtungen darstellt, wir wissen, daß eine gründliche Umformung der ganzen Justiz an Haupt und Gliedern kommen muß und daß sie kommen wird, zugleich mit der der ganzen bürgerlichen Gesellschaft. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber es gibt Mißstände, deren Abklärung keineswegs die Errichtung der Gesellschaft in Frage stellen würde, unter denen nicht bloß die Besitzlosen leiden, sondern die auch die Besitzenden stören, weil sie offene Wunden am Gesellschaftskörper darstellen. Hier könnte der Staatssekretär eingreifen. Die Arbeiter verlangen nicht bloß Objekt in der Rechtspflege zu sein, sondern auch Subjekte. Sie wollen nicht in Widerspruch mit dem Wesen von dem Schöpfen und Geschworenenamt ausgeschlossen sein. Eine Reform unserer Prozessordnung soll seit langem bedürftig sein und man hat im Laufe der Debatte rühmend hervorgehoben, daß Oberbürgermeister Adickes es gewagt hat, vorgzuschlagen, daß gewisse ältere Formen des englischen Prozesses auf den Boden des deutschen Rechts verpflanzt werden. Aber wann wird der neue Adickes kommen, der nicht bloß die älteren Formen, sondern einen Teil des englischen Geistes in unser Recht verpflanzen wird, jenen Geist des tiefen Respektes vor der persönlichen Freiheit des Bürgers. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es gibt immer noch Richter bei uns, die es wagen, erwachsene Angeklagte aus den unteren Ständen mit „Du“ anzureden, und Vorstehende, die unbeholfenen Zeugen gegenüber es für geschmackvoll befinden, ihren zweifelhaften Blick zu überlegen. Es gibt Vorstehende bei Schöffengerichten, die ihren Verger überstimmt zu sein, an den Zeugen zum Ausdruck bringen. Schlimmer ist noch ein Uebel, das sehr tief sitzt, das geradezu eine schwere Krankheit unserer Rechtspflege ist. Ueber allen Gesetzen und Verordnungen und über allen Landgerichten, Oberlandes-

gerichten, über Kammergericht und Reichsgericht thront unnahbar und unsehbar, absolut und souverän ein Wesen, in dessen Seele wie in einem Brennpunkt die verdichteten Strahlen aller Wissenschaften und Künste sich ein Stellbildnis geben. Sie ahnen schon, wer dieses Wesen ist, es ist

Seine Majestät, der souveräne Schuchmann.

(Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Gerichte haben zu seinen Gunsten vollständig abgehandelt. An Stelle des freien richterlichen Ermessens ist vielfach das freie Schuchmanns-Ermessen getreten. Der Schuchmann irrt nie. Treten in einem Prozeß ein paar Duende ziviler Zeugen auf, so ist die Frage erst in dem Augenblick entschieden, wo das Beweismittel mit den blankgeputzten Knöpfen austritt. Zu welchen Folgen das in der Praxis führt, dafür nur wenige Beispiele. Ein Metallarbeiter bleibt, statt in seine Wohnung zu gehen, noch etwas vor der Tür stehen. Ein Schuchmann befiehlt ihm, fortzugehen. Da er sich weigert, bekommt er ein Strafmandat. Des Kaisers Lösung war, daß in dem betreffenden Hause gestreift wurde und der Schuchmann meinte irrtümlich, daß der Arbeiter etwas damit zu tun hätte. Das Gericht bestätigte die Strafe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein anderes Bild. Nachts um 1 Uhr sieht ein Handlungsgeselle in der Alten Jakobstraße in Verlin eine Stiefelerei. Er bleibt einen Augenblick in einer Türschwelle stehen. Ein Schuchmann fordert ihn auf, weiterzugehen. Da er dem Verlangen nach Meinung des Schuchmannes nicht schnell genug Folge leistete, kam es zur Bestrafung, natürlich nicht gegen den Schuchmann, sondern gegen den Handlungsgesellen. Der Schuchmann hatte eben beföhlen und der Bürger hat zu gehorcht. In all dergleichen Fällen hat das Gericht es unterlassen, nachzuprüfen, ob die Anordnung des Schuchmannes berechtigt war oder nicht. Nur einen Fall von den vielen will ich noch herausgreifen. Ein Redakteur eines hiesigen bürgerlichen Blattes konnte nicht glauben, daß die vielen Verurteile des „Vorwärts“ über solche Fälle auf Wahrheit beruhen. Er war gegen den „Vorwärts“ ebenso skeptisch wie der Herr Abgeordnete Müller-Reinigen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Deshalb begab Herr Erdmannsdorfer — so heißt dieser Redakteur — sich in die Kochstraße, wo gerade ein Buchwindersteil war, um die Polizei auf die Probe zu stellen. Es ist ihm das auch gelungen. Ein Schuchmann wies ihn sofort aus der ganzen langen Kochstraße fort, und da er nicht sofort Folge leisten wollte, war die Folge die Feststellung und ein Strafbefehl. Das Gericht hat sich auf den Standpunkt gestellt: wenn der Schuchmann beföhlen hat, so hat der Bürger zu gehorcht. Ich hoffe, daß Herr Erdmannsdorfer künftig dem „Vorwärts“ mehr Glauben schenken wird. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Frau Luise Zieg wurde vom Schöffengericht verurteilt, weil sie die Verwertung machte: „Die Toren, die glauben, durch Mädelstöße die Arbeiterbewegung aufzuhalten, sind im Irrtum.“ ein Satz, an dessen Wichtigkeit wohl keiner hier im Saale zweifeln wird. Aber einen gab es, der daran zweifelte, das war der Herr Stadtmagister, der die Versammlung übernahm. Der hat sich wahrscheinlich getroffen gefühlt und wohl auch das Schöffengericht, und die Rednerin, die es gewagt hatte, die Wahrheit auszusprechen, erhielt zwei Monate Gefängnis. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß es für den Richter nicht ungefährlich ist, gegen die herrschende Meinung aufzutreten, das hat auch der Richter erfahren, den Herr Müller-Reinigen erwähnt hat, der den Versuch gemacht hat, gegen die Polizei in den Fällen vorzugehen, in denen sie nicht den genügenden Respekt vor der persönlichen Freiheit der Bürger hatte. Es ist ihm aber schlecht bekommen. In einer Vorlesung erzählt er, daß seine Karriere erheblich gelitten hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Sonderstellung der Uniformierten bringt es mit sich, daß eine ganz subalterne Rechtsansammlung in die Gerichtshölle eindringt. Welche Mühe und welcher Scharfsinn wird nicht vielfach darauf verwendet,

um einen Sozialdemokraten zu verurteilen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit welchem Eifer wird nicht nachgeforscht, wie man eine Verurteilung zu Stande bringen kann, wenn jemand z. B. eine rote Kranzschleife getragen hat. In einem Falle hat sich bei der Verhandlung herausgestellt, daß die rote Schleife am Kranz eigentlich wohl gewesen ist. Aber der Anwalt war nicht in Verlegenheit. Er meinte, der Mann müsse trotzdem bestraft werden, weil ein anderer in demselben Zuge eine rote Schleife getragen habe. (Große Heiterkeit.) Der deutschen Sprache wird zu polizeilichen Zwecken geradezu Gewalt angetan. Was wird nicht alles unter den Begriff der Rede gefaßt. Ein Arbeiter wurde bestraft, weil er sagte: „Im Namen des deutschen Bergarbeiterverbandes legen wir hier an Deinem Grabe diesen Kranz nieder.“ Ein anderer sagte: „Im Namen des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands lege ich diesen Kranz nieder.“ Das Landgericht in Frankfurt a. O. bestrafte ihn dafür, weil diese 12 Worte eine Grabrede seien. Das Kammergericht hat dies Urteil bestätigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es führte aus, auf die Länge einer Rundgebung komme es nicht an; eine Rede sei die Ausführung eines Gedankens gegenüber einer Anzahl von Zuhörern. (Große Heiterkeit.) Ich will den Gedanken nicht Ausdruck geben, welche die Arbeiterschaft befehlen, wenn sie derartige Urteile liest. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Und welcher Schikanierung sind die Arbeiter nicht ausgesetzt, die sich organisieren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein schlimmer Uebelstand sind die Verurteilungen auf Grund veralteter Bestimmungen. So wurde in Frankfurt a. M. ein schon vorbestrafter 18jähriger Bursche zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einem neben ihm sitzenden jungen Burschen zwei Pfennige aus der Tasche entwendet hatte. In Gießen erhielt ein Arbeiter drei Monate Gefängnis, weil er den Fiskus um 6 Pfennig betrogen hatte. (Hört! hört! b. d. Soz.) Hier wäre es notwendig, uns nicht auf eine Reform zu verstreuen, nicht mit dem Wunde zu spielen, sondern auch einmal zu pfeifen. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Derartige Urteile stehen im Widerspruch mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes. Wie oft ist nicht schon hervorgehoben worden, daß es notwendig ist, für die Entwendung von Zeitungsmaterial eine ähnliche Bestimmung zu schaffen wie für die vom Wundraub. Ich weiß nicht, worauf die Regierung noch wartet, wir haben doch Erfahrungen, daß sie oft sehr schnell sein kann. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Seine hat schon hervorgehoben, daß die

Behandlung Jugendlicher vor Gericht

vielfach zu hart ist. Herr Müller-Reinigen wollte diese Erleichterung nur auf „Schlamperie“ zurückführen. Aber sie kommt ja täglich in der Gerichtspraxis vor. Täglich werden ja Strafbefehle gegen Jugendliche ohne Verhandlung erlassen. Wie kann der Richter da prüfen, ob der Jugendliche die notwendige Einsicht in die Strafbarkeit einer Handlung gehabt hat. Die Verbredern der Jugendlichen sind in der Hauptsache zurückzuführen auf traurige häusliche Verhältnisse und auf die Kinderarbeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da muß es ausfallen, daß diejenigen Arbeitgeber, die die jugendlichen Arbeiter über Gebühr lange beschäftigen, so einfallend milde bestraft werden. So wurde ein Walzfabrikant in Almbach, der Kinder von 7—12 und 1—6 beschäftigt hatte gegen eine Pfandzahlung von 4—5,70 M. in der Woche, vom Schöffengericht Almbach, dem gleichen, das die Zeugniszwangsklausel gegen den Redakteur Schlegel verhängt hat, zu 6 Mark Geldstrafe verurteilt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Mann wird sich sicherlich hüten, im nächsten Jahre wieder jugendliche Arbeiter zu beschäftigen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Daneben es sich hier um Mißstände, die über das ganze Reich verbreitet sind, so sind

in Sachen des Besonderechts

einzelne deutsche Landesteile besonders bevorzugt. Am 12. Dezember 1896 hat der deutsche Reichstag fast einstimmig in einer Resolution ein einheitliches Besonderecht für Deutschland verlangt, wie ja über-

hohlt der parlamentarische Boden förmlich Befat ist mit solchen Resolutionen. Bis heute aber wartet das Volk immer noch vergeblich auf ein einheitliches Gesetz. — Medner erzählt den Fall eines Dienstmädchens, das von der Dienstherrschaft mit kaltem Wasser begossen wurde und daraufhin den Dienst verließ. Es wurde vom Amtsgericht zu 10 M. Geldstrafe verurteilt und vom Gewandamt zwangsweise zum Dienstherrn zurückgeführt. Natürlich ist das Mädchen sofort wieder fortgegangen. Nun bekam es eine zweite Strafverurteilung über 20 M. Als es zum dritten Male weggegangen war, erhielt es eine Strafverurteilung über 30 M. Das Dienstmädchen beantragte gerichtliche Entlassung. Es wurde aber abgewiesen, weil die Behandlung mit Wasser nicht zu einer dauernden Schädigung ihrer Gesundheit geführt hätte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun verurteilte es das Mädchen mit einer Klage gegen den Dienstherrn. Der Strafantrag wurde aber abgewiesen mit der Begründung: Das Begießen mit kaltem Wasser falle unter kein Strafgesetz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine Mißhandlung sei nicht darin zu erblicken und eine Beleidigung erscheine ausgeschlossen, weil im Begießen mit kaltem Wasser eine Ehrenkränkung nicht erblickt werden könne. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich hätte das Urteil sehen mögen, wenn das Dienstmädchen mit dieser Entscheidung bewaffnet, dem betreffenden Amtsrichter einen Kübel kalten Wassers über den Kopf gegossen hätte. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nicht bloß das Gesindelrecht, auch das ganze deutsche Polizeirecht

entbehrt der einheitlichen Regelung. Das Unrecht gegen die Arbeiter ist geschützt in die Winkel des einzelstaatlichen Polizeirechts. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn in Ludwigshafen ein Arbeiter am Montag blau machte, wurde er bestraft. Weht er aber nach Mannheim, dann darf er es. (Heiterkeit.) Dabei wird in der weinfröhlichen Pfalz viel leichter blau gemacht als in dem ernsteren Mannheim. Was tut nun die Regierung all diesen Forderungen gegenüber? Die Regierung ist seit Jahren wie ein Referendar immer mit der Vorbereitung beschäftigt. (Heiterkeit.) Schon 1876 wurde ein einheitliches Gesetz über den Vollzug von Freiheitsstrafen verlangt. Vor zwei Jahren hieß es diesem Versprechen gegenüber: Schier dreißig Jahre bist du alt! Wir hören noch immer nichts darüber und ich fürchte, das Versprechen des Staatssekretärs wird das Schwabenalter erreichen, ohne daß es erfüllt ist. (Heiterkeit.) Am 21. Februar 1899 hat der Staatssekretär ein Gesetz über die Behandlung der Jugendlichen verprochen. Acht Jahre sind verfloßen und die Vorarbeiten scheinen noch immer nicht zu Ende zu sein. Dabei scheint die Dauer der Vorarbeiten in keinem Verhältnis zu ihrem Inhalt zu stehen. In einer Broschüre des Frankfurter Redakteurs stehen über den Zeugniszwang der Redakteure vier nachgewiesene, daß die Richter, die der Staatssekretär über die Fälle solchen Zeugniszwanges angegeben hat, mindestens um die Hälfte zu niedrig gegriffen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Müller-Reinigen hat gemeint, daß in manchen Fragen des Strafrechts und der Prozessordnung Süddeutschland noch eine Art Insel bildet. Und es hat ja auch Juristen gegeben, die geglaubt haben, die heilere Auffassung des Südens würde den Main überschreiten. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Eine Anpassung findet statt, aber in der umgekehrten Richtung. Statt zur Freiheit und Einheitlichkeit des Rechts kommen wir zu seiner preussischen Uniformierung. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wiegen konnte in seiner Broschüre noch Baden als einen Staat nennen, wo der Zeugniszwang gegen Redakteure nicht angewendet würde. Dieser Fied auf der deutschen politischen Geographie ist jetzt weggewischt. Das Ding mit dem harten Schabel und den scharfen Klauen — ich meine den preussischen Adler — hat nach dem Süden gegriffen und uns die Kilometersteife und den Verkauf des „Simplificismus“ auf den Bahnhöfen genommen. (Heiterkeit.) Dafür hat es uns jetzt den Zeugniszwang gegen Redakteure gebracht. Das babilische Verbot von 1808 erkannte ein gewisses Recht des Redakteurs auf Zeugnisverweigerung an. Diese Erinnerung hielt vor, bis sie jetzt verloren gegangen ist. Ueber die Verechtigung oder Nichtberechtigung des Zeugniszwanges gegen Redakteure will ich kein Wort verlieren. In der Schule wird vor den Kindern der Buchhändler Palm als ein Märtyrer gefeiert, weil er den Verfasser einer in seinem Verlag erschienenen Schrift über Deutschlands tiefste Erniedrigung der Franzosen nicht nennen wollte. Der gleiche Staat, der seine Schulkiner das lernen läßt, läßt die Redakteure einsperren, die aus gleichem Ehrgefühl heraus den Verfasser einer inkriminierten Notiz nicht nennen wollten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ein Staatsanwalt hat jüngst gesagt, daß die Fälle, wo das Redaktionsgeheimnis nicht gewahrt wird, Gott sei Dank selten seien, denn dadurch würde die Pressefreiheit in Gefahr kommen. Die Presse ist in der Tat das öffentliche Gewissen oder wenigstens das Surrogat dafür. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie ist für die Justiz unentbehrlich, denn die Öffentlichkeit der Verhandlungen wird erst durch die Presse geschaffen, und bei Entdeckung von Verbrechen leistet sie die wertvollsten Dienste. Deshalb liegt es im öffentlichen Interesse, wenn der Zeugniszwang gegen Redakteure abgeschafft wird. Das staatliche Interesse, das dagegen vorgebracht wird, ist nicht weiter als das engstirnige bürokratische Interesse. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In den meisten Fällen handelt es sich darum, daß Beamte ermittelt werden, die irgend welche Amtsgeheimnisse verbreitet haben. Der Fall, wo die babilische Justiz zum Zeugniszwang zur Anwendung gekommen ist, ist bekannt. Ein Postnachrichtenblatt, „Der Schimpfball“ veröffentlichte eine kleine Notiz gegen den Byzantinismus mancher Stadtverwaltungen, die jeden Platz und jede Straße mit dem Namen eines Königs versehen mußten. Wegen dieser Notiz wurde am Postnachrichtstage ein 67jähriger Mann als verantwortlicher Redakteur verhaftet, von dem in ganz Mannheim bekannt ist, daß er nur der Ausgänger der „Mannheimer Volksstimme“ ist. Er hatte mit der Redaktion des „Schimpfball“ etwa ebensoviel zu tun, als Herr Blöw mit der Redaktion des Postnachrichtenblattes der „Mannheimer Neuesten Nachrichten“, das ihn als verantwortlichen Redakteur genannt hat. (Heiterkeit.) Dann wurden Seyer, Drüder und Expedienten ins Gefängnis gesteckt, und zuletzt der Redakteur Ged.

Der Fall Schlegel.

Der Fall, den heute Herr Müller-Reinigen erwähnte, liegt eigentlich noch krasser. Der Redakteur Schlegel, der Redakteur der „Frankischen Volksstimme“, ist in Zeugniszwanghaft genommen worden, obwohl er wegen des gleichen Deliktes bestraft ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und zwar in erster Instanz zu einer Freiheitsstrafe, in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe. Offenbar hatte sich der Unternehmer geirrt, daß Schlegel nicht eingestraft worden war. Vielleicht auch der Amtsrichter von Kullmbach, dessen Urteil von der zweiten Instanz korrigiert worden ist. Und so hat er ihn nachträglich in Zeugniszwanghaft genommen. An diesem Fall ist der Staatssekretär persönlich interessiert. Er hat hervorgehoben, solche Fälle seien unüblich, wo in der gleichen Sache ein Redakteur zuerst als Angekluldigter bestraft und dann als Zeuge in die Zwangshaft kommt. Hier zeigt ihm die Praxis ein Beispiel, daß tatsächlich ein solcher Mißbrauch vorkommt. Mit dem Belagerungsstand kann bekanntlich jeder Fied regieren. Was aber der Belagerungsstand für die Verwaltung ist, das ist der Zeugniszwang für die Presse für Gericht und Justiz. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch die Behandlung des verhafteten Redakteurs Ged in Mannheim hat viel zu wünschen übrig gelassen. Nur einmal in der Woche durfte ihn seine Frau sehen. Und der Beamte stand mit der Uhr in der Hand daneben. Man hat ihm aber nicht nur die Freiheit genommen, sondern offenbar gehofft, ihn noch erziehen zu können und ihn in ein Mitglied des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie umzuwandeln. Man hat ihm nämlich nicht eine sozialdemokratische Zeitung zu lesen gestattet. Erst eine Beschwerde an das Justizministerium hatte da Wandel gebracht.

Fall zu gleicher Zeit hat noch ein Fall in Mannheim gespielt, der Aufsehen erregt hat, weil er in Widerspruch steht zu der bisherigen Praxis in Süddeutschland, ich meine

Die Behandlung der beiden Anarchisten Dr. Friedberg und Karfunkelstein.

Die von dem Mannheimer Gericht in Untersuchungshaft genommen waren, weil sie im Verdacht standen, an einem verbotenen Anarchistenkongreß teilgenommen zu haben. Insbesondere die Behandlung des Dr. Friedberg fordert die schärfste Kritik heraus. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man hat ihn, trotzdem er erkrankt, herzleidend zu sein, bei taubem Wetter in einer Zelle mit offenem Fenster gelassen, man hat ihn auf dem Wege zum Amtsgericht gefesselt, wie einen schweren Verbrecher. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hat ihm den Verkehr mit seinem Verteidiger erschwert, eine telefonische Unterredung nicht gestattet, man hat einen Eilbrief an den Verteidiger so spät befördert, daß er nach der 200 Schritt entfernten Wohnung einen ganzen Tag brauchte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ja man hat Dr. Friedberg gegen seinen Willen unter Androhung körperlicher Gewalt photographiert! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und sicher war die Photographie nicht für die „Woche“ bestimmt (Heiterkeit), sondern für irgend ein anderes Album. Es ist von Dr. Friedberg Beschwerde erhoben, aber nachträglich will es niemand gewesen sein. Der Justizminister hat erklärt, es sei eine polizeiliche Maßregel gewesen. Also in dem gleichen Gefängnis, in dem ohne Erlaubnis des Justizministers sogar eine Zigarre geraucht werden darf, kann ein Gefangenener gegen seinen Willen photographiert werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß es übrigens eine Remesse gibt und die Photographie doch eine zweifelhafte Waffe ist, die sich auch einmal gegen die Polizei richten kann, hat die Polizei ja gerade in den letzten Tagen durch das Schicksal, das einzelnen Polizeiposten widerfahren ist, erkennen müssen. Auch das sonstige Verhalten gegenüber den verhafteten Anarchisten zeugt von großer Kleinlichkeit. Ich habe Herrn Karfunkelstein Besuche gebracht — was war das für eine Kenglichkeit bei der Prüfung, wie wurde Seite für Seite durchgesehen, ob nicht vielleicht eine Bombe darin steckte. (Heiterkeit.) Ein Buch mit Auszügen aus Briefen von Emerson wurde geprüft, als ob es den gefährlichsten umstürzlerischen Charakter hätte — wach ein Unglück, wenn ein verhafteter Anarchist umstürzlerische Schriften liest! Wenn ich Staatssekretär wäre — verzeihen Sie die Verneinung (Heiterkeit) — ich würde nicht die Geduld haben, jedes Jahr hier fast dieselben Reden anzuhören, ich würde nachgeben, denn der Klügere gibt nach. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag, 1 Uhr.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Heine (Soz.): Wenn Herr Graf in seinem Aergern über meine Ausführungen mit Beleidigungen geantwortet hat, so beweist er damit, daß er Unrecht hat und mich nicht widerlegen kann. Herr Müller-Reinigen hat wiederholt von meinen Angriffen gegen den Richterstand gesprochen, die ich nachträglich in persönlichen Bemerkungen einzuschränken bemüht gewesen sei. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich, weil ich die Verdrehungen kenne, mit denen man mich zu bedecken pflegt, beim Beginn meiner Ausführungen ausdrücklich hervorgehoben habe, in welchem Sinne und in welchem Umfang der Vorwurf der Klassenjustiz meines Erachtens Geltung habe. Von dem, was ich gesagt habe, habe ich nichts zurückgenommen.

Ich habe mit Bezug auf den Reutheuer Fall nicht von einer Rechtsbeugung gesprochen, wie Herr Müller behauptete. Das ist eine sehr billige Art, etwas zu widerlegen, was einer nicht gesagt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Dr. Riederling hat meine Darstellung des Breslauer Falls mit der Behauptung bestritten, es hätte sich bei der Aufrechterhaltung der Fabrikdirektoren darum gehandelt, daß die Richter bei diesen Herren das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit berühren hätten. Was ich über die Begründung des Beschlusses hier gesagt habe, habe ich wörtlich aus dem Gerichtsbeschluss verlesen. Danach beruft sich das Gericht gerade darauf, daß es nach dem Reichsgericht bei Drohungen im Sinne des § 153 überhaupt nicht auf das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit ankomme.

Was den Münzberger Fall anlangt, so kenne ich die Akten persönlich nicht, habe aber alles, was ich über Zeugenaussagen vorgebracht habe, aus übereinstimmenden Berichten der gesamten Presse aller Richtungen entnommen. Was würde übrigens einem Arbeiterführer passieren, der einen Richterreißenden niederschlägt! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Präsident Graf Stolberg: Das war nicht persönlich!

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Vp.): Herr Heine gegenüber bemerke ich, daß ich es dem Urteil des Hauses überlassen muß, ob Herr Heine bei seinen Angriffen auf den deutschen Richterstand generalisiert hat.

Abg. Graf (Wirtsch. Ver.): Wenn ich gegen Herrn Heine beleidigend geworden wäre, hätte mich der Präsident zur Ordnung gerufen. Es war meine Pflicht, die beleidigenden Vorwürfe des Herrn Heine gegen die deutschen Richter zurückzuweisen.

Abg. Heine (Soz.): Ich konstatiere, daß Herr Graf eben wieder die Behauptung, ich hätte die deutschen Richter beleidigt, wiederholt hat, obwohl deren Unwahrheit bereits von mir festgestellt ist. (Lachen rechts.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung. — Montag, den 22. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Beselet.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung der von der Kommission zurückerwiesenen Titel des Justizetats. — Die Kommission hat einen Antrag Mathis (natl.) auf Gleichstellung der Gerichtsfunktionen mit den Verwaltungsbeamten, und einen Antrag Veltsohn (fr. Vp.), der die im Etat vorgesehenen gehobenen Stellen beseitigt, angenommen.

Nach längerer Debatte, in der der Justizminister erklärt, die Angelegenheit stelle keine Lebensfrage der Justizverwaltung dar, die Regierung werde also die Entscheidung des Hauses akzeptieren, wird der Antrag der Budgetkommission angenommen.

Es folgt die Beratung des Etats der Anstiedelungskommission für Westpreußen und Posen, in Verbindung mit der Anstiedelungsbilanz.

Abg. Graf Braschma (Z.): Die Denkschrift zeigt, daß das Anstiedelungsgesetz Fortschritte gemacht hat. Das hindert uns nicht, unsere bisherige Stellung beizubehalten. Wir wollen, daß die Regierung allen polnischen Aspirationen mit Energie entgegentritt. Aber gerade weil wir das wollen, weil wir als gute Preußen die uralten preussischen Landesregeln fest und unzerrenlich mit der Krone Preußens verbinden wollen, werden wir gegen jedes Ausnahmengesetz stimmen. Das Angebot namentlich an großen Gütern ist fähig zurückgegangen. Es wird jetzt fast nur noch Grund und Boden aus deutschen Händen angeboten. Eine unangenehme Steigerung der Grundstückspreise ist eingetreten. Selbst die „Schlesische Ag.“ hat scharfe Kritik an unserer Anstiedelungspolitik geübt. 60 000 Hektar hat die polnische Hand allein in Westpreußen und Posen gewonnen. Aufschärfe muß ich dagegen Widerspruch erheben, daß die Mittel der Anstiedelungskommission auch zu einem Verbrauch in der Stadt Gnesen benutzt werden sollen. Wir bedauern, daß die Begriffe „religiös“ und „national“ sich derartig vermischt haben. Die Agitation wird gefördert durch Versammlungen, wie sie der „Evangelische Bund“ in Graudenz und Blogau hinter verschlossenen Türen abgehalten hat. Ich weiß sehr wohl, daß es Geisliche gibt, die gegen die Autorität des Staates zu Felde ziehen. Aber, das sind Einzelercheinungen. (Widerspruch rechts.) Zehn Sie Ihrerseits alles, den konfessionellen Miß, den auch Geheimrat Witting als das schwierigste Moment in dem Kampf bezeichnet hat, zu beseitigen! (Beifall im Zentrum.)

Inzwischen ist ein Antrag des Abg. Dr. Arendt (fr.) eingegangen, der bedauert, daß in dieser Session die angelegte Polenvorlage nicht vorgelegt sei, und verlangt, daß bei der nächsten Vorlage folgende Gesichtspunkte herbeizuführen werden: 1. Ver-

meidung ungesunder Preissteigerungen; 2. planmäßigere Heranziehung von Arbeitern; 3. Vereinfachung der Organisation der Anstiedelungsbehörden.

Abg. Dr. v. Starzhöf (Vole): Für die Anstiedelungspolitik sind die bewilligten 450 Millionen Mark bis auf 21 Millionen verwendet worden, dazu verwendet worden, um die Anstiedelung über Wasser zu halten. Die Zunahme des deutschen Besitzes in der Provinz Posen ist im Hinblick auf die aufgewendeten Mittel ein lächerlicher Gewinn. Auf meinen in der Kommission gemachten Vorschlag, die Anstiedelungskommission zu liquidieren, hat der Minister das Wesen der großpolnischen Gefahr an die Wand gewallt. Redner polemisiert sojann in längeren Ausführungen gegen Angaben des Ministers v. Bobbieloff im vorigen Jahre. Das Anstiedelungsgesetz richte sich gegen die polnischen Arbeiter, die sich im Schwerte ihres Angeichts in Westfalen, Sachsen usw. im Sommer einige Groschen erspart hätten und sich nun ansiedeln wollten, um auf eigener Scholle zu sterben. Die Entgeltung sei eine Jakobinermethode, aber er könne nachweisen, daß die Konserbativen dem zustimmten. Wie ganz anders als die Preußen gegen die Polen hätten sich die Engländer gegen die Buren benommen. Die Polen ständen auf einer Insel, deren größere Hälfte die germanische Flut überpült habe. Sie lämpften den letzten Kampf auf Leben und Tod, Männer, Frauen und Kinder ständen auf Tod. Hier verhöhne man nur die Polen. Zuerst spreche man von Dankbarkeit, dann müßten die Ruinen erhalten, um die Regierung mit ihrer Kameleudenhand zu decken. Wir geben unserm Schicksal ruhig entgegen, denn wir wissen: Gottes Wühlen mahlen langsam, aber sicher. Wenn wir untergehen sollten, tun wir es mit dem Wunsch: exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor (Aus unseren Beineten wird ein Rächer entstehen). (Beifall bei den Polen.)

Minister v. Arnim: Gesetze gegen die Polen sind nur deshalb erlassen, weil die Polen ihre oberste staatsbürgerliche Pflicht, die Staatsbürgerrechte nicht hielten. 45 Jahre sind die Polen milde behandelt. Zeitweilig hat man sogar um ihre Gunst geborben. Welches war der Erfolg? Eine dauernde Zunahme der Agitation! Da war Bismarck 1885 gezwungen, eine andere Politik einzuschlagen. Heute ist die Agitation noch schlimmer als 1885. Redner verliest eine Reihe Zeitungsartikel, um die polnische Agitation zu kennzeichnen. In einigen Artikeln wird Preußen ein zweites Tsushima gewünscht. Niemand von uns macht es Preußen, gegen die Polen vorzugehen, es ist aber dira necessitas (eheres Ruh). Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß es gelingen wird, die Polen zu germanisieren, aber wir hoffen, durch eine gesunde deutsche Bevölkerung einen Wall gegen die drohende polnische Gefahr errichten zu können. Wir müssen das Vordringen der Polen verhindern. Welche Maßregeln noch weiter durch die Gesetzgebung zu ergreifen sind, das ist eine Frage, die gegenwärtig Gegenstand der Verhandlungen ist. Dem Abg. Graf Braschma erwidere ich, daß bei Gnesen nur eine einfache Kirche im Interesse der Anstiedler errichtet werden soll, nicht ein Prachtbau. Die Anstiedelung von Katholiken wollen wir gern fördern, es sind uns aber ungeheure Schwierigkeiten wegen der kirchlichen Versorgung katholischer Anstiedler entgegengetreten. (Beifall.)

Ein Regierungskommissar erklärt, daß durch das Entgegenkommen des Erzbischofs in neuerer Zeit die Versorgung mit deutschen Geistlichen sehr erleichtert worden sei.

Abg. v. Oldenburg (L.): Meine politischen Freunde sind der Ueberzeugung, daß es sich bei dem Anstiedelungsgesetz um ein Kulturwerk ersten Ranges handelt, daß es aber nicht die Hoffnung erfüllt hat, die wir in nationaler Hinsicht darauf gesetzt haben. Die Polen sind durch Friedrich den Großen Preußen geworden, sie tragen dem aber nicht so Rechnung, wie wir es verlangen. (Beifall rechts.)

Abg. Mayer (natl.): Wenn das Zentrum uns unterstützte, so würden wir bald mit den Polen fertig werden. Ich freue mich, daß der Minister nicht nur neue Geldmittel fordern will, sondern auch eine Erweiterung der Reichsmittel des Staates. Bei der Anstiedelungstätigkeit bebauern wir die Willkürigkeit der Leitung, die der deutschen Bewegung die Stokkraft nimmt. — Die Abstimmung über den Antrag Dr. Arendt bitten wir bis zur dritten Lesung aufzuschieben. Wir werden nicht gegen den Antrag stimmen, wir wollen aber auch kein Mißtrauen gegen die Regierung zum Ausdruck bringen.

Abg. v. Kardorff (fr.): Ueber die Einbringung des ersten Anstiedelungsgesetzes weiß vielleicht niemand so genau Bescheid wie ich. Gestatten Sie deshalb einige Worte darüber. Als Bismarck 1885 das erste Anstiedelungsgesetz einbrachte, ging ich zu ihm und hielt ihm seine große Rede vom 18. März 1867 vor. In dieser Rede hatte der Fürst gesagt, daß die polnische Bauernschaft durchaus loyal sei und nicht daran denke, sich nach der polnischen Adelsheerlichkeit zurückzuziehen. Da sagte mir der Fürst, er habe die Absicht gehabt, großpolnischen Grundbesitz anzukaufen. Die Nationalliberalen hätten davon Wind bekommen und ihn wissen lassen, daß sie nur dafür zu haben wären, wenn eine großzügige Anstiedelung durch Posen erfolge. Nun habe er gerade jetzt im Reichstag durch einen Antrag Jagdzowski, der in der Justiz ein polnisches Protokoll neben dem deutschen einführen wolle, eine Niederlage erlitten, die von verhängnisvoller Wirkung auf unsere Beziehungen zum Ausland gewesen sei. Er brauche jetzt eine erklarte Majorität, um im Auslande den Eindruck, als ob er nicht mehr Herr im eigenen Hause sei, zu vermeiden. Da haben wir denn die Vorlage mit großer Majorität angenommen. Friedrich Wilhelm I. hat für die Besiedelung Ostpreußens 6 000 000 Taler ausgegeben. Friedrich II. hat in noch viel größerem Maßstabe Westpreußen besiedelt, ein Beck, das Goethe den Anlaß zum Schluß des zweiten Teiles seines „Faust“ gab. Sollen wir da nicht auch ein Ausnahmengesetz schaffen können? Wenn Ausnahmeweisungen bestehen, weshalb soll man nicht Ausnahmeweisungen machen? In dieser Beziehung sollte man etwas later werden. (Heiterkeit.) Ich bitte um Annahme unseres Antrages. (Beifall rechts.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Dienstag, 11 Uhr, Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Vorbereitungen zur Waisfeier.

Ein generalles Verbot der Waisfeiern soll die bayerische Staatsregierung erlassen haben. Wie einige bürgerliche Blätter mitteilen, erging vom Ministerium des Innern an die Polizeibehörden Anweisung, keinerlei Feiern, die mit der Waisfeier zusammenhängen, zu gestatten. So hätte also der neue Polizeiminister, Herr v. Westreich sein Regiment mit einer großartigen Staatsrettertat eingeleitet, die ganz dem Schiem seines Vorgängers entspricht.

Zur Frage der Waisfeier haben die freitorganisierten Arbeiter der Siemens-Schuckertwerke in Nürnberg in folgender Weise Stellung genommen: von 2603 Verbandsmitgliedern haben 2173 abgestimmt, für Arbeiterruhe stimmten 1125, gegen Arbeiterruhe 1017, der Stimme enthielten sich 460. Mit den 1500, die nicht abstimmen, und den 430, die weiche Fettel abgaben, betrüge die Zahl derer, die sich nicht gegen die Feiern erklärten, 1596, es fehlen also zur Zweidrittelmehrheit 148 Stimmen. Der Obmann macht deshalb bekannt, daß der erste Mal in diesem Jahre nicht durch Arbeiterruhe begangen wird.

Ein ultramontaner Schwindel wurde vor der Düsseldorf Strafkammer auf seinen Beut zurückgeführt. Zwischen Haupt- und Stichtwahl sollte ein christlicher Flugblattverbreiter am Düsseldorf Hofen von zwei Hafenanarbeitern schwer mißhandelt worden sein. Der Flugblattverbreiter sei unmeniglich zerstoßen worden, hieß es in der bürgerlichen Presse. Vor Gericht stellte sich heraus, daß er nur eine unbedeutende Schramme davongetragen hatte. Wegen der Mißhandlung waren zwei Arbeiter angeklagt, einer derselben hatte sogar vier Wochen in Untersuchungshaft zugebracht, wo ihm der katholische Anstaltsgeistliche mehrere Jahre in Aussicht gestellt hatte.

Die Angeklagten bestritten, sich überhaupt an irgend jemand vergriffen zu haben, auch mußte der Mißhandelte zugeben, daß diejenigen, die auf der Anklagebank saßen, die Täter nicht sein könnten, weil er sie sonst erkennen müßte. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß die ganze Anklage auf Aussagen von Kindern beruhte. Und diese Kinder erklärten jetzt und hatten dieses auch direkt nach ihrer polizeilichen Vernehmung zu ihren Eltern gesagt, daß die Polizei anders berichtet, als sie ausgesagt. Nicht die Angeklagten hätten Streit mit dem Flugblattverteiler gehabt. Das Gericht kam zu einer Freisprechung und ist die bürgerliche Presse wieder um einen Terrorismuswindel ärmer.

Die „Azione“-Affäre.

Rom, 22. April.
(Privattelegramm.)

Eine Syndikalistenversammlung vollerte Sonntagnacht eine heftige Tagesordnung gegen den Parteivorstand. Die Redaktion der „Azione“ wird aufgefordert, ihren Posten zu behaupten. Der Ausschluß der Syndikalisten ist somit unvermeidlich.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Verletzung der Amtshauptmannschaft Leipzig und der Gendarmerie verurteilte das Schöffengericht zu Leipzig den Genossen R. Börner zu 80 M. und den Genossen Martin aus Liebertowitz als Leiter der Versammlung, in der Börner die Verletzung angeblich begangen haben soll, zu 20 M. Geldstrafe.

Soziales.

Zum Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen.

Der Ortskrankenkasse Heerdt-Wüderich bei Düsseldorf trat die Firma Brend'amour in Oberkassel, eine größere Fabrik, bei. Die dort beschäftigten Arbeiter, Mitglieder der freien Gewerkschaften und zumeist Parteigenossen, hatten bald die Leitung der Ortskrankenkasse in Händen und führten zum Besten der Versicherten allerlei Reformen ein. Dem Bürgermeister (Aufsichtsbehörde) gefiel die Geschichte nicht und machte er dem Kassenvorstand Schwierigkeiten, die dieser aber in ganz energischer Weise aus dem Wege räumte. Rüdlich ordnete der Bürgermeister an, die Firma Brend'amour habe aus der Kasse zu scheiden und eine Betriebskasse zu gründen. Auf irgend einen Paragraphen des Krankenversicherungsgesetzes berief sich bei dieser Maßregel der Bürgermeister nicht. Alles Protestieren der Geschäftsleitung sowohl als der Angestellten und Arbeiter half nichts. Eine Beschwerde des Kassenvorstandes auf Antrag der Generalversammlung an den Minister für Handel und Gewerbe ist jetzt, nach sieben Monaten, noch nicht beantwortet.

Doch genügt dem Bürgermeister die vorgenommene „Reinigung“ noch nicht. Einige Angestellte und Arbeiter der genannten Firma waren nämlich, weil sie dazu gesetzlich berechtigt waren, freiwillige Mitglieder der Ortskasse geblieben. Einer derselben, der großes Vertrauen genießt, ist Vorsitzender der Kasse. Diese freiwilligen Mitglieder hat der Bürgermeister „Kraft Gesetz“, wie es so hübsch in der Verfügung heißt, aus der Kasse ausgeschlossen. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß die Aufsichtsbehörde das Recht hat, derartige Maßnahmen zu treffen. Gegen diese Verfügung ist nun wieder von den Betroffenen als auch von dem Kassenvorstand Beschwerde erhoben worden. Eine stark beachtete Mitgliederversammlung hat protestiert.

Bei dem Protest sollten es die Arbeiter nicht bewenden lassen, auch nicht bei der Beschwerde an den Minister, sondern sollten

suchen, im Verwaltungsstreitverfahren den Rest des Selbstverwaltungsrechts zu schützen.

Zur Billettssteuerfrage.

Im Rahmen seiner neueren Lustbarkeits-Steuerordnung hat Köln auch eine Billettssteuer eingeführt. Eine Ausnahmebestimmung sagt, daß befreit seien die Eintrittskarten bis zu 1,50 M. zu solchen Veranstaltungen, die vorwiegend Zwecken der Wissenschaft, der höheren Kunst, der Belehrung oder des Unterrichts dienen. In einem Rechtsstreit um die Anwendung dieser Ausnahmebestimmung entschied der Bezirksauschuß, daß sie dem Direktor Hasemann vom Kölner Residenztheater zugute komme, weil sein Unternehmen, als ganzes betrachtet, der höheren Kunst diene, wenngleich das leichte Genre bei ihm überwiege. — Das Ober-Verwaltungsgericht hob am Freitag dieses Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Entscheidung an den Bezirksauschuß. Die Begründung erging dahin: Unter: „... vorwiegend den Zwecken der höheren Kunst dienen“ sei zu verstehen, daß es sich um Veranstaltungen handeln müsse, bei denen ein höheres Kunstinteresse obwalte. Nun nehme der Bezirksauschuß an, daß nicht die einzelne Vorstellung als selbständiges Steuerobjekt anzusehen sei, sondern daß das Theaterunternehmen als Ganzes betrachtet werden müsse. Das sei irrig. Die einzelnen Vorstellungen sollten vielmehr besteuert werden. Deshalb müsse in jedem einzelnen Falle die Frage der Steuerfreiheit der fraglichen Billetts nachgeprüft werden. Somit müsse der Bezirksauschuß feststellen, ob das in der hier strittigen Zeit allein gegebene Stück „Eine tolle Nacht“ nach Inhalt und Darstellung geeignet sei, ein höheres Kunstinteresse zu gewähren. Dabei sei auch die Musik zu berücksichtigen. Sollte die Prüfung durch Vermohnung einer Vorstellung nicht möglich sein, dann wären Sachverständige zu hören. Derartige Weiterungen und Zweifel folgen naturgemäß aus der in Preußen leider recht beliebten kulturwidrigen Besteuerung von Lustbarkeiten.

Aus Industrie und Handel.

Von der Konjunktur.

Ueber die Situation auf dem Berliner Stein- und Ziegelmarkt wird über Geschäftsstelle berichtet. Um nicht zu Preisdonzessionen gezwungen zu werden, haben die Ziegeleien beschlossen, die Produktion einzuschränken. Aber jetzt schon sind bessere Sorten, wie Hartbrand und Rathenower Handsteine und solche zu Rohbauten im Preise gewichen. Am Baustellenmarkt war die Stille ebenso brüdend wie im Steinhandel. Diejenigen, die noch den Mut finden, Grundstücke zu kaufen, werden als tollkühn betrachtet. Von Verleihungen ist wenig zu sprechen; sehr vereinzelt treten erstellte Hypotheken in bester Vorortlage zum Zinsfuß von 4—4½ Proz. auf, im Norden Berlins ist viel angeboten, ohne Nehmer zu finden; das Material dürfte sich dort am 1. Oktober zu erhöhten Zinsfüßen anammeln. — Aus der rheinisch-westfälischen Industrie berichtet der Korrespondent des „S. L.“ unter anderem: „Seide Momente, Arbeitermangel und Waggomangel, sprechen für die Gunst der Konjunktur, aber auch sie täuschen nicht darüber hinweg, daß sich besonders von Seiten der Händler in neuerer Zeit eine starke Zurückhaltung geltend macht. ... Diese Zurückhaltung wird bei den Produzenten der Fertigfabrikate am ehesten fühlbar und zudem auch am schmerzlichen. Denn in dem Augenblick, in dem bei ihnen sich die Notwendigkeit einstellt, die Verkaufspreise zu ermäßigen, müssen sie beim Einkauf der Rohstoffe und des Halbzuges noch Preiserhöhungen bewilligen.“

Herr Justizrat Dr. Breschner schreibt uns zu dem Konkurs der Kramerlich-Gesellschaft:

Geheimer Justizrat Dr. Krause ist nicht Gründer der Gesellschaft gewesen. Er war auch nie Vorsitzender, sondern nur Mitglied des Aufsichtsrats, aus dem er im März 1906 ausschied.

Bei der Gründung handelte es sich um die Illation eines bestehenden Geschäfts und mehrerer Patente, welche Aktiva mit 1 000 000 M. bewertet wurden, in die Gesellschaft, während 100 000 Mark bar eingezahlt wurden. Von einer Unterbilanz hat der Aufsichtsrat nicht 6 Wochen, sondern erst nach mehr als 6 Monaten nach der Gründung Kenntnis erhalten. Er hat sofort versucht, durch Aenderung in der Geschäftsführung und demnachst durch Zuführung erheblicherbarer Mittel seitens mehrerer bisheriger Gesellschafter, darunter des Geheimen Justizrat Dr. Krause, die Gesellschaft zu halten, was leider nicht gelang.

Der „frühere Zahnarzt“ war selbst Gesellschafter und wurde als Vertrauensmann der Gesellschaft zum Geschäftsführer bestellt, engagiert selbst aber einen tüchtigen Geschäftsmann als Gehälfen. Dr. Krause hat niemals den geringsten Nutzen, wohl aber nicht unerhebliche Verluste aus dem Unternehmen gehabt.

Die Handelsbücher der Gesellschaft sind in Ordnung.

Wertzwachststeuer. Für das Jahr 1906/07 war der Ertrag der Zertzwachststeuer in Köln im Etat mit 20 000 M. eingestellt. Für das Jahr 1907/08 hat man im Etat einen Ertrag von 80 000 M. veranschlagt. Diese Lage muß als sehr niedrig bezeichnet werden, denn bisher hat die Steuer bereits 200 000 M. erbracht. Dabei ist in Köln die Steuer sehr minimal. Jedenfalls beweist der Erfolg in Köln, daß die Zertzwachststeuer eine sehr gute Einnahmequelle für die Kommunen zu werden verspricht.

Ein Kartell der Anstaltspostarten-Fabrikanten. Die Anstaltsbesitzer Deutschlands und Oesterreichs, welche sich mit der Massenherstellung von photographischen Postkarten befassen, haben auf zehn Jahre ein Kartell geschlossen zum Zwecke der Erhaltung „guter“ Preise. Gleichzeitig wurden diese um sechs bis sieben Prozent erhöht.

Chronik der Preiserhöhungen. Die Sonn- und Regenschirme werden um 20 Proz. verteuert. — Trotzdem durch den neuen Zolltarif der Eingangszoll für Zitronen in Wegfall gekommen ist, sollen jetzt Zitronen und Zitronenprodukte eine ganz bedeutende Preissteigerung erfahren. Begründet wird dies damit, daß die Zitronenprodukte (Limonade, Essenz usw.) in Zukunft echter wie bisher hergestellt werden sollen, wodurch die Nachfrage nach Zitronen stärker geworden sei, was ein Hinansteigen der Preise für diese Früchte zur Folge gehabt habe.

Der Güterverkehr im laufenden Jahre.

Seit 1901 bewegten sich die Einnahmen aus dem Güterverkehr während des ersten Vierteljahres in Mark wie folgt:

1902	255 732 572	1905	302 061 428
1903	280 671 470	1906	357 128 585
1904	302 622 634	1907	372 357 315

Die größte Steigerung zeigt sich von 1905 auf 1906. Eine ähnlich starke Zunahme war 1907 ausgeschlossen. Besondere Umstände traten eben zusammen, um die Steigerung im Jahre 1906 so groß zu machen. Auf der einen Seite waren die Einnahmen aus dem Güterverkehr im ersten Quartal 1906 außergewöhnlich niedrig, und zwar infolge des Vergarbeiterstreiks; auf der anderen Seite waren die Einnahmen im ersten Quartal aus dem schon erwähnten politischen Grunde ausnahmsweise hoch.

Achtung!

Achtung!

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands
(Zweigverein Berlin).

Dienstag, den 23. April, abends 8½ Uhr:

30 Bezirks-Versammlungen

aller zum

Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen u. Bezirke der Maurer

in folgenden Lokalen:

- Bezirk **Westen** bei **Zühlke**, Dennewitzstr. 13.
- „ **Schöneberg** bei **Obst**, Meiningenstr. 8.
- „ **Südwesten** bei **Dinda**, Gneisenaustr. 67.
- „ **Süden im Märkischen Hof**, Admiralstr. 18c.
- „ **Südosten** bei **Graumann**, Raunynstr. 27.
- „ **Osten I** in der **Königsbank**, Große Frankfurterstr. 117.
- „ **Osten II** im **Elysium**, Landsberger Allee 40/41.
- „ **Nordosten** bei **Boeker**, Weberstr. 17.
- „ **Norden I u. II** bei **Groterjan**, Schönhauser Allee 130.
- „ **Oranienburger Vorstadt** in den **Borussia-Sälen**, Uckerstr. 6/7.
- „ **Wedding** im **Kolberger Salon**, Kolbergerstr. 23.
- „ **Moabit** im **Moabiter Kasino**, Wilsnackerstr. 63.
- Zahlstelle **Charlottenburg** im **Volkshause**, Rosinenstr. 3.
- „ **Rixdorf** bei **Helekhaus**, Karlsplatzstr. 6—11.
- „ **Wilmerdorf** im **Luisenpark**, Wilhelms-Aue 112.

- Zahlstelle **Steglitz** bei **Schellhase**. Abends 7½ Uhr.
- „ **Friedenau** bei **Grube**, Kaiser Allee.
- „ **Gr.-Lichterfelde** bei **Reisen**, Chausseest. 104.
- „ **Zehlendorf** bei **Miekley**, Potsdamerstr. 25.
- „ **Mariendorf** bei **Borgfeld**, Feldstr. 44.
- „ **Mariensfelde** bei **Jaruszewski**, Kiepertstr. 3.
- „ **Schmargendorf** bei **Bartel**, Warnemünderstr. 6.
- „ **Johannisthal** bei **Alb. Cobin**, Moonstr. 2.
- „ **Ober-Schöneweide** bei **Dellmann**, Wilhelminenhoffstraße 79.
- „ **Friedrichsberg** bei **Welgelt**, Türschmidtstr. 45.
- „ **Friedrichsfelde** bei **Haberland**, Wilhelmstr. 39.
- „ **Weißensee** bei **Schmutz**, Königs-Chaussee 38.
- „ **Pankow** bei **Clemen**, Wollankstr. 122.
- „ **Reinickendorf** bei **Knebel**, Hauptstr. 51.
- „ **Tegel** bei **Schmidt**, Schlieperstr. 64.

In diesen Versammlungen soll durch Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches entschieden werden.

Verbandskollegen! Erscheint Mann für Mann in diesen hochwichtigen Versammlungen!

Die Verbandsleitung. J. A.: G. Thöns.

Kaufhaus des Westens

G.M.B.H. BERLIN

GESTREIFTE KLEIDERSTOFFE

Bandstreifen werden in dieser Saison besonders bevorzugt und bringen wir letztere in den apartesten Dessins und Ausführungen.

BANDSTREIFEN für Blusen
Grosse Sortimente, viele Farbenstellungen in Taffet-Bindung, Foulé und englisch-Flanell
ca. 70—110 cm breit Meter **1.50, 1.80, 2.60**

BANDSTREIFEN für Kostüme
deutsche u. ausländ. Erzeugnisse in grösster Auswahl, ca. 130-150 cm Mtr. **2.90, 3.75, 4.25**

BANDSTREIFEN für Tailor-made Kleider
Vorzügl. Gewebe in grossem Sortiment am Lager für elegante Strassentolletten, ca. 95-120 cm Mtr. **1.65, 1.90, 2.60**

BANDSTREIFEN in Voile, Eolienne u. Marquissette-Fond
Leichte halbklare Artikel in Wolle, Wolle mit Seide, auch mit entzückenden Broche's bestickt
ca. 110—120 cm breit Meter **2.70, 3.20, 3.60**

BANDSTREIFEN in Wollmousseline, Organdy und Voile-Chiffon
in hell-, mittel- und dunkelgrundig
ca. 80 cm breit Meter **0.75, 0.90, 1.10**

BANDSTREIFEN in Kleiderleinen, Zephir und Madapolam
Solide Qualitäten in vielen Farben am Lager, ca. 80—120 cm breit Meter **0.80, 1.50, 2.10**

Unser Hauptkatalog sowie Spezial-Preislisten über Sport-, Sport-Bekleidung, Lebensmittel sind erschienen und werden auf Wunsch portofrei zugesandt.

Unser Kaufhaus wird um 1/9 Uhr geöffnet.

Soeben erschienen:

233/18*

Blut und Eisen

Krieg und Kriegerturn in alter und neuer Zeit

Von Hugo Schulz

Der 1. Band liegt jetzt komplett vor.

Er enthält 352 Bilder und Dokumente aus der Zeit und eine Beilage. Preis broschiert 5 M., in Leinen geb. 7 M., in Halbfranz geb. 8 M.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Linden-Strasse 69, Laden.

Warnung!

Es ist in letzter Zeit häufig zu meiner Kenntnis gelangt, daß statt des echten Kapitän-Kautabaks meist ganz minderwertige Fabrikate verpackt worden sind, obwohl ausdrücklich Kapitän-Tabak gefordert wurde.

Nach dieser Infolgegefahr darauf aufmerksam, daß der Name „Kapitän“ für meine Tabake vom Patentamt unter Nr. 75 658 gesetzlich geschützt ist und es daher strafbar ist, andere Marken unter obigen Namen abzugeben; die Verbraucher meiner Kapitän-Tabake bitte ich, mir Fälle solcher Art zur Kenntnis zu bringen, damit ich gerichtlich dagegen einschreiten kann.

Merkmale der Echtheit! Dänischer Kapitän-Tabak gesetzlich geschützt

Die 10 Pf.-Rollen sind stets in Etiketten verpackt m. d. Aufschrift:

dieselbe Aufschrift tragen die in allen 5 Pf.-Rollen und 5 und 10 Pf.-Schleifen inliegenden Zettel des Kapitän-Kautabaks.

Kapitän-Kautabak ist in den meisten Zigarrengegeschäften käuflich, wo auch keine Fremdboten gratis zu haben sind.

Generalvertrieb: Carl Röcker, Berlin, Oranien-Str. 112. Fernspr.: Amt VII, 3961.

Verlobte!

Komplette Küchen-Einrichtungen:

130 Teile . . . Mk. 35.—

200 75.—

300 150.—

Alle Teile auch einzeln billigst!

L. Katz & Co.

Spandauerstr. 45 und Kaiser-, Ecke Schillingstr.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. Berlin-Pankow.

Grösste Malzbier-Brauerei in Deutschland.

Caramel-Malzbier

Alkoholfreies, diätetisches Spezialbräu.

Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährnde Mütter etc.

Als Tafelgetränk sehr bevorzugt.

Preis pro zirka 4/10 Flasche 10 Pfennig. Ueberall käuflich.

3466L*

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak

stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 3464L*

Amt 4, 3014.

Wacholder-Extrakt „Medico“

ein rein natürliches u. heilkräftiges, seit Jahrhunderten glänzend bewährtes Hausmittel, mit wunderbarem Erfolge wirkend, speziell gegen Rheumatismus, Gicht, Hämorrhoiden, Nierenschwäche, Schmerzen der Wechseljahre, Frauenleiden, Asthma, ist schmerzlos auf Brust u. Lunge und reinigt das Blut in der vollkommensten Weise. Ferner das seiner ableitenden, die Hautausdünstung fördernden, harntreibenden u. Anreizgeleitenden aussehenden Eigenschaften leistet er bei Nieren- u. Harnleiden besänftigend unerschöpfbare Dienste und wirkt, die Natur unterstützend, auf alle Teile des Organismus in wohlthätiger Weise ein. Niemals löse, garantiert rein u. unverfälscht nur in Flaschen mit Marke „Medico“ 4 75 Pf., 1.50 u. 2.50 zu beziehen durch

Otto Reichel, Berlin SO. 43, F.-Hochstraße Eisenbahnstr. 4. IV. 4751, 4752, 4753.

So in den Drogerien u. Apotheken nicht erhältlich, Zusdg. hier frei Haus. Man verlange ausdrücklich Marke „Medico“ und nehme keinesfalls andere Nahlungen.

Prachtbau der „Arminhallen“

Kommandantenstrasse 58/59, neben Gebr. Herrfeld-Theater.

Eröffnung Anfang Oktober d. J.

Wir empfehlen Festsaale (mit und ohne Bühne) 1150, 700, 400, 250 und 100 Personen fassend. 5 Vereinszimmer. 8 moderne Parkett-Kegelbahnen. Bestellungen erbitten 4645L*

Fernsprecher: Amt I, 8955. **Gebr. Mielitz** Kommandantenstrasse 21 II.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. d. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92.

A. B. Koch Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 34, Brombergerstr. 15.

Preise für nur 14 Marken ab 10 Pfennig

von 10 Str. an: 41872*

Prima la Halbsteine (Belannte Marken) . . . pr. Str. 92 Pf.

la Diamant (110 bis 120 Stk.) 97 Pf.

la Zise u. Hlv. 1.00 M.

la Anthrazit-Gadep. Str. 2.25 M.

Koks, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10—15 Pf. mehr. — Bei Original-Waggons und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Letzte Woche!

Inventur-Extrapreis!

130 cm breite bunte

Mocket-Plüsche

vornehmer haltbarster Möbelstoff

Buntpersische Blumenmuster

Inventur- 5 85 pr. Meter

Extrapreis 5 Wert 7-8⁵⁰

Bei Abnahme 575 p. Mtr.

ganzer Stücke 5 M. p. Mtr.

Proben franko.

Teppich - Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Süd. Seit 1882

nur Oranienstr. 158.

Unterhalte nirgends Filialen!



Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Generalversammlung von Groß-Berlin.

Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und der Umgegend hielt seine Generalversammlung am Sonntag im Germaniaaal in der Chausseestraße ab.

Bericht des Vorstandes

Der Vorstand des Verbandes hat die Generalversammlung am Sonntag im Germaniaaal in der Chausseestraße abgehalten. Der Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit im letzten Halbjahr verlorbener Genossen und widmete dem Andenken Ignaz Auer einen warm empfundenen Nachruf.

Der Kassierer Böste gab einige Erläuterungen zu dem gedruckten Kassierenbericht. Er bemerkte zum Schluss, die Parteikasse sei durch die Reichstagswahl stark in Anspruch genommen worden.

Freihäler berichtete namens der Revisoren, daß die Kassierung genau geprüft und als korrekt befunden sei. Er beantragte, den Kassierer zu entlasten.

Nun wurde die Diskussion eröffnet. Hensel beklagt sich darüber, daß der „Vorwärts“ ein von ihm, dem Redner, abgehandelt Telegramm nicht abgedruckt habe.

Hensel, er habe sein Telegramm an die Buchdruckerei adressiert, deshalb sei dasselbe der Redaktion verspätet zugegangen. Hinsichtlich des Vorklats müsse Hensel doch wissen, daß schon seit längerer Zeit so gehandelt werde, wie ihm gesagt wurde.

Schüpe sagte, er sei nicht einverstanden mit der Haltung des Zentralvorstandes zur Konsumgenossenschaftsbewegung. Er habe erwartet, der Zentralvorstand hätte sich unbedingt für die Konsumgenossenschaften aussprechen müssen.

Hoffmann-Kowales erklärt den Standpunkt des Vorstandes zur Konsumgenossenschaftsbewegung als durchaus berechtigt. Wenn die Konsumvereine offiziell durch die Partei unterstützt werden sollen, dann müßte die Partei auch eine Kontrolle über die Konsumvereine ausüben können.

Wels beantragt, die von Hensel vorgebrachte Angelegenheit aus der Diskussion auszuschneiden, da dieselbe nach dem Statut vor die Prekommission, aber nicht vor die Generalversammlung gehöre.

Der Antrag wird angenommen. Wald erklärt sich mit dem Bericht des Vorstandes einverstanden und führt aus: Auf dem Lande sei die Beschaffung von Vokalen schwierig und kostspielig.

Ernst bemerkt in seinem Schlusswort, der Zentralvorstand habe doch in der von ihm beschlossenen im Bericht abgedruckten Resolution keinen Zweifel darüber gelassen, daß er der Konsumgenossenschaftsbewegung durchaus wohlwollend gegenüberstehe.

Hierauf wurde die Entlastung des Vorstandes beschlossen. Es folgte die Wahl des Vorstandes. Sie hatte, gemäß den Vorschlägen der Kreise, folgendes Ergebnis:

- 1. Kreis: Boldersth, Dieseler, Ege, Schuster. 2. Kreis: Schwemke, Meyer, Jinte, Schröder, König. 3. Kreis: Pohl, Krämer, Schermann, König. 4. Kreis: Hoffmann, Mann, Wächner, Hadelbusch, Kott, Lusche, Raaser. 5. Kreis: Wels, Buch, Hahnisch, Liepmann. 6. Kreis: Ernst, Wittorf, Dobrowlaw, Henschel, Rosenow, Janke, Karl Schulz, Mars, Teltow-Beckow, Mollermann, Böste, Rietsch, Hoffmann, Heinrich, Fischer, Käter, Rohr, Niederbarnim: Freiwaldt, Kubig, Riel, Jabbsen, Schmutz, Revisoren: Schmidt, Klamm, Freihäler, Brunwald, Peufert.

Der nächste Punkt der Tagesordnung lautet: Verbandsangelegenheiten. In diesem Punkt liegen verschiedene Anträge aus den Wahlvereinen vor.

Zur Beitragsfrage wird der vom sechsten Kreise gestellte, von Freihäler begründete weitgehende Antrag, welcher die Erhöhung des Beitrages auf 35 Pf. monatlich befürwortet, nach kurzer Diskussion abgelehnt und der Antrag des Aktionsausschusses, der sich mit einem Antrag des dritten Kreises deckt, angenommen.

Der Monatsbeitrag in den Kreiswahlvereinen ist vom 1. Juli ab auf 30 Pf. zu erhöhen. Anträge des zweiten, dritten und Niederbarnimer Kreises fordern eine andere Festsetzung der auf einen Delegierten entfallenden Mitgliederzahl.

Anträge des zweiten und vierten Kreises, die eine Verbilligung des „Vorwärts“ beziehungsweise Einrichtung von Wochenabonnements fordern, werden damit begründet, daß, wenn den Anträgen stattgegeben werde, der „Vorwärts“ eine weitere Verbreitung finden würde.

Anträge des zweiten und vierten Kreises, die eine Verbilligung des „Vorwärts“ beziehungsweise Einrichtung von Wochenabonnements fordern, werden damit begründet, daß, wenn den Anträgen stattgegeben werde, der „Vorwärts“ eine weitere Verbreitung finden würde.

Im eine intensivere Agitation unter den in Berlin und Umgegend wohnenden Polen wirksamer einzusetzen zu können und denselben überzeugend klar zu machen, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, gemeinsam mit den deutschen Arbeitern gegen die kapitalistische Ausbeutung zu kämpfen, empfiehlt es sich, daß der Vorstand von Groß-Berlin zusammen mit der Agitationskommission des „Polnischen sozialistischen Vereins in Berlin“ die hierzu notwendigen Vorbereitungen trifft.

demselben überzeugend klar zu machen, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, gemeinsam mit den deutschen Arbeitern gegen die kapitalistische Ausbeutung zu kämpfen, empfiehlt es sich, daß der Vorstand von Groß-Berlin zusammen mit der Agitationskommission des „Polnischen sozialistischen Vereins in Berlin“ die hierzu notwendigen Vorbereitungen trifft.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung: Parteiangelegenheiten. beauftragt Eugen Brückner folgenden Antrag: Die Generalversammlung beauftragt den Zentralvorstand, in Erwägung darüber einzutreten, ob nicht durch Flugblattverbreitung unter den sogenannten Sachseingängern für die sozialistischen Ideen Propaganda zu betreiben ist.

Der Redner führt aus, solche Flugblätter seien in polnischer und russischer Sprache abzufassen und den ländlichen Wanderarbeitern auf ihrer Durchreise durch Berlin an den Bahnhöfen zu übermitteln. Das sei eine gute Gelegenheit, um diese Arbeiter, an die wir sonst nicht herankommen, mit unseren Ideen bekannt zu machen.

Hoffmann-Kowales meint, dem Antrage stehen bedeutende Schwierigkeiten entgegen. 50 Proz. der betreffenden Arbeiter könnten nicht lesen, man könne ja auch nicht wissen, welche Sprache die Arbeiter, die man gerade antreffe, sprechen.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel habe dieser Aufruf die für die Parteifreudigsten Arbeiter getroffen. Der Parteivorstand möge ja gute Absichten haben, aber gerade jetzt, wo der Kapitalismus so froh sein Haupt erhebt und gegen die Arbeiter vorgeht, sei es notwendig, daß sich die Arbeiter selbst zusammenschließen.

Singer führte als Vertreter des Parteivorstandes aus: Als der Parteivorstand seinen Aufruf erließ, war er sich nicht im Zweifel darüber, daß er etwas tue, was einem großen Teil der Genossen im ersten Augenblick unangenehm sein werde.

Ernst bemerkt, mit der letzten Anregung des Redners habe sich der Parteivorstand befaßt, die Kreise haben aber beschlossen, daß jeder für sich Eintrittsgeld erhebt, welches zum Eintritt in alle Lokale des betreffenden Kreises berechtigt.

Wer an führender Stelle steht, muß sich dessen bewußt sein, daß seine Beschlüsse und Handlungen Konsequenzen haben. Wir müssen uns fragen, ob wir diese Konsequenzen ohne Schaden für die Allgemeinheit durchzuführen können.

Wir stehen am Anfang einer wirtschaftlichen Krise und gehen einer Zeit entgegen, wo der in einer Krise verwickelte Kapitalismus ein Interesse hat, die Arbeiterbewegung noch mehr als bisher anzufeuern.

Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß die Arbeiter am 1. Mai in vielen Fällen den Unternehmern willkommenen Anlaß zu Ausfressungen geben wird, um einerseits den Arbeitern die Macht des Unternehmertums fühlen zu lassen, andererseits, um die Folgen der Krise von den Unternehmern abzuwälzen.

Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß die Arbeiter am 1. Mai in vielen Fällen den Unternehmern willkommenen Anlaß zu Ausfressungen geben wird, um einerseits den Arbeitern die Macht des Unternehmertums fühlen zu lassen, andererseits, um die Folgen der Krise von den Unternehmern abzuwälzen.

Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß die Arbeiter am 1. Mai in vielen Fällen den Unternehmern willkommenen Anlaß zu Ausfressungen geben wird, um einerseits den Arbeitern die Macht des Unternehmertums fühlen zu lassen, andererseits, um die Folgen der Krise von den Unternehmern abzuwälzen.

Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß die Arbeiter am 1. Mai in vielen Fällen den Unternehmern willkommenen Anlaß zu Ausfressungen geben wird, um einerseits den Arbeitern die Macht des Unternehmertums fühlen zu lassen, andererseits, um die Folgen der Krise von den Unternehmern abzuwälzen.

Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß die Arbeiter am 1. Mai in vielen Fällen den Unternehmern willkommenen Anlaß zu Ausfressungen geben wird, um einerseits den Arbeitern die Macht des Unternehmertums fühlen zu lassen, andererseits, um die Folgen der Krise von den Unternehmern abzuwälzen.

Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß die Arbeiter am 1. Mai in vielen Fällen den Unternehmern willkommenen Anlaß zu Ausfressungen geben wird, um einerseits den Arbeitern die Macht des Unternehmertums fühlen zu lassen, andererseits, um die Folgen der Krise von den Unternehmern abzuwälzen.

Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß die Arbeiter am 1. Mai in vielen Fällen den Unternehmern willkommenen Anlaß zu Ausfressungen geben wird, um einerseits den Arbeitern die Macht des Unternehmertums fühlen zu lassen, andererseits, um die Folgen der Krise von den Unternehmern abzuwälzen.

Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß die Arbeiter am 1. Mai in vielen Fällen den Unternehmern willkommenen Anlaß zu Ausfressungen geben wird, um einerseits den Arbeitern die Macht des Unternehmertums fühlen zu lassen, andererseits, um die Folgen der Krise von den Unternehmern abzuwälzen.

Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß die Arbeiter am 1. Mai in vielen Fällen den Unternehmern willkommenen Anlaß zu Ausfressungen geben wird, um einerseits den Arbeitern die Macht des Unternehmertums fühlen zu lassen, andererseits, um die Folgen der Krise von den Unternehmern abzuwälzen.

Warten, ob der Sollenlohn mit dem antinationalen Mod zusammengehen wird, wenn es gilt, ein neues Vereins- und Versammlungsrecht zu schaffen, bei dem das Koalitionsrecht in vollem Umfange gewahrt wird. Nehmen wir an, die Arbeitsruhe am 1. Mai wird durchgeführt gegen den Widerstand der Unternehmer, sie führt zu langen wirtschaftlichen Kämpfen, bei denen es ja ohne Weibungen nicht abgeht. Nehmen wir an, der Kampf dauert, falls die vorhandenen Mittel dazu ausreichen, monatelang und muß schließlich aus Mangel an Mitteln abgebrochen werden. Halten Sie das für eine der Partei würdige Stellung, wenn unter solchen Umständen zum Abbruch des Kampfes geraten werden muß, oder ist es nicht würdiger und angemessener, wenn wir ruhig und kühl den Dingen ins Auge sehen und erst dann den Kampf aufnehmen, wenn wir glauben, Aussicht auf Erfolg zu haben. Wenn jetzt große Kämpfe wegen der Arbeitsruhe kommen, welche Konsequenzen wird die Regierung und das Scharfmachertum daraus ziehen? Die Möglichkeit, ein freies Vereins- und Versammlungsrecht sowie ein gesetzlich gesichertes Koalitionsrecht zu bekommen würde erschwert, wenn nicht ausgeschlossen werden. Die Partei ist stark genug, den billigen Lohn der Gegner zu ertragen, welche sagen, wir machen einen Rückzug. Wir wollen doch sehen, ob die Gegner auch dann noch wöhnen, wenn die Verhältnisse gekommen sind, wo wir die Möglichkeit haben, einen ausdauernden Kampf zu führen. Große Kämpfe führen die Arbeiter nicht an der Schwelle einer wirtschaftlichen Krise, sondern zu einer Zeit, wo eine wirtschaftliche Prosperität herrscht und die Arbeitskraft gebraucht wird. Wenn jetzt der Parteivorstand den Genossen den Rat gibt, von der Arbeitsruhe abzusehen, um schädliche Folgen zu vermeiden, so hat er damit seine Pflicht getan und hat sich dabei selbst überwinden müssen. Wir haben nur gesagt, überlegt Euch, ob Ihr in diesem Jahre die Arbeitsruhe ohne Schädigung der Parteinteressen durchführen könnt. Die Entscheidung, Parteigenossen, liegt bei Ihnen. Jegli stellt einen Antrag im Sinne seiner Ausführungen über das Eintrittsgeld zur Kaiserfeier. — Ernst bemerkt dazu, für den Augenblick sei der Antrag gegenstandslos, da die Arrangements für die diesjährige Kaiserfeier bereits getroffen seien. — Der Antrag wird daraufhin abgelehnt.

Damit ist auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Es folgt der Punkt „Verschiedenes“.

Siepmann teilt mit, daß 1118 Delegierte an dieser Generalversammlung teilnehmen müßten. Anwesend sind 1002, es fehlen also 116, und zwar u. a. aus dem zweiten Kreise 2, aus dem vierten 6, aus dem sechsten 9, aus Teltow-Beeslow 21, aus Riechbarnim 14.

Auf die Anregung eines Redners, daß im kommenden Jahre wieder Märzversammlungen abgehalten werden sollen, bemerkt Ernst, der Vorstand werde das berücksichtigen.

Fritz erklärt, in den von Arbeitern geleiteten Konsumgenossenschaften Berlins lämen solche Dinge nicht vor, von denen Hoffmann sagte, die Partei würde sie nicht dulden. Die Genossenschaften würden sich in der Partei Anerkennung eringen, wie es früher auch die Gewerkschaften tun mußten.

Ernst bemerkt dazu, es sei nicht wahr, daß sich die Gewerkschaften in der Partei Anerkennung eringen müßten. Die Gewerkschaften seien zuerst von Parteigenossen ins Leben gerufen worden. Die leitenden Personen seien früher in Partei und Gewerkschaft dieselben gewesen.

Die Tagesordnung ist nunmehr erledigt.

Ernst sagt zum Schluß: Mit Freude und Genugtuung können wir auf ein Jahr des Wachstums unserer Organisation zurückblicken. Wir hoffen, daß wir auch in Zukunft weiter wachsen werden. Wir müssen allerdings damit rechnen, daß uns die nächste Zeit schwere wirtschaftliche Kämpfe bringt und daß infolgedessen manche Wünsche unserer Genossen nicht erfüllt werden. In solcher Situation ist es unsere Pflicht, den Blick auf unser Endziel zu richten und für die Erreichung desselben zu agitieren und zu organisieren ohne Unterlaß. Ich schließe die Generalversammlung mit dem Rufe: Die internationale Sozialdemokratie lebe hoch!

Des Landrats Majestät.

Im Eilenburger Rathaus hätte man es getraut gesehen, wenn bei den Wahlen zum Provinzialrat der Bürgermeister gewählt worden wäre, damit die Stadt in der Körperschaft eine Vertretung habe. Als er nicht gewählt wurde, woran nach Annahme der Herren die Stellungnahme des Landrats v. Busse schuld sein sollte, machte der Magistrat in folgendem dem Landrat zugesandten Beschlusse seinem Herzen Luft: „Der Magistrat bedauert die Parteinahme des Landrats v. Busse gegen die Stadt Eilenburg und bittet, in Zukunft mit mehr Objektivität und Wohlwollen der Stadt Eilenburg entgegenzukommen zu wollen, damit diese in der Lage ist, ihm mit mehr Vertrauen entgegenzutreten.“ — Darauf erteilte der Regierungspräsident in Form einer Warnung dem Ersten Bürgermeister Dr. Veltan eine Disziplinar-Ordnungsstrafe. Er meinte, daß der Bürgermeister, der in politischen Dingen Untergebener des Landrats sei, sich an der „ungehörigen Kritik“ am Verhalten des Landrats auf keinen Fall hätte beteiligen dürfen. — Die Beschwerde Dr. Veltans an den Oberpräsidenten hatte keinen Erfolg. Das Ober-Versammlungsgericht wies auch seine Klage am Freitag ab. Es führte aus: Durch seine Beteiligung an dem Mißtrauensvotum gegen den Landrat habe der Bürgermeister die Achtung verlehrt, die er dem Landrat schuldig sei. Das habe der Regierungspräsident mit Recht als Dienstvergehen mit einer Warnung bestraft.

Wie wenig ist von einer „Selbstverwaltung“ in Preußen vorhanden und wie tief muß das Niveau eines Durchschnitts-Landrats sein, wenn ein Bürgermeister bestraft wird, weil er von einem Landrat in Zukunft „Objektivität und Wohlwollen“ erwartet. Die Verwaltungsbehörden und das oberste preussische Verwaltungsgericht spotten durch ihre Maßnahmen ihrer selbst und wissen nicht wie.

Zum Ausnahmerecht gegen das Gefunde und die ländlichen Arbeiter.

Im Herbst vorigen Jahres wurde ein Justizmann von einem Gutsherrn aus dem Darlehner Kreise veranlaßt, bei ihm in Dienst zu treten. Da es sich aber bei vorheriger Beschäftigung der dem Justizmann angewiesenen Wohnung herausstellte, daß diese für seine Familie viel zu klein und auch äußerst baufällig war, schloß der Justizmann den Vertrag erst ab, nachdem ihm der Besitzer versprochen hatte, die Wohnung zu vergrößern und ordentlich in Stand zu setzen. Der Besitzer hielt aber seine Versprechen nicht. Deshalb trat der Landarbeiter die Stelle nicht an, sondern vermietete sich bei einem anderen Besitzer als Kammerer. Der erste Besitzer ließ nun den Landarbeiter durch den Amtsvorsteher bestrafen. Den Strafanordnungen folgten wegen Verweigerung des Dienstes Strafsetzungen und Vollstreckungen, die den bis dahin verhältnismäßig gut situierten Mann an den Bettelstab brachten. Zunächst 30, dann 50 und zuletzt 60 M. Strafe folgten schnell aufeinander. Als kein bares Geld vorhanden war, wurde gepfändet. Und als der verzweifelte Landarbeiter dem Amtsvorsteher brieflich mitteilte, daß er die Strafen nicht annehme, sondern gerichtliche Entscheidung haben wolle, erhielt er den Bescheid, daß bei verfügbaren Zwangsstrafen gerichtliche Entscheidungen nicht stattdast sind; falls er den Dienst bei dem Besitzer B. nunmehr nicht antreten werde, hierfür die Zwangsstrafen immer schärfer angezogen werden.

Wie weit man es mit diesen Zwangsstrafen zu treiben gedachte, ist aus folgendem hier nördlich wiedergegebenen Briefe des Besitzers an den Landarbeiter klar und deutlich ersichtlich. Er lautet:

Friedrichsdorf, d. 23. 11. 06.
Dem Kammerer Sp. in E.
Fordere Sie nochmals auf, und ersüßlich hier die Stelle anzutreten. Die ganze Gegend verlangt es, daß ich Sie zum Anzug zwingen; als Beispiel für Ihre anderen Mitmenschen; anderenfalls werden Sie alle 8 Wochen mit 60 M. bestraft und zwar bis zum 15. Oktober 1907; folches schreibt das Gesetz vor. Ich lasse von meiner Forderung nicht ab! Das zu leistende Strafgehalt würde zum 15. Oktober 1907 circa 900 M. betragen oder entsprechende Freiheitsstrafe. Vielleicht trägt Ihr Herr die Kosten? Jedenfalls ich werde nicht müde mit meiner Forderung, also ziehen Sie an und bestellen Sie baldmöglichst die notwendigen Führer. Ein magerer Vergleich ist besser wie ein fetter Prozeß. Sämtliche Herren der Gegend zwingen mich zu meiner Forderung. (Die gesperrt gedruckten Stellen sind im Originalbrief unterstrichen.)
F. Reilich.

Anfangs Februar dieses Jahres waren dem genannten Landarbeiter, der nicht weiter verdrohen, als einen Kontrollbruch seines künftigen Arbeitsvertrags mit einem Nichtantreten seines Dienstes zu beantworten und es ablehnte, seine Kammererstelle zu verlassen, durch fortgesetzte Zwangsstrafen Kauf und Schweine vom Gerichtsvollzieher gepfändet und verkauft. Nun erst wandte sich der zum Bettler gewordene Landarbeiter an eine rechtskundige Person, die durch ein sachgemäßes Verfahren vor Gericht die Vollstreckung weiterer Zwangsstrafen vorläufig verhinderte.

Aus dieser kurzen Darstellung und besonders aus dem hier abgedruckten Brief des keine Rücksicht kennenden, sich seiner Machtvollkommenheit bewußten und rühmenden Agrariers spricht der ganze Jammer und das Elend, unter dem die ländliche Arbeiterbevölkerung infolge der gegen sie bestehenden Ausnahmestrafen zu leiden hat. Wann endlich wird mit diesem kulturwidrigen Zustand in Preußen und Deutschland aufgeräumt werden?

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Bund für Mutterschutz. Der auf Dienstag, den 23. d. Mts., festgesetzte Vortrag des Bundes für Mutterschutz ist auf Mittwoch, den 24. d. Mts., verschoben worden. Dr. phil. Helene Siedler spricht über das Thema: „Der Fortschritt unserer Gegner“, Dr. Otto Juliusburger über: „Mutterschutz und Alkohol“. Der Vortrag findet im „Architektenhaus“, Wilhelmstr. 92/93, abends 8 Uhr statt und ist für die Mitglieder des Bundes frei; Nichtmitglieder zahlen 50 Pf. an der Abendkasse.

Berein für die Interessen der Handangehörten. Donnerstag, den 25. April, 8 1/2 Uhr, Vereinsversammlung bei M. Wärich, Steglitzerstraße 35. Vortrag: Fr. Koschnigk: „Der Wert der Organisation“. Vierteljahrsbericht.

Treptow-Vaumschulweg. Dienstag, den 23. April, 8 1/2 Uhr, bei Hofbau, Kieffholzstr. 35. Vortrag: Fr. Heidemann.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist heute das 29. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Summa cuique. — Der Arbeiterdeputiertenrat und die Reduktion. Von Leuzsch-Betersberg. — Der Londoner Grasshopper und die Märzrevolution. Von Th. Rothstein-London. — Politische Leistungen der Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der Gesetzgebung. Von Hermann Wollenbüchel. (Fortsetzung.) — Neue Beiträge zur Biographie von Karl Marx und Friedrich Engels. Von Franz Mehring. (Fortsetzung.) — Literarische Rundschau: The Socialist Annual for 1907. Von K. — G. Salloch, Le capitalisme dans le monde antique. Von K. K.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 35 Pf.

Probenummern finden jederzeit zur Verfügung.

Theater.

Dienstag, den 23. April.
Kgl. Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
Kgl. Schauspielhaus. Julius Caesar.
Neues kgl. Opernhaus. Geschlossen.
Deutsches. Der Gott der Rache.
Kammerspiele: Frühlingsträumen. (Anfang 8 Uhr.)
Leffing. Die Stützen der Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Vorstag. Der Freischütz.
Neues Schauspielhaus. Wilhelm Tell. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Berliner. Sherlock Holmes.
Schiller O. (Waller-Theater.) Im bunten Rock.
Schiller-Theater Charlottenburg. Traunulus.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmshallsches Theater.) Am grünen Weg.
Königliche Oper. Reuiger. Frauen.
Zentral. Wiener Blut.
Westen. Die lustige Witwe.
Kleines. Das Ruckel.
Neues. Der Dieb.
Reibung. Haben Sie nichts zu verzollen?
Vollspielhaus. Quarenlieder.
Deutsch-Amerikanisches. Manjalla Klause.
Thalia. Wo die Liebe hinläuft.
Vestien. Lumpacivagabundus.
Trionon. Hil. Jolette — meine Frau.
Bernhard Rose. Der Trompeter von Säckingen.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gebr. Gebrüder. Ein verrücktes Hotel.
Wintergarten. Clo de Mérode. Spezialitäten.
Apollo. Der Triumph des Weibes. Spezialitäten.
Kasino. Ad Carter. Spezialitäten.
Wahalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Eine Nacht in der Apotheke. Im Impassonzimmer.
Jupiter. Eine vom Ballet. — Papstentzwei.
Palast. Spezialitäten.
Passage. Kal was Anders. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Konzentration 48/49.
Abends 8 Uhr: Durch Dänemark und Schweden.
Sternwarte. Andulidener. 67/62.
Im Theaterland abends 8 Uhr: Direktor Dr. Schmidt: Der Angler und das Weib.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Durch Dänemark und Schweden.
Invalidenstr. 57/62; Sternwarte, tägl. geöffnet 7 1/2 — 11 Uhr abends.
Abends 8 Uhr: Direktor Dr. Schmidt: Der jüngste Ausbruch des Vesuv. Eintritt 50 Pf.

Ferdinand Bonn.
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Sherlock Holmes
Wittmoos: Der Richter von Palames. Donnerstag: Der Hund von Bosterville.
Neues Schauspielhaus
Dienstag, den 23. April 1907:
Alt-Heidelberg.
Wittmoos:
Alt-Heidelberg.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kleines Theater.
Zum ersten Male:
Das Ruckel.
Wiener Volksstück in vier Akten von Oscar Franz. — Anfang 8 Uhr.
Wittmoos, Donnerst.: Das Ruckel.
Freitag: 6 Ruckel. Sonnabend zum ersten Male: Die Heimkehr.
Lortzing-Theater
Bellesallandestr. 7/8.
Dienstag, den 23. April:
Der Freischütz.
Anfang 8 Uhr.
Abonnement gültig!
Wittmoos: Fidelio.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Gujarenfieber.
Zentral-Theater.
(Operette.) Abends 8 Uhr:
Wiener Blut.
Wittmoos, Donnerstag: Wiener Blut.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schauspiel in 3 Akten v. M. Demmequin und G. Weder.
Robert de Tréville: Richard Alexander.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Spielzeugkontrolleur.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Waller-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Lustspiel in 3 Akten von Franz v. Schöthan u. Freiherrn v. Schlicht.
Wittmoos, abends 8 Uhr:
Heimat.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Traumulus.

Nur noch 3 Tage.
Zirkus Schumann
Heute abend bräutle 7 1/2 Uhr:
Extra-Gala-Vorstellung und sensationelle Novität:
Die fliegenden Menschen.
Premier: Luigi Rossi u. das Wunderkind „Emir“, Solche Herab, Oca Howell, Vorführer und die neu engagierten Spezialitäten.
Um 9 1/2 Uhr:
St. Hubertus.
Größtes und schmerzloses Pracht-Ranegenschaustück.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Anfang 8 Uhr.
Lumpacivagabundus
oder: Das liebliche Ruckel.
Zauberposse mit Gesang in 3 Akten von Joh. Keilow.
Wittmoos: Dettels für den Oberstad. Einmalige Aufführung: Nachtmann als Gelehrter.
Donnerstag: Eine offizielle Frau.
Freitag: Lenore.
Sonnabend: Eine offizielle Frau.
Sonntag 3 Uhr: Eine offizielle Frau.
8 Uhr: Trompeter von Säckingen.

BERNHARD ROSE THEATER
10c. Rannstr. 132.
Der Trompeter von Säckingen.
Billettverkauf schon für 8 Tage vorher ohne Vorverkaufgebühr von 10 — 1 Uhr an der Theaterkasse.
Wittmoos: Die Geier-Walze.
Donnerstag: Der Trompeter von Säckingen.

Kasino-Theater
Lotharstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 30. April:
Nick Carter.
1. Mal auf allgemeinem Wunsch: Neu einstudiert:
Heirat auf Probe.
Sonntag 4 Uhr: Eingeladene.
2. Mal in 3 Akten.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Traumulus.
Schauspiel in 5 Akten von Arno Holz und Peter Berge.
Wittmoos, abends 8 Uhr:
Moloch. — Der zerbrochene Krug.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Heimat.

Zirkus Busch.
Heute Dienstag 7 1/2 Uhr.
Vorletzter Abend.
Gr. Gala-Vorstellung.
Der Durchdringt-Fest, Schiller. Glorion Novella als Preisbeger. Springpferdekonkurrenz. Der Ernst Schumann mit seinen neuesten Dressuren. Geschmister Bourcaux, Reikühler, etc. etc.
Um 9 Uhr: **ROM.**
Gr. Orig.-Aufführung: Pantomime in 7 Bildern.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schults.
Mansary. Wolf. Bender. Giampietro. Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 28. April, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Apollo Theater
8 Uhr: Die bedeut. Spezialitäten.
9 1/2: Merians Original-Banern-Gunde-Theater:
Ein treuloses Weib.
9 1/2: Der Triumph des Weibes.
Nachm. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Letzte Doppelprestellung.

Fröbels Allerlei-Theater
Schäferstr. 148.
Schauspiel Bernh. Rose Theater.
Die Jüdin von Toledo.
Kranzspiel in 5 Akten.
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billettverkauf:
König. Handwerker, Schönw. Allee 153.
Krieger & Charner, Rannstr. 132.

Polologlow - Zigaretten
sind in Geschmack und Qualität unerreicht!
Das Stück 3 bis 10 Pfennige
Überall käuflich! Fabrik „Epirus“, Dresden

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmshallsches Theater.
Sommerpreise. Anfang 8 Uhr.
Am grünen Weg.

Trionon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Fraulein Jolette — meine Frau.
Sonntag 3 Uhr: Der Handfreund.

Folies Caprice
Lindenstr. 102, an der Friedrichstr.
Koloßaler Erfolg!
Eine Nacht in der Apotheke.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf an der Theaterkasse und bei Berthelm.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Vml. wochentags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant.
Militär-Konzert.

Gustav Bahrens-Theater.
Schneeberg.
Berlin W., Goltzstr. 9.
Der Glou des Salons.
Der urkom. Chauffeur mit seinem musik. Auto.
Die Gold-amfeln
(sowie die neuen Spezialitäten.
J. Schütz die großart. Kunst-Operette: Moschuckmann im Ständchen Berlin.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.

Wahalla-Variete-Theater
Weinbergstr. 19/20, Rosenpl. 10c.
Neu abends 8 Uhr:
Das große April-Programm.
10 Pers. **Geni Family** Pars.
Circensische Spiele zu Pferde.
Grete Gallus
Charakter-Comedie.
12 erstklassige Nummern 12.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph. (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Der Untergang des Dampfers „Berlin“.
108 Tote, 12 Gerettete.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Steidl-
Theater- und Konzerthaus,
Rückenstr. 2 (a. d. Rannow-Dr.)
Anfang 8 Uhr. Vorher Konzert.
Bureau Piepenbrink!
Ulrichstraße von Reich Steidl.
Tageskasse 11 — 2 Uhr.
Im Restaurant täglich:
Gr. Dyberski-Konzert.
Vorzügliche Küche!

Buggenhagen
Moritzplatz.
Jeden Dienstag:
Gustav Gottschalks
Gesellschaftskonzert
(Solisten-Abend).

Berliner Uk-Trio.
Felix Schauer



Cleo de Mérode

Neues Programm.
Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Der Dieb.
Morgen und folgende Tage:
Der Dieb.

Gebr. Herrnfeld-
Theater
8 Uhr 11-2 Uhr
57 Kommandantenstraße 57.

Ein verrücktes Hotel.
Hauptrollen: Anton u. Donat Herrnfeld.
In Vorbereitung:

Es lebe das Nachtleben!
Eine Separé-Würde
von Anton u. Donat Herrnfeld.

Passage-Theater.
Jeden Abend 8 Uhr:
Das großartige
April-Programm!

Ki-ta-fuku
die beste Japaner-Truppe der Welt.
Paul Corradini
Berlins beliebtester Komiker
und die erstklassigen
14 Attraktionen 14.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 10.
Armut und Edelsinn.
Vollständig in 5 Akten von Hofeue.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen und folgende Tage: **Armut und Edelsinn.** Vollständig in 5 Akten.
Ehren- und Vorzugskarten gültig!

Sanssouci, Kolibus
Straßen 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonn-, Mont-, Donnerst.:
Stets neues hoch-
aktuelles Programm der
Hofmanns

Norddeutschen Sänger
und Konzertsänger.
Sonn-, u. wochentl. 8 U.
Für die nächste Saison
sind sämtliche Sonn-
abende bereits besetzt. Noch
einige Mittwochabende sind zu
vergeben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Perlmutter- u. Knopfarbeiter.

Mittwoch, den 24. April, abends punkt 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15, Saal 5:
Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Mich. Leopold. 2. Diskussion. 3. Reiseber.
4. Verschiedenes.
Es ist Ehrenpflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen.
Die Kommission.

Achtung! Stock- u. Zelluloidarbeiter. Achtung!
Mittwoch, den 24. April, abends 5 1/2 Uhr,
in Generalkommissionen, Alte Jakob-Straße Nr. 75:
Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Eugen Brückner. 2. Stellungnahme zum
1. Nat. 3. Unter-Beschluss über den Arbeitsnachweis. 4. Verschiedenes.
Wegen der sehr wichtigen Tages-Ordnung ist es dringend not-
wendig, daß sämtliche Kollegen erscheinen.
J. A.: Der Obmann.

Eine Weltfrage gelöst.
Die aktuelle Frage der internationalen Lebensmittelpolitik, die Ursachen
und Wirkungen, die Mittel u. Wege um grose volkswirtschaftliche Katastrophen
zu verhüten, behandelt in ausführlicher u. zuverlässiger Weise, auf Grund
wissenschaftlicher Forschung Kaufmann Michael Prosser, Würzburg, in seiner
Broschüre: „Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukun-
ft.“ Dieselbe ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär:
Otto Weber, Leipzig). Broschüre A. vollständiger Ausgabe, M. 2.—, B. Teil u.
Volksausgabe, 60 Pf. Gegen Einsendung von M. 2.00, bzw. 60 Pf. für das
Inland, M. 2.20, bzw. 70 Pf. für das Ausland, wird die Broschüre portofrei
und ungekündigt versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich. Man
gibt an: **Verlag des Verfassers** und Prospekt.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Gastspiel des Theater des Westens:
Jeden Abend 8 Uhr bis 30. April inkl.:
Mamselle Nitouche.
Telephon... Edm. Löwe u. G.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Der Barbier von Sevilla.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börsen.
Deuts 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der brillante April-Spielplan.
Hasson und Jenny
Kugelläufer.
Alcide und Alberti
fliegender Bambus.
Onkel Moritz
Schwanf

und 10 Spezialitäten 1. Ranges.
Familienkarten, wochentags zum
halben Klassenpreis gültig. In Barbier-
Kellerei u. Bigarettenkassette gratis.

In unseren Kolonien
Fredersdorf-Petershag. □ 3.7.22. an
Seefeld 8
Finkenkrug 8
Hoh.-Neund. Dörmwald 10
Biesdorf, Bahnhof 25
Günstigste Zahlungsbedingungen.
Nieschalke & Nische,
Berlin, Landsbergerstraße 66.

Blumen- und Franzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Bruch-Pollmann
empfiehlt ein Vager in Bruchhandagen,
Leibbinden, Geradhalter, Spritzen,
Suspensorien sowie sämtliche Artikel
zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.
Viefer. J. Ort- u. Hilfs-Krankenfassen.
Berlin C., 44082
30. Finien-Straße 30.
Alle Bruchbänder mit elastischen Ver-
leihen, angenehm u. weich am Körper.



Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige 13323
Herrn-Garderoben
Ordnung nach Mass.
Anfertigung nach Mass.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Gr. Frankfurterstr. 37,
Eingang Strassberger Weg.

MUSIK-WERKE
aller Art.
Jedes Musikinstrument
zu einem Monatsraten-2 Mk. an.
Jahres-Katalog Nr. 666 gratis u. frei.
Bial & Freund, Breslau II.

Am 20. April dieses Jahres verstarb nach kurzem Kranken-
lager unser hochverehrter Eheg
1476
Herr Emil Lintz
im 59. Lebensjahre.
Wir verlieren in ihm einen allezeit humanen Arbeitgeber,
dessen Andenken wir treu und in Ehren halten werden.
Das Personal der Firma Lintz & Eckhardt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1967.
Mittwoch, 24. April 1907, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
aller in der

Schranbenbrande beschäftigten Kollegen und Kolleginnen
in **Graumanns Festsälen**, Raunynstr. 27.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Störmer über: „Der Kampf ums
Recht“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, 24. April 1907, abends 8 Uhr:
Versammlung
der **Metallschleifer, Galvaniseure, Hilfs-**
arbeiter und -Arbeiterinnen
in den „**Andreas-Festsälen**“, Andreasstraße 21.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Paul Göhre über: „Waren die Ur-
christen Sozialisten?“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Kolleginnen und Kollegen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Tages-
ordnung erwarten wir zahlreiches und pünktliches Erscheinen. In dieser
Versammlung können die Kollegen ihre Frauen mitbringen.
Mittwoch, 24. April 1907, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirksversammlung
für **Moabit und Umgegend**

in der „**Kronen-Brauerei**“, Alt-Moabit 47/49.
Tages-Ordnung:
1. „Die Kirche im Dienste des Unternehmertums.“
Referent Kollege Wuschel. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen
ist dringend erforderlich.

Mittwoch, 24. April 1907, abends 8 Uhr:
Bezirksversammlung
für **Steglitz, Groß-Lichterfelde**
und **Umgegend**
im Lokal **Schellhase**, Steglitz, Ahornstraße 15a.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag: „Die Arbeiter-Baugenossenschaften als
soziale Pioniere.“ Referent Genosse Paul Stempel. 2. Verbands-
angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, 24. April 1907, abends 8 1/2 Uhr:
Öffentliche
Bezirksversammlung
für
Spandau und Umgegend
im Saal von **Kumke**, Spandau, Schönwalderstr. 80.

Tages-Ordnung:
1. Der 1. Mai und seine Bedeutung
für das Proletariat. 2. Diskussion. 3. Verbands-
angelegenheiten.
117/3
Kollegen und Kolleginnen! Bei der Wichtigkeit der
Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden, in dieser
Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.
Lith. Maschinen-
meister
für große Schnellpresse sofort ver-
langt. Herren, denen an angenehmer
Stellung gelegen, wollen sich persön-
lich bei uns vorstellen. 143b

Albrecht & Meister
Köpenickerstraße 37.
Wichtiges Teilzahlungs-Geschäft für
Kein Laden. **Brennabor-**
:: Räder. ::
Günstigste
Bedingungen.
Louis Barth, BERLIN SO.,
Brückenstr. 10a pt.

Ergeben erschien in unserem Verlage
Ignaz Auer-Postkarte
nach neuester Aufs. in seinem Stichtum.
100 Stück 3 Mk.
Raub & Pohl, Leipzig 118

General-Versammlung
eingeladen. 273/15
Tages-Ordnung:
1. Annahme der Jahresrechnung für
das Jahr 1906.
2. Antrag von Vertretern der General-
versammlung auf Abänderung der
Geschäftsregeln der Kassengestellten.
3. Gehalt von drei Angestellten der
Kassengestellten auf Gewährung
einer Teuerungsgulage.
4. Wahl eines Vorstandsmitgliedes bis
Ablauf des Jahres 1907.
Der Vorstand.
J. A.: Rosen.

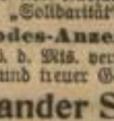
Driss - Krankenkasse
der
Bureauangestellten
zu Berlin.
Die für das Jahr 1907 gewählten
Telegierten werden hiermit zu der
am Dienstag, den 30. d. Wts.,
abends 8 1/2 Uhr, in **Frankes**
Festsälen, Sebastiansstraße 39
stattfindenden
General-Versammlung
eingeladen. 273/15
Tages-Ordnung:
1. Annahme der Jahresrechnung für
das Jahr 1906.
2. Antrag von Vertretern der General-
versammlung auf Abänderung der
Geschäftsregeln der Kassengestellten.
3. Gehalt von drei Angestellten der
Kassengestellten auf Gewährung
einer Teuerungsgulage.
4. Wahl eines Vorstandsmitgliedes bis
Ablauf des Jahres 1907.
Der Vorstand.
J. A.: Rosen.

Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 21. April,
verstarb nach kurzem Kranken-
lager unser Kollege, der Tischler
1618

Hermann Kretschmer
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 24. April, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, vom Charlotten-
burger Krankenhaus in Westend
aus statt. 1618
Kege Beteiligung erwarten
Die Kollegen der Firma
Heinrich Mittag.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege Einjeher
Hermann Kretschmer
am 21. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 24. April, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, vom Kranken-
haus Westend aus nach dem Kaiser
Wilhelm-Gedächtnis-Kirchhof in
Westend statt.
Kege Beteiligung erwartet
95/5 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Töpfer
Deutschlands.
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 21. April,
verstarb unser Kollege
Albert Lenz
im Alter von 25 Jahren an
Lungenleide.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 23. April, nach-
mittags 4 Uhr, vom Kranenhaus,
Kantow, Hehnstr. 4, aus nach
dem dritten Kirchhof der Ge-
meinde Pantow in der Schön-
holzer Heide statt. 196/4
Der Vorstand.

Berliner  **Arbeiter-**
Radfahr-  **Verein.**
Mitgl. des Arb.-Radfahrerbundes
„Solidarität“.
Todes-Anzeige.
Am 20. d. Wts. verstarb unser
Mitglied und neuer Genosse
Alexander Sauer,
Tischler, Mitglied der 3. Abteilung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, 24. April, nachmittags
2 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt. 244/4
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
19/5 Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, die Arbeiterin
Anna Brock
am 22. d. W. gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 23. April, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Charlotten-Kirchhofes in
Berlin, Müllerstraße, aus statt.
Kege Beteiligung erwartet
117/4 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag früh 5 1/2 Uhr,
verstarb nach langem schweren
Leiden meine liebe Frau, unsere
gute Mutter 1506
Sophie Michaelson
geb. Hogen.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 24. d. W., nachm.
5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle
des Heilig Kreuz-Kirchhofes in
Wartenberg aus statt.
Julius Michaelson nebst Töchtern

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme sowie für die zahlreichen
Krankenspenden bei der Beerdigung
meiner lieben Frau 46796
Emma Oestreich
sage allen Verwandten, Freunden
und Bekannten sowie dem Hausklub
„Blüderbusch 1“ und dem Ackerpächter-
Berlin der Kolonie Bölow meinen
herzlichsten Dank.
Wilhelm Oestreich
Remelerstr. 62.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise untrüger
Teilnahme und die vielen prächtigen
Blumenpenden bei der Beerdigung
unseres einzigen unvergesslichen Kin-
des **Eise** können wir leider nicht
jedem einzelnen danken und bitten
hiermit unseren tiefgefühlten Dank
entgegenzunehmen. 46796
Die tiefgedankten Eltern
Primo Fauschke u. Frau.

Dem Genossen **Rudolf Renter**
zum heutigen Geburtstag ein
herzliches Hoch!
Die Genossen des Bezirks 101B.
Teil I. 1466

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
2. Berliner Reichstagswahlkreis.
Nachruf.
Am 14. April verstarb unser Mit-
glied, der Schneider
Johannes Barend
Bezirk 32.
Die Beerdigung fand am Sonn-
tag, den 21. April, auf dem Zentral-
Friedhof in Friedrichsfelde statt.
299/4 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Görlitzer Viertel).
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Tischler
Alexander Sauer
wohnhalt Mariannenstr. 43, Stadt-
bezirk 85, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch
nachmittags 2 Uhr von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt. 244/3
Um zahlreiche Beteiligung
ersucht Der Vorstand.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Alexander Sauer
am Sonntag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mit-
woch, den 24. April, nachmittags
2 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Kege Beteiligung erwartet
85/4 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
(Görlitzer Viertel).
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Metall-
brüder
Otto Langfeldt
wohnhalt Reichensbergerstr. 106a,
Stadtbezirk 118a, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch nachmittags 4 1/2 Uhr von
der Leichenhalle des Gumbiner-
Kirchhofes aus statt. 244/4
Um zahlreiche Beteiligung
ersucht Der Vorstand.

Zentralverband der Steinsetzer,
Pflasterer und Berufsgenossen
Deutschlands.
Bezirk Norden.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Karl Schröder I
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag nachmittags 4 Uhr von
der Leichenhalle des neuen Heils-
Kirchhofes, Wilmersdorf, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
174/5 Der Vorstand.

Zentralverein für alle in der
Hutbranche beschäftigten Arbeiter
und Arbeiterinnen
(Filiale Berlin).
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß am Sonnabend, den 20. d. W.,
unser Kollege
Hermann Zeiler
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 24. d. W., nach-
mittags 4 Uhr, vom Krankenhaus
am Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
294/2 Der Vorstand.

Nachruf.
Am 18. April verstarb nach
schwerem Leiden unser Kollege,
der Gelehrte
Franz Jahn.
Ehre seinem Andenken!
J. A.: M. Zedler, E. Moritz,
C. Ashöller. 4677

Für die liebevolle Teilnahme bei
der Beerdigung meines lieben Vornnes
Eduard Schulz
sagen wir allen Bekannten, ins-
besondere dem Hausklub „Blauer
Dampf“ unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Zweiter Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr,
im „Hofjäger-Palast“, Hasenheide Nr. 52/53:

Außerordentl. General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Severing**: „Das Wettrennen um die Arbeitergunst“.
2. Diskussion.
3. Wahl der Schiedsrichter zum Fall **Schulz und Möhring**.
4. Verschiedenes.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ersucht um zahlreichen Besuch **Der Vorstand**.

Sozialdemokratischer Verein im fünften Berliner Reichstagswahlkreise.

Dienstag, den 23. April 1907, abends 8 1/2 Uhr, im Schweizer Garten, Am Königstor:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Politische Zeitfragen. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Frank-Mannheim**. 2. Diskussion. 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

Gäste erwünscht.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 23. April 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im „Ewinemünder Gesellschaftshaus“, Ewinemünderstr. 42.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Kurt Baake** über: „Der neue Reichstag“.
2. Diskussion.

Gäste — Männer und Frauen — willkommen.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Dienstag, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr, in Goppes Festsälen, Hermannstr. 49:

Fortsetzung der Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Stadtverordneten-Fraktion.
2. Bericht von der Kreis-Generalversammlung.
3. Diskussion.
4. Vereinsangelegenheiten.
5. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Vollständiges Erscheinen der Mitglieder erwartet

Der Vorstand.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Melchiorstraße 28. Filiale Berlin. Fernspr. Amt 4. Nr. 4787.

Mittwoch, den 24. April 1907, abends 8 Uhr, bei Buggenhagen, Moritzplatz:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Wahl des Vorstandes.
2. Bericht von der Generalversammlung in Leipzig.
3. Vereinsangelegenheiten.

Die Versammlung am 1. Mai findet in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstraße 35 statt.

Die Ortsverwaltung.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.

Bureau: C. 54, Steinstr. 38. Ortsverein Berlin. Fernspr. Amt III Nr. 3100.

Mittwoch, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer

(früher Keller), Koppenstraße 29:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl eines Reditors.
2. Unser ferneres Verhalten zur Lohnbewegung.
3. Stellungnahme zum 1. Rat.

Mitgliedsbuch legitimiert.

129/7*

Der Vorstand. 3. V.: Gustav Zeglin.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf. Mittwoch, den 24. April 1907, abends 6 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstraße 151-152:

Branchen-Versammlung

der **Bautischler.**

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kontrollkommission.
2. Wahl der Kontrollkommission.

Die Ortsverwaltung.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 44112* Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Wer Stoff hat, fest. Herren-Anzug 20 M., ohne Konfekt. 2 Anpr., beste Zusat. Für guten Eig. gold. Medaille. Ludw. Engel, Prentzauer Str. 23, II. Alexanderpl. Wegr. 1899.

Orts-Krankenkasse der Steindruckere und Lithographen.

Am Dienstag, den 30. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Weg 15, die

General-Versammlung

pro 1907 statt. 1515

Alle Herren Vertreter der Arbeitgeber und der Kassenglieder werden hierzu ergebenst eingeladen.

Tages-Ordnung:

1. a) Jahresbericht pro 1906. b) Bericht des Revisor-Ausschusses und Annahme der Jahresrechnung.
2. Verschiedenes, Wahlungsbedingungen unserer Kassenglieder.

Berlin, den 22. April 1907.

Der Vorstand.

3. V.: M. Stuhlmann, Vorsitzender.

Plüschgarnitur, 279/5

Düwan, Trümpfen, Bücherstanz, Berlin, Kleiderstanz, fast neu, billig, Bodstr. 45/46, III rechts, Haupteingang.



Die Norm guter Qualität in Cigaretten unter kritischen Rauchern. Sie zu verlangen ist der Beweis guten Geschmacks.

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

haben jetzt wie immer den Vorzug, bei denen, welche das Beste kaufen wollen. Das anerkannt höchst erreichbare, was in Cigaretten hergestellt werden kann.

10 St. 30 Pfennig.

Verband der bangewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Heute Dienstag, den 23. April, abends 8 Uhr, in allen Bezirken:

Mitglieder-Versammlungen.

Tages-Ordnung:

Abstimmung über den vom Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts gefällten Schiedsspruch.

Die Versammlungen finden statt für die Bezirke

Nord-Osten:
Schulzes Festäle,
Belfortstr. 15.

Schmargendorf
Restaurant zum Lindenbaum,
Spandauerstr. 41.

Osten:
fortuna-Säle,
Straußbergerstr. 3.

Steglitz und Gr.-Lichterfelde
Osk. Schade, Birkenwäldchen,
Chausseestraße, Groß-Lichterfelde.

Süd-Westen:
Habels Brauerei,
Bergmannstr. 6/7.

Alle übrigen Bezirksversammlungen finden in den bekannten Bezirkslokalen statt.

Stimmzettel zur Abstimmung

werden in den Versammlungen vor der Abstimmung ausgegeben und sind **nur** diese zu verwenden.

Mitgliedsbuch legitimiert — ohne dasselbe kein Zutritt.

Um recht kräftigen Besuch und starke Kontrolle ersucht

Der Zweigvereins-Vorstand.

Eine nächtliche Automobilfahrt und ihre Folgen.

Ende November 1906 ging durch eine Reihe hiesiger Zeitungen eine Notiz des Inhalts: In der Nacht vom 26. November sei auf der Chaussee zwischen Tempelhof und Mariendorf die Leiche eines jungen Mannes gefunden worden. Später habe sich herausgestellt, daß der junge Mann überfahren worden sei durch ein Automobil des Rittergutsbesizers Kiepert in Mariensfelde, in welchem Angehörige Kiepersts, darunter zwei Damen, saßen, die von Berlin nach Mariensfelde fuhren. Weiter besagte die Notiz, die beiden Damen, Frau Kiepert und ihre Tochter, Frau Oberleutnant Vertig, seien aus dem Automobil ausgestiegen, hätten den Ueberfahrenen noch lebend und röchelnd angetroffen, seien aber, ohne ihm Hilfe zu besorgen, weiter gefahren und der Rittergutsbesizer Kiepert habe später in bezug auf diesen Vorfall gesagt: na, es könne ja nur Geld kosten. — Durch die letzteren Angaben fühlten sich der Rittergutsbesizer Kiepert, seine Mutter Frau Hedwig Kiepert und Frau Vertig beleidigt. Sie strengten eine Privatklage an gegen fünf Redakteure und den Herausgeber einer Zeitungskorrespondenz.

Die Klage wurde gestern vor dem Schöffengericht verhandelt. Als Beklagte erschienen: Wolter, der Herausgeber der Korrespondenz, welche die Notiz verbreitete, die Redakteure Wegner von der „Mariendorfer-Zeitung“, Krudt vom „Berliner Tageblatt“, Staniel von der „Volkszeitung“ und Weber vom „Vorwärts“. Der Redakteur Leupold von der „Wahrheit“ schloß entschuldigend.

Die Kläger behaupten, der Verunglückte sei nicht von ihrem Auto überfahren, er müsse vielmehr schon vorher, jedenfalls von einem Arbeitsautomobil, auf dem er saß, überfahren worden sein. Es habe der betreffende junge Mann schon als Leiche auf der Chaussee gelegen, als das Kieperstische Automobil diese Stelle passierte, er habe in scharfem Ruch einen Bogen beschrieen, um die Leiche nicht zu berühren. Daß die Insassen des Automobils sich gar nicht um den auf der Straße liegenden Mann bekümmert hätten und daß Herr Kiepert gesagt habe, es könne doch nur Geld kosten, bestreiten die Kläger alschuldig.

Die Beklagten traten den Wahrheitsbeweis an. Durch die Zeugenvernehmung und Feststellung aus den Akten ergibt sich folgendes:

Gegen den Führer des Kieperstischen Automobils, den Chauffeur Gerlach, schwebte wegen des bezeichneten Vorganges ein Strafverfahren, er war zwei Wochen in Untersuchungshaft, dann ist das Verfahren gegen ihn wegen Mangel an Beweisen eingestellt. Ein Gendarm, der die Unfallstelle besichtigte, hatte gesagt, die Fahrspur des Automobils sei an der Stelle, wo der Verunglückte lag, auf eine kurze Strecke verwischt gewesen. — Aus den vor dem Schöffengericht abgegebenen Zeugenaussagen ergibt sich folgendes Bild: In dem Kieperstischen Automobil saßen Frau Kiepert, Frau Vertig und Leutnant Kohnmann. Letzterer wurde als Zeuge vernommen und sagte: Das Automobil habe eine scharfe Wendung gemacht und gehalten. Der Chauffeur habe den Insassen mitgeteilt, es liege ein Mann am Boden, um den er herumgefahren sei. Die Insassen stiegen aus und sahen, daß der am Boden liegende Mann bereits tot war. Der Chauffeur habe nach Polizei gesucht, aber keinen Beamten gefunden. Dann sei ein Laternenwärter gekommen, der versprochen habe, die Polizei herbei zu schaffen. Hierauf sei das Automobil mit den Insassen weiter gefahren. — Im Gegensatz zu diesen Angaben stehen die Aussagen anderer Zeugen. Keuling, der Führer des Postautomobils, auf dem der Verunglückte links vor dem Unfall saß, bekundet: Er habe gesehen, daß Linke, nachdem er von seinem Postautomobil abgestiegen war, auf die andere Seite der Straße ging. Von diesem Automobil könne er also nicht überfahren sein. — Radtwächter Funke ist durch den Laternenwärter nach der Unfallstelle geholt worden. Er bekundet: Als er hinzukam, war das Kieperstische Automobil bereits davon gefahren. Der Verunglückte lebte aber noch. Er schlug einigemal die Augen auf und verschied dann. Ein anderes Automobil als das Kieperstische ist zur fraglichen Zeit an jener Stelle nicht vorüber gefahren. Die Spur des Automobils war in dem leicht gefrorenen Straßenschmutz deutlich zu erkennen, sie ging schräger über die Stelle, wo der Verunglückte gefunden wurde. Eine ausweichende Spur war nicht vorhanden.

Daß Kiepert die Worte: „Es kann doch nur Geld kosten“, gebraucht hat, konnte vor Gericht nicht erwiesen werden. Wolter weigerte sich, seine Gewährsmänner zu nennen, die von Kiepert wirtschaftlich abhängig seien und ihm, Wolter, mitgeteilt hätten, daß Kiepert diese Äußerung auf seinem Gutshofe in Gegenwart anderer gebraucht habe.

Die Beklagten und ihre Verteidiger machten geltend: Wenn auch nicht erwiesen sei, daß der Verunglückte durch das Kieperstische Automobil überfahren sei, so stehe doch fest, daß die Insassen desselben sich recht herzlos benommen hätten. Sie fanden einen Menschen auf der Straße liegend, von dem sie nicht wissen konnten, ob er bereits tot war. Nach Aussagen einiger Zeugen habe er ja auch noch gelebt. Unter solchen Umständen könne man doch von nicht ganz gefühllosen Leuten erwarten, daß sie dem Verunglückten, soweit es ging, Hilfe gebracht hätten. Sie konnten ihn doch in ihrem Automobil zum nächsten Arzt fahren. Aber die Herrschaften überführten sich nicht einmal, ob noch Leben in dem Verunglückten sei, selbst der Leutnant Kohnmann habe es nicht der Mühe für wert gehalten, die Glacehandschuhe auszustreichen und den Verunglückten zu berühren, ob er denn wirklich schon tot sei.

Unter verantwortlicher Redakteur Weber und sein Verteidiger Rosenfeld wiesen noch darauf hin, daß in der Notiz, die der „Vorwärts“ über den Vorfall brachte, gar keine Beleidigung enthalten sei. Ueber das Verhalten der beiden Damen sei überhaupt nichts gesagt und bezüglich der Redensart „es kann doch nur Geld kosten“ habe der „Vorwärts“ gar nicht gesagt, wer diese Worte gebraucht haben sollte. Der „Vorwärts“ habe auch nicht, wie die anderen Zeitungen, eine Verächtlichmachung des Vertreters der Kläger erhalten, trotzdem aber die in anderen Blättern erscheinende Verächtlichmachung gedruckt. Objektiv könne eine Zeitung jedenfalls nicht verfahren.

Das Gericht kam zu dem Urteil: Die Behauptung, die beiden Klägerinnen hätten den Linke überfahren, sei nicht wahr. Sie hätten ihn vielmehr auf der Straße liegend gefunden, und da sie ihn für tot hielten, hätten sie keine Veranlassung gehabt, sich weiter um ihn zu kümmern. Niemand könne ihnen deswegen vorwerfen, daß sie gefühllos gehandelt hätten. Die Behauptung, der Kläger Kiepert habe gesagt, es könne doch nur Geld kosten, sei nicht erwiesen, es handele sich nur um eine Klatscherei. Aber es lagen doch Tatsachen vor, die Anlaß gaben zu der Annahme, daß sich die Klägerinnen gefühllos benommen hätten, und daß ein Mißstand vorgelegen habe, der öffentlich habe gerügt werden müssen. In dieser Hinsicht müsse der Presse ein weiter Spielraum gelassen werden. Denn die Presse sei dazu da, Mißstände, welche die Öffentlichkeit interessieren, aufzudecken. Demgemäß sehe den Angeklagten Wolter, Krudt (Berl. Tagebl.), Staniel (Berl. Volksztg.) und Weber (Vorwärts), der Schutz des § 193 zur Seite. Diese vier Angeklagten sind deshalb freigesprochen. Der Angeklagte Leupold („Wahrheit“) ist aus § 165 und 186 zu sechs Wochen Gefängnis, der Angeklagte Wegner (Mariendorfer Zeitung) aus § 185 zu einer Geldstrafe von 30 M. verurteilt. Die „Wahrheit“ hatte die Angelegenheit in einem längeren Artikel behandelt, den das Gericht für beleidigend hielt. Die „Mariendorfer Zeitung“ hatte ihrer Darstellung die Ueberschrift „Reize Rörder“ gegeben und ist lediglich deshalb verurteilt worden. Die anderen Zeitungen hatten nur tatsächliche Mitteilungen gebracht.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute, Dienstag, 23. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Hofjäger-Palast“, Pafentheide 62/63, eine außerordentliche Generalversammlung statt. Näheres siehe Annonce in heutiger Nummer. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Richtung, V. Wahlkreis. Heute Dienstag abend 8 1/2 Uhr findet im Schweizergarten am Königstor eine Versammlung des Wahlvereins statt. Näheres siehe Annonce in heutiger Nummer. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Rixdorf. Die Genossen werden auf die heute abend 8 1/2 Uhr im Hoppes Festsaal, Hermannstr. 49, stattfindende Fortsetzung der Generalversammlung aufmerksam gemacht und ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Wilmersdorf. Die Genossen werden nochmals auf die heute abend stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Tagesordnung: 1. Vortrag des Redakteurs Genossen Ströbel über: „Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie“. 2. Diskussion. 3. Bericht der weiblichen Vertrauensperson und Neuwahl derselben. Sorge jeder für zahlreiche Besuch der Versammlung.

Sossen. Am Mittwoch, den 24. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Schulte die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Weißensee. Heute Dienstagabend 8 Uhr findet in Enders Saal, König-Chaussee 5/6, der Lichtbilder-Vortrag über: „Am Reiche der schwarzen Diamanten“ statt. Zahlreichen Besuch erhofft

Der Wahlvereinsvorstand.

Reinickendorf-Ost. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Restaurant „Tivoli“ (früher „Vorwärts-Part“) bei Schaller die Mitglieder-Versammlung statt. Genosse G r e m p e spricht über: „Moderne Verkehrswege“. Genossen, wir empfehlen Euch den zahlreichen Besuch der Versammlung.

Der Vorstand.

Niederschönhausen. Eine öffentliche Wähler-Versammlung veranstaltet der sozialdemokratische Wahlverein am Mittwoch, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, im Wälschen Restaurant (Schwarzer Adler), Blankenburgerstraße. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen R. Kubig über die bevorstehende Wahl und die Aufstellung unseres Kandidaten. Genossen, sorgt dafür, daß die Versammlung bis auf den letzten Platz gefüllt ist! Es gilt, die wenigen Tage, die uns noch von der Wahl trennen, auszunutzen. Deshalb agitiert nach Kräften und tut bis zur letzten Minute Eure Schuldigkeit!

Berliner Nachrichten.

Zur Verstaatlichung des Rettungswesens.

Der Stadterordnetenversammlung ist eine Vorlage über die Verstaatlichung des Rettungswesens zugegangen. Aus der Vorlage geht hervor, daß es sich dabei um den Uebergang der Rettungszentrale, um die weitere Erhaltung der in den Krankenhäusern Berlins eingerichteten Hauptwachen und um die Sorge für angemessene Weiterführung der bestehenden Rettungswachen handelt. Die Rettungsgesellschaft hat sich bereit erklärt, den Betrieb ihrer Zentrale als Vettennachweis und Hauptvermittlungsstelle zum 1. Mai d. J. aufzugeben und zu diesem Zweck die mit den staatlichen und privaten Krankenhäusern Berlins und der Nachbarstädte noch bestehenden Verträge zum 1. Mai d. J. aufzugeben.

Dies ist von der Gesellschaft inzwischen schon in die Wege geleitet worden, und da das Bestehen einer einzigen Zentralfstelle für den gesamten Vettennachweis auch sonst allgemein als ein Bedürfnis empfunden worden ist, so steht zu erwarten, daß binnen kurzem die städtische Zentrale in der Tat in vollem Umfange ihrer Aufgabe, den amtlichen Vettennachweis für Groß-Berlin zu liefern, zu erfüllen in der Lage sein wird. Die Uebernahme der Hauptwachen in die Verwaltung der Stadt erscheint geboten und unbedenklich, denn bisher haben die Krankenhäuser von Groß-Berlin zugunsten der Gesellschaft ungenügend die erforderlichen Räume, die ärztliche Versorgung und das nötige Material für Fälle der ersten Hilfe gegeben. Auch in Zukunft wird es hierbei verbleiben. Die Uebernahme in diesem Punkte wird also nur unwesentlicher Natur sein. Der Magistrat von Berlin hat sich bereits mit den staatlichen, privaten und den Anstalten der Vororte in Verbindung gesetzt, um das Ziel zu erreichen. Es handelt sich dann noch um die Uebernahme der neun Rettungswachen. Von diesen liegen drei in den Vororten Charlottenburg, Schöneberg und Zehlendorf. Für die Uebernahme des Inventars der sechs Berliner Rettungswachen verlangt die Rettungsgesellschaft 40 000 M., die der Magistrat zahlen will. Dafür soll der Magistrat später 50 000 M. aus dem Vermächtnisse des 1903 verstorbenen Kommerzienrats Albert Pfaff als Rückstellung und 25 000 M. zur freien Verfügung für Zwecke des Rettungswesens erhalten. Die Verwaltung des Rettungswesens und der Rettungswachen soll dem Ärzteverein übertragen werden, dem auch der ärztliche Dienst und die Leitung übertragen wird. Dafür soll der Verein bis zum 1. April 1908 jährlich 50 000 M. als Pauschale erhalten.

Der Stadtgemeinde steht die Aufsicht über die Geschäftsführung des Ärztevereins und der Wachen zu. Sie können jederzeit kontrolliert werden. Ein Beamter wird in städtische Dienste übernommen.

Insere's Erachtens erfüllt die Vorlage keineswegs die Hoffnungen, die man auf die Verstaatlichung des Rettungswesens gesetzt hat. Wenn man endlich einmal auf dem Gebiete des Rettungswesens eine Reform vornehmen will, so soll man nicht auf halbem Wege stehen bleiben und sich nicht im wesentlichen auf den Vettennachweis beschränken, sondern neben der ersten Hilfe auch das Krankentransportwesen mit einbeziehen. Da aber bei der ersten Hilfe wie beim Krankentransportwesen vor allem die Krankenkassen und deren Ärzte erheblich interessiert sind, so ist es nur selbstverständlich, daß man auch diese und den Verband fiktiver Krankenkassen Berlins und Umgegend zu der Verwaltung des Rettungswesens mit heranzieht.

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats hat auf Grund des § 6 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 die Ortsdurchschnittspreise für Naturalbezüge, bestehend in freier Heizung und Beleuchtung, für Berlin wie folgt festgestellt: 1. für Familienwohnungen mit Küche: a) für Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Kontrolleure usw. für Heizung 40 M., für Beleuchtung ebenfalls 40 M. pro Jahr; b) für Arbeiter, Gesellen, Gehilfen und sonstige Angestellte für Heizung 25 M., für Beleuchtung gleichfalls 25 M. jährlich. 2. für ein einzelnes Zimmer für Heizung wie für Beleuchtung je 10 M. jährlich.

Die Schleifenausstellung im Gewerkschaftshause wird am Dienstag geschlossen. Diejenigen Organisationsstellen, die die von ihnen gespendeten Schleifen zurück wünschen, werden gebeten, sie im Laufe des heutigen Tages abholen zu lassen.

Umsetzung von Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn muß wegen Gleisarbeiten an der Kreuzung Weinmeisterstraße, Ede Schönhauserstraße, in den Nächten vom 22. zum 23. April und vom 25. und 26. April von 1 bezw. 12 Uhr auf verschiedenen Linien abgelenkt werden. Es wird dies erforderlich in der Nacht vom 22. zum 23. April bei Linie 3 Richtung A ab Kettledesplatz von

11,28 Uhr ab, 11 ab Wiebestraße 12,37, ab Bärlicher Bahnhof 12,42, 35 ab Kreuzbergstraße 12,34, 36 ab Kreuzbergstraße 12,42. Sie fahren von der Mühlstraße durch die Alte Schönhauser-, Lothringer-, Brunnenstraße und umgekehrt. In der Nacht vom 22. zum 23. April durchfahren folgende Linien vom Gadenischen Markt kommend die Rosenthalerstraße, Rosenthaler Tor, Lothringerstraße, Schönhauser Allee und umgekehrt: 55 von 12,11 ab Knefbedstraße, von 1,02 ab Danzigerstraße, 54 ab Savignyplatz 12,17, vom 20. zum 26. April Linie 53 ab Danzigerstraße 11,54, 55 ab Knefbedstraße 11,11, ab Danzigerstraße 12,02, 54 ab Schönhauser Allee 11,48, ab Savignyplatz 11,17, 52 ab Wilmersdorf 11,21, ab Mühlstraße 11,16 und 56 ab Danzigerstraße 12,00. Durch die Spanbauer-, König-, Alexander-, Münz-, Alte Schönhauserstraße und umgekehrt fahren in den Nächten vom 22. zum 23. April die Linien 47 von 12,31 ab Ringbahnhof Rixdorf und 48 12,53 ab Schönhauser Allee, vom 25. zum 26. April Linie 47 ab Ringbahnhof Rixdorf 11,27, ab Nordend 11,23, Linie 48 ab Schönhauser Allee 11,53, ab Rixdorf 11,30.

Die Gasdeputation beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit dem Antrag der Direktion, die auf der Gasanstalt in der Danzigerstraße probeweise eingeführte achtstündige Arbeitsschicht für Betriebsarbeiter und neunstündige Schicht für Hofarbeiter auf allen städtischen Gasanstalten einzuführen. Trotzdem der Vorsitzende der Deputation, der Stadtrat Ramsau und der technische Direktor der Gaswerke, Herr Schimming in der wärmsten Weise für die Annahme der Vorlage eintraten, herrschten in der Deputation Bedenken, dem Antrage zuzustimmen. Von einer Seite wurde es als eine kulturelle Pflicht bezeichnet, den Bestrebungen auf Verfüzung der Arbeitszeit entgegen zu treten. Vor allem befürchtete man von der vorgezogenen Regelung einen ungünstigen Einfluß auf die übrigen städtischen Werke und auf die Privatindustrie. Diese theoretische Seite der Frage wurde für viel wichtiger gehalten als die praktischen Erfahrungen, die man bei dem Versuche in der Anstalt Danzigerstraße gemacht hatte, Erfahrungen, die beweisen, daß in der kürzeren Arbeitszeit genau daselbe geleistet wurde, wie in der bisherigen längeren Arbeitszeit. Schließlich wurde die Entscheidung ausgesetzt und beschloffen, das Gaswerk Danzigerstraße am Mittwochvormittag gemeinsam zu besuchen, um sich dort an Ort und Stelle einen Einblick in die Einzelheiten des Betriebes zu verschaffen.

Zur Unterbrechung der Eisenbahnfahrt schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Die deutschen Regierungen haben sich bekanntlich entschlossen, bei Gelegenheit der Einführung der neuen Personen- und Gepäcktarife eine Vorschrift zu erlassen, die von den Reisenden vielfach als Belästigung empfunden wurde. Bei Unterbrechung der Fahrt bedarf es in Zukunft einer Bescheinigung nicht mehr. Der Reisende kann ohne Zeitverlust, ohne die zuständigen Stationsbeamten aufsuchen zu müssen, den Bahnhof auf der Unterwegstation verlassen, um — wie das jetzt auch vorgeschrieben ist — seine Reise mit einem an demselben oder dem folgenden Tage fahrenden Zuge fortzusetzen. Wenn neuerdings in der Presse verlangt wird, daß man seine Reise beliebig, auch mehrmals, ohne Bescheinigung unterbrechen dürfe, wenn weiterhin gefordert wird, daß den Fahrkarten eine längere Geltungsdauer gegeben werden möge, so scheint uns hierzu ein Bedürfnis nicht vorzuliegen, ganz abgesehen davon, daß bei langfristigen Fahrkarten, die ohne alle Kontrolle von beliebigen Stationen aus benutzt werden können, der Reiz zu Fahrgeldhinterziehungen in noch größerem Umfange als bei den heutigen Rückfahrkarten vorliegen würde. Wer längere Reisen machen, sein Gepäck beliebig voranschicken und die Fahrt beliebig unterbrechen will, dem stehen auch künftig die Vereinsfahrtscheinhefte zur Verfügung.

Was zu erwarten war! Aus Güstrow in Mecklenburg wird gemeldet: Das hiesige Landgericht, das die Unterdrückung gegen die Fürstin Camilla Brede wegen der bekannten Silberdiebstähle führt, hat jetzt auf Grund ärztlicher Gutachten auf Einstellung des Verfahrens erkannt. Das psychiatrische Obergutachten hatte eine ärztliche Kommission erstattet, der unter anderen Medizinrat Dr. Reppmann-Berlin und Professor Dr. Schudardt von der Universität Rostock angehören. Das ärztliche Gutachten kommt zu dem Schluß, daß die Fürstin, die schon seit sechs Jahren Zeichen geistiger Störung gezeigt hat, bei Vergehungen der Silberdiebstähle sich in einem Zustande befunden habe, der jede freie Willensbestimmung ausschloß. Die Fürstin befindet sich zurzeit in einem Sanatorium in Auteuil bei Paris.

Wir haben von Anfang an nicht im geringsten daran gezweifelt, daß die Fürstin Brede bei Vergehungen dieser Silberdiebstähle nicht zurechnungsfähig war. Wenn eine Arbeiterfrau in ihrer Not sich ein Brot nimmt, um den Hunger ihrer Kinder zu stillen oder ein paar Kohlen auslieft, um sich eine warme Stube zu machen, wird sie verurteilt und zwar von Rechts wegen! Da macht man nicht viel Umstände, bei einer Fürstin ist das was anderes!

Herr Ferdinand Bonn, der Direktor des Berliner Theaters, hat sich wegen der Inhabierung einer Aufführung durch die Polizei direkt an den Kaiser gewandt, um sich bei ihm zu beschweren. Herr Bonn glaubte sich seines Erfolges schon sicher, weil der Kaiser sich in seinem Theater die Schauerkomödie „Sherlock Holmes“ und den „Hund von Basterville“ angesehen hat, ist aber in seiner Hoffnung betrogen worden. Wie auswärtige Blätter zu melden wissen, ist Herr Bonn in Homburg v. d. Höhe, wohin er gereist war, vom Kaiser nicht empfangen worden.

Ein furchtbares Familiendrama

hat sich Sonntagabend in der Prenzlauerstraße 18 abgespielt. Dort ermordete der pensionierte Feuerwehmann Jakob Lange erst seine Schwiegermutter, die 61-jährige Witwe Marie Schmed, und verlor dann seine Ehefrau sowie deren Freundin, die 21-jährige Charlotte Klisch, Neuterplatz 21 wohnhaft, zu erschießen. Die beiden letzteren Frauen sind so schwer verletzt, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird. Der Täter ergriff sofort nach Verübung des Verbrechens die Flucht, stellte sich aber später wieder selbst der Behörde. Ueber die Tat selbst werden folgende Einzelheiten bekannt:

Vor längerer Zeit war der Feuerwehmann Langefeldt wegen einer folgenschweren Rauchvergiftung und starker Nervenstörung pensioniert worden und seitdem lebte er in der Christburgerstr. 36/37 als Verwalter. 2. war außerordentlich eifersüchtig auf seine Frau und führte dadurch häufig erregte Szenen herbei. Er trieb es bald so weit, daß die Frau die Scheidungsklage einreichte. Vor vierzehn Tagen verließ Frau L. ihren Mann und zog zu ihrer Mutter nach der Prenzlauerstr. 18. Die Vermählungen des L., seine Frau zur Rückkehr zu bewegen, hatten keinen Erfolg. Er beschloß nun sich bitter zu rächen. Sonntagnachmittag wollte er die beiden Frauen in ihrer Wohnung aufsuchen, um seinen Plan zur Ausführung zu bringen, er traf aber niemand an. Frau L. hatte mit ihrer Mutter und ihrer Freundin, der erwähnten Klisch, einen längeren Ausflug unternommen, von dem sie erst in der neunten Abendstunde wieder heimkehrten. L. hatte die Rückkehr der Frauen abgewartet und betrat nun mit ihnen unbemerkt das Haus und die Wohnung. Ahnungslos legten die Drei ihre Hüte ab und machten sich daran, Kaffee zu kochen. Als sie sich dann am Tisch niederlassen wollten, erschien Langefeldt plötzlich auf der Bildfläche, und nun kam es zu einer kurzen erregten Auseinandersetzung zwischen dem Ehepaare. Kaffee hatte ergriffen die beiden anderen Frauen die Partei der Ehefrau. Als dann L. einen Revolver hervorzog, schrieen die Frauen auf. Im nächsten Augenblick krachten kurz

hintereinander mehrere Schüsse. Der erste Schuss hatte der eigenen Frau getroffen. Sie brach in die Brust getroffen leblos zusammen. Von zwei Kugeln durchbohrt sank die Schwiegermutter tot nieder. Der letzte Schuss gab der Täter auf die Freundin seiner Frau ab. Fräulein K. erlitt trotz der schweren Schussverletzung auf die Strafe hinunter und rief dort um Hilfe. In den Armen hinspringender Passanten brach sie dann bewusstlos zusammen. Der Hausverwalter eilte mit dem Portier schleunigst nach der Wohnung hinauf, sie fanden aber die Korridorflur verschlossen vor. Sie zerschmetterten sie durch Fußtritte und stießen auf dem Flur gegen den Leichnam der erschossenen Schwiegermutter. In der Küche lag die Frau des L. in ihrem Blute. L. hatte infolge der Hülflosigkeit der K. sofort die Flucht ergriffen. Er irrte einige Zeit planlos in den Straßen umher und stellte sich schließlich auf dem 16. Polizeirevier der Behörde. Auf Veranlassung des hinzugerufenen Dr. Buchs wurde Frau L. in das Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert. Ihre Verletzung ist lebensgefährlich. Fräulein Klisch wurde, nachdem sie auf der Unfallstation in der Reibelsstraße die erste ärztliche Hilfe erhalten, gleichfalls dem Krankenhaus am Friedrichshain zugeführt. L. wurde nach erfolgter Vernehmung in das königliche Polizeipräsidium eingeliefert.

Eine weitere Meldung besagt, daß Frau Langefeldt im Krankenhaus am Friedrichshain gestorben ist.

Kautionschwinder suchen auf alle mögliche Weise stellunglosen Leuten ihr Geld abzunehmen. Kürzlich erschien im „Lokalanzeiger“ folgendes Inserat:

„Drei bis vier ansehnliche, gesunde Leute, die Lust haben, an einer Expedition teilzunehmen, können sich melden. (Reise frei, hohes Gehalt.) Anfragen Meyer u. Kroll, Breslau 6.“

Wer sich um eine solche Stelle bewarb, erhielt folgendes Schreiben:

Meyer u. Kroll's

Intern. Kaufmännisches Stellenvermittlungsbüreau

Breslau 6, Postenstr. 22.

Breslau, den 8. April 1907.

Verheirathung Nr.

Der Kaufmann Herr K. K., geboren am ... zu ... wohnhaft Berlin O. (solgt Straße und Nr.), wird hiermit für die nach Waterford of Irland zu besetzende Stelle, als Begleitung und Bedienung für Chinaexpedition bei einem Monatsgehalt von 145 Mark — Pf. und freier Station, durch unsere Vermittlung engagiert. Die Kündigung ist beiderseits eine monatliche. Die Vermittlungsgebühr für obige Stellung beträgt vier Mark 75 Pf.

Wird der Schein nicht innerhalb drei Tagen eingelöst, so verliert derselbe seine Gültigkeit und betreffende Stelle wird anderweitig vergeben.

Meyer u. Kroll.

Bemerkungen.

Senden Sie diese Bescheinigung und Postquittung an Kapitän D. Schmidt in Waterford of Irland. Sie erhalten dann Visum bis an Bestimmungsort.

Meyer u. Kroll.

Ein weiteres Schreiben besagt:

Berlin, den 12. April 1907.

Nachdem ich Sie am 10. d. M. zwecks persönlicher Rücksprache nicht angetroffen habe, ersuche ich Sie höflichst falls Sie an der ausgedruckten Expedition teilnehmen wollen, sich an Expeditionsleiter Herrn Georg v. Schönerer in Polajewo, Prov. Posen zu wenden wo sich derselbe bis Dienstag, den 16. April dienstlich aufhält.

Sie sollen nebst drei anderen Herren, die Kommission auf ihrer Expedition durch Afrika als Bedienung begleiten und erhalten bei freier Station, freier Hin- und Rückreise ein Monatsgehalt von 150 Mk. Die Abreise erfolgt Sonntag, den 21. April, abends 9/11 vom Lehrter Bahnhof in Berlin, Ankunft in Bremerhaven-Bestemmung am 22. nachmittags 8 Uhr 20. Damit Sie uns aber nicht in Verlegenheit bringen, haben Sie sicherheitsshalber Ihre Papiere, Originalzeugnisse sowie eine kleine Kaution (deren Höhe Sie selbst bestimmen) an Herrn v. Schönerer bis zu dem festgesetzten Termin einzusenden. Die Fahrkarte wird Ihnen dann im Laufe der nächsten Woche überandt.

gez. Expeditionsvater Dr. Arndt.

Deutsche Anstellungs-Kommission für Afrika.

Ebenso erhalten Sie dann nähere Information“.

Die Berliner Kriminalpolizei hat die Sache aufgegriffen und veranlaßt, daß Herr v. Schönerer auf dem Bahnhof Polajewo dieser Tage verhaftet wurde. Er soll bereits eingekerkert haben, einen Kautionschwinder geplant zu haben. Es sei deshalb derartigen Annoncen gegenüber dringend Vorsicht angeraten.

Im Verfolgungswahnsinn aus dem Fenster gestürzt. Gemeinsam mit ihrer Kasse hat sich die 40jährige Ehefrau des Arbeiters Seeland aus der Bergstraße 57 aus dem Fenster gestürzt. Frau S. leidet am Verfolgungswahnsinn und da sich ihr Zustand in der letzten Zeit sehr verschlimmert hatte, wurde sie von ihrem Manne Tag und Nacht bewacht. Trotzdem gelang es der Unglücklichen, in einem unbemerkten Augenblick erst ihre Kasse, von der sie sich verfolgt wähnte, und dann sich selbst aus dem Fenster herauszuwerfen. Sie schlug mit dem Schädel auf dem Bürgersteig auf und wurde in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus eingeliefert.

Ein furchtbares Erwachen hatte gestern die Ehefrau des Arbeiters Michael Friede, Köpckestr. 44. Als sie morgens aufwachte, traf ihr erster Blick einen erstarrten menschlichen Körper, der am Türpfosten hing. Der Tote war ihr Mann. Er war nachts angetrunken heimgekehrt und hatte sich unbemerkt erhängt.

Wegen des Fürstentwales Nordes wurde vorgestern der polnische Arbeiter Janusz Kolesinski zum zweiten Male verhaftet. Es handelt sich um die Ermordung des Bierzuckers Haase von der Schultheiß-Bräuerei, der auf der Heimfahrt von Müncheberg nach seinem Wohnort mit einem Weill erschlagen und des einseitigen Geldes beraubt wurde. Der Verdacht der Täterschaft verdrängte sich gegen Kolesinski, der bei Müncheberg arbeitete und nach dem Verhaftung in seine Heimat abreißen wollte, so, daß die Kriminalpolizei ihn festnahm. Der Untersuchungsrichter entließ den Verdächtigen wieder aus der Haft. Auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft aber ordnete das Kammergericht die Weiterführung des Verfahrens an. Kolesinski aber, der keine Zeitungen lieh, fühlte sich ganz sicher. Als er nun vorgestern Abend nach einer Perle in der Weberstraße kam, um dort zu übernachten, nahm die Kriminalpolizei, die seit dem Beschlusse des Kammergerichts auf ihn fahndet, ihn fest, um ihn wieder nach Frankfurt a. O. in das Untersuchungsgefängnis zu bringen. Kolesinski, der die Vorgänge nicht kannte, war erst sehr entrüstet, fügte sich dann aber in das Unvermeidliche. Die Tat begangen zu haben, befreit er nach wie vor.

Von einem Roubdy angefallen und angeschossen wurde am Sonnabendabend zwischen 11 und 12 Uhr der Metallschleifer Richard Maras, Wismanstr. 48, vor seinem Hause. Er ist am Sonntag, in der Klinik des Prof. Seitzinger seinen Verletzungen erlegen. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Einen interessanten Beitrag zur Frage der Wertzuwachssteuer bildet folgende Mitteilung eines hiesigen Mittagsblattes, die wir einem Artikel über „Berliner Hotels“ entnehmen. Es heißt da unter anderem:

Das Hotelgrundstück Friedrichstr. 100 (Hotel Monopol) ist im letzten Jahre zweimal verkauft worden, am 17. März 1906 von dem ehemaligen Besitzer Rathenau, Baurat Heim und den Wöhrhchen Erben für 7 Millionen an Herrn Eberbach und am 16. Dezember 1906 von diesem für 9 Millionen an den Hotelier Hillengas, den Inhaber

des „Kaiserhof“ in Wiesbaden. 2 Millionen in dreiviertel Jahr ist ein recht anständiger Zwischengewinn. Herr Hillengas hat seinerseits wieder das Grundstück der neugegründeten „Monopol-Hotel A. G.“ übertragen, deren Direktion er übernimmt.

Zwei Millionen sind in dreiviertel Jahr „verdient“ worden. Gätten wir die Wertzuwachssteuer, so wäre für die Stadt Berlin eine hübsche Einnahme herausgekommen.

Radrennen zu Steglitz. Sonntag, 21. April. Der „Große Frühjahrspreis“, ein Hundert-Kilometer-Rennen, wurde eine Deute für den Amerikaner Bobb Balthour, der im Verein mit dem Franzosen Guignard den beiden deutschen Vertretern, Robl und Huber, eine empfindliche Niederlage bereite. Der Sieg Balthours über seine Gegner war ein völlig einwandfreier. Gleich vom Beginn die Spitze übernehmend, ging Balthour schon in der dritten Runde an Robl vorbei, der gar nicht in Schwung zu kommen schien. Bald danach muß Huber den Amerikaner passieren lassen und auch Guignard zieht langsam an Robl vorbei. — In der 17. Runde ist Robl abermals überundet und dieses Schicksal muß der „Weltmeister“ bis zum Schluß des Rennens schmachvoll über sich ergehen lassen, während Huber anfänglich etwas Widerstand leistet, um dann aber schließlich nach dem 90. Kilometer ganz aus dem Rennen zu scheiden. Der einzige achtbare Gegner war Guignard. Lange Zeit blieb die Entfernung zwischen ihm und Balthour die gleiche und hartnäckig leistet er allen Angriffen desselben Widerstand. Durch mehr als zwanzig Runden geht die Jagd, bald näher, bald weiter ist der Amerikaner an den Franzosen heran; als dieser seinerseits in der 110. Runde Robl bedrängt, aber abgeklägt wird, gelangt es Balthour in der nächsten Runde, an Guignard vorbeizukommen, der für den Augenblick von seiner Führung abfällt. Mit splendender Leichtigkeit kann der Amerikaner bereits 80 Runden später dem Franzosen die zweite Runde abnehmen, doch bis zum Schluß hält dieser tapfer stand, so daß er nur 1220 Meter zurück als Zweiter endet. — Der „Kleine Frühjahrspreis“, der über 50 Kilometer geht, wird von Albert Schipke vor Pryzrembel, Goor und Rauf gewonnen. In diesem Rennen spielten die Motor- und Radfahrer wieder ihre Rolle, worunter besonders Pryzrembel und Rauf zu leiden haben. Ersterer, der vor acht Tagen einen so schönen Sieg in Treptow errungen, übernimmt die Führung und hat bald einen weiten Vorsprung, kann sogar Rauf in der 7. Runde passieren, als sich von seinem Motor die Schutzwelle löst. Der Erjay kann aber nicht die gewünschte Schnelligkeit liefern, trotzdem hat Pryzrembel beim zehnten Kilometer gegen seine Gegner nahezu eine Runde aufgeholt. In der 37. Runde geht Schipke vor Goor; Rauf ist schon lange Zeit ohne Führung. In der 43. Runde greift Pryzrembel den Belgier Goor an, jedoch verliert sein Motor und er muß nun Schipke den Vortritt lassen. Auch Goor geht vor Pryzrembel, wird aber wieder geholt und muß später sein Rad wechseln, wodurch der Belgier einige Runden einbüßt. Schipke greift Pryzrembel an und alle vier Fahrer liegen in diesem Augenblick in der Kurve nebeneinander, ein aufregender Anblick. Bald darauf wechselt Pryzrembel seine Führung, kann aber gegen Schipke nichts ausrichten und muß gegen den Schluß noch seinen Platz gegen Goor verteidigen. Rauf fuhr lange Zeit ohne Führung, konnte aber gegen das Ende etwas Boden zurückgewinnen. — Die vorausgegangenen Fliegerrennen wiesen stark besetzte Felder auf und es gab schöne Enttäuschungen.

21. Radrennen Treptow. 21. April. Championat der Streckenläufer. Internationales 25 Kilometer-Rennen, veranstaltet vom Sportklub Komet. 5 Ehrenpreise. 1. G. Maguenau (Paris) 1 Stunde 32 Min. 40/5, 2. J. F. Svaberg (Stockholm), 30 Meter. 3. J. Böge (Sportklub Komet), 4 Runden. 4. R. Nieses (Sportklub Komet), 5 Runden. 5. M. Kuchta (Sportklub Marathon), 9 Runden.

Svaberg und Maguenau sind von Beginn an vorn, die anderen bleiben weit zurück. In der letzten Runde geht der Franzose vor und gewinnt mit 30 Meter Vorsprung. 29 gemeldet; 23 am Start, davon 8 ausgegeben.

Das Thalia-Theater hat — o heiliger Herr v. Schudmann! — in Rücksicht auf die andredende Ausstellungslampagne in Friedenau noch vor Schluß der Saison einen neuen Schwanz mit Gesang in drei Akten von Jean Ren und Arthur Hippshüg; „Wo die Liebe hinfällt!“ herausgebracht. Das Motiv ist nicht gerade neu, Altes ist modernisiert, und da es gut dargestellt wird, bleibt die Wirkung nicht aus. Ein Gewerberat, der von seinen zahlreichen Verwandten ausgenutzt wird, will sich berüchtigen machen. Er schreibt ein Buch gegen das Duell. Damit aber der Rat nicht auf den Gedanken kommt, zu heiraten und damit die Verwandten nichts gekürzt wird, sorgen diese dafür, daß eine recht alte Schachtel als Hauskälterin engagiert wird. Diese Hausdame entpuppt sich aber im Gegenteil als eine recht feiche, schlechte Mäxchenin, die es dem Gewerberat antut und ihn sogar veranlaßt, seinen „Grundrissen“ untreu zu werden und eine seiner Verehrten zugefügte Verleumdung in einem Duell zu rächen. Zu diesem in der Hafenbeide projektierten Duell kommt's aber nicht zur Freude des Gewerberats wie seines Gegners, denn beide haben vor der Schieberei eine höllische Angst. Die ganze Geschichte endet mit nicht weniger denn vier Heiraten. Einige hübsche Couplets hat Herr Alfred Schönfeldt verbrochen und Max Schmidt hat die Musik dazu geschrieben. Die Darsteller trugen ihr Bestes zum guten Willen bei. In erster Linie ist Josefina Dora zu nennen, die das Brett des Passage-Theaters mit den Vertretern des Thalia-Theaters vertauscht hat und ihre Rolle als Hausdame Leni Straußfischer geradezu meisterhaft spielte. Ganz in ihrem Element war sie in dem Couplet: „Na, Sie tem'n mich doch von früher, ich bin ja gar nicht so“ und in einem mit Herrn Sondermann vorgetragenen Duett: „Wenn die Wogenlampen glänzen!“ Aus dem Gewerberat und Antiduellarius machte Herr Tiescher erst etwas und als er, bis an die Zähne in Wutte verpackt, sich als Duellant über auf der Bühne erschien, da blieb kein Augen trocken — vor Lachen, genau so wie in dem letzten Stück, in dem er als Ringkämpfer auftrat. Das Segst: „Wo die Liebe hinfällt“, gelungen von Josefina Dora, Elise Geh, Guido Tiescher, Emil Sondermann, Elise Wannobius und Alice Lang wird bald auf den Tanzböden seine Auferstehung feiern.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 24. April, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der Hgl. Musikdirektor Bernhard Jergang in der St. Marien-Kirche das nächste Orgel-Konzert unter Mitwirkung von Frau Martha Dreher-Wolff (Sopran), Fr. Eva Reinhold (Alt), Herrn Berth. Ford (Tenor) und Herrn Hgl. Kammermusiker Hans Diebel (Violine). Orgelkompositionen von Bach, W. Wolfram (Gloria in excelsis Deo) und Elga. Der Eintritt ist frei!

Zengengefuch. Im März dieses Jahres hielten vor einem Hause am Warthauerplatz zwei Produktenhändler mit ihren Fuhrwerken, um ihre Produkte bei einem Engrosbändler abzugeben. Während der eine abgefertigt war, ging der andere in das Haus und der erste wollte sich zu seinem Fuhrwerke begeben, als er gewahrt wurde, daß das Pferd seines Kollegen plötzlich durchging und im vollen Karriere die Straße hinuntertraf. Da auf dem Wagen noch ein kleines Kind saß, entfiel sich der Unglück vorausgehende Händler, mit seinem, mit einem schnellen, jungen Schimmel bespannten Fuhrwerk hinterher zu eilen, um das durchgehende Weibchen einzufangen, unterwegs hülflosend. Dort in der Gegend arbeitende Steinseher haben die Gefahr und wütig entschlossen sprangen sie dem Pferde in die Fänge und brachten das Gefährt zum Stehen. Inzwischen war der den Wagen verfolgende Händler herangefahren und nahm Pferd und Wagen seines Kollegen in Empfang. Weil der Händler aber zu spät gekommen ist, hat er anstatt eine Verlobung ein — Strafmandat erhalten. Er bittet Zeugen des Vorganges, besonders die Steinseher, die bei dem Vorgang dabei waren, um Angabe ihrer Adresse an August Bölle, Staligerstraße 77, Keller.

Feuertwehrricht. Am Sonntag hatte die Berliner Feuertwehr zahlreiche Brände zu löschen. U. a. einen großen Brand nachmittags in der Vornholmerstr. 2. Dort standen der Dachstuhl, die Bodenbeschläge mit Inhalt usw. in großer Ausdehnung in Flammen. Der 3. Zug ging über eine große mechanische Leiter vor, andere

über die verqualmten Treppen. Durch kräftiges Wassergeben gelang es schließlich, die Flammen, deren Entstehung nicht aufgeklärt ist, auf den Dachstuhl des Hauses zu beschränken. Vielen Mietern wurde bei ihrem Nachhausekommen eine unangenehme Überraschung zu teil. Kupper dem Verlust von Hausrat belagten sie auch noch die Beschädigung vieler Sachen durch Wasser. Ein zweiter größerer Brand beschäftigte die Wehr in der Holzmarktstraße 17/18, an der Ecke der Michaelstraße. Dort stand auf dem Scharlacher Speichergrundstück an der Spree ein einfaches Gebäude mit dem Dach in Flammen. Dem 5. Zuge gelang es durch energisches Vorgehen und Wassergeben mit mehreren Kohren den Brand auf dies Gebäude zu beschränken. In der Rindbachstraße 8 stand ein Schuppen, ein Dreierzaun u. a. in Flammen. Auch dort mußte tüchtig Wasser gegeben werden.

In der vergangenen Nacht erfolgte ein Alarm nach dem Eisenbahn-Direktionsgebäude am Schöneberger Ufer 5/9 gegenüber dem Hofen. Dort brannten Dreier, Balken u. a. Dem 9. Zuge gelang es, die Gefahr bald zu beseitigen. In der Sportausstellung am Zoologischen Garten brannte nachts um 3 Uhr Fleisch in einem Kochtopf und in der Landbergerstr. 61 ein Automobil. Inveinal wurde die Feuerwehrrichtung böswilligerweise alarmiert. Erst nach der Grünhägerstraße auf dem Gesundbrunnen und dann nach der Schönehauser Allee 128a. In beiden Fällen sind die Täter unerkannt entkommen. Der 17. Zug hatte in der Kürassierstr. 3 zu tun, wo beim Kochen einer Gummilösung in einer Passementeriefabrik Feuer ausgebrochen war. An der Ecke der Jüden- und Königsstraße brannte ein Straßenbahnwagen und in der Alten Schönehauserstr. 29 war Gas aus einem schadhaften Gasmeter ausgeströmt. Zwei Wohnungsbrände beschäftigten die Wehr in der Klopstockstr. 23 und St. Frankfurterstr. 41/42. In der Alten Jakobstr. 88 brannte in einem Keller Papier u. a., an der Alten Fischerstraße 11 in einer Tischlerei Holz bei einem Leimofen, und Petersburgerstr. 88 Lumpen u. a. In drei Fällen leistete die Wehr in der Inselstr. 10, Prosauerstr. 11 und Wilhelmstr. 1a mit Erfolg Samariterdienste, und einmal ohne Erfolg in der Eisenerstr. 85. Ferner hatte die Wehr in der Jablonstr. 23, Potsdamerstr. 118b, Reinickendorferstraße 48, Weberstr. 7 und anderen Stellen noch zu tun, wo Leer, Petroleum, Schränke, ein Dach u. a. brannten.

Vorort-Nachrichten.

Sigdorf.

Die Ausgabe der Bibliotheksbücher erfolgt jetzt werktäglich von 6—8 Uhr abends. Die Genossen werden gebeten, diese Zeit inne zu halten.

Steglitz.

St. Bureaukrat. Am Donnerstag voriger Woche erschien die amtliche Bekanntmachung, daß die für den 22. April angelegten Gemeindevahlen auf den 6. Mai verschoben seien. Nun sollte man doch meinen, daß es Pflicht des Gemeindevorstandes gewesen sei, alle die Wähler, denen bereits die amtliche Wahlkarte zugestellt war, mittels einer neuen Karte von der Verlegung des Wahlortes zu benachrichtigen. Aber weit gefehlt! Nicht nur das unterblieb, sondern man ließ unbegreiflicherweise die noch nicht bestellten Karten weiter austragen. Koch am Sonnabend nachmittag wurden auf diese Weise eine große Anzahl Wähler zu der schon vor drei Tagen aufgehobenen Wahl am Montag, den 22. April amtlich eingeladen. Das geht denn doch über die Quisquur! Ist man sich auf dem Rathaus denn nicht bewußt geworden, daß durch dieses sinnlose Begimmen eine heillose Verwirrung in der Wählerchaft angerichtet wird? Die bekannteren Parteigenossen wurden am Sonnabend und Sonntag von vielen derart gefoppten Wähler mit Fragen besümmt, ob die Wahlen nun doch am Montag, den 22. April, stattfinden, da sie doch eben die amtliche Einladung dazu erhalten hätten. Diese Fragen waren nach dem Schlußbürgerstücken unserer Gemeindebehörden gewiß berechtigt und die Empörung der Gefoppten berechtigt.

Groß-Dichterselde.

Am Sonnabendnachmittag verunglückte ein bei der Kaufirma Wertens u. Sohn in der Ferdinandstraße beschäftigter Arbeiter dadurch, daß er mit der rechten Hand in die Kreisäge geriet; er trug eine erhebliche Verletzung des Daumens und der Sehne davon. Der Verletzte war zum erstenmal an einer kreisförmigen Beschäftigung, an der leider wieder einmal die gefelich vorgeschriebene Schutzvorrichtung, der sogenannte Spaltkeil fehlte. Statt sofort die nächstgelegene Unfallstation zu benachrichtigen, wurde zu drei Ärzten geschickt, von denen keiner zu Hause war. Verbandzeug ist in dem Betriebe der Firma ebenfalls nicht vorhanden, so daß die Wunde nur notdürftig mit etwas Watte bedeckt werden konnte. Erst nach geraumer Zeit konnte die Aufnahme des Verwundeten im Krankenhaus erfolgen.

Treptow-Baumfchulweg.

In der Generalversammlung des Wahlvereins widmete der Vorsitzende Genosse Poffelt dem verstorbenen Genossen Auer vor Eintritt in die Tagesordnung einen warm empfundenen Nachruf, worauf sich die Versammelten zu Ehren des Toten von den Plänen erhoben. Alsdann erstattete der Kassierer Genosse Widley den Kassierbericht vom ersten Quartal. Es betragen die Einnahmen 489,03 M., wovon 386,02 M. an den Zentralvorstand abgeführt wurden. Die Ausgabe am Ort betrug 60,28 M., so daß ein Verlust von 102,73 M. verbleibt. Den Bericht von der Kreisgeneralversammlung erstattete Genosse Poffelt; derselbe wurde von den Genossen Lüde und Gramenz noch ergänzt. Genosse Gramenz bezeichnet es als Ungehörigkeit der Redaktion des „Vorwärts“, daß sie an die Erklärung Dr. Friedeberts noch die Schlußbemerkungen angehängt habe.

Zum Punkt Maifeier gab Genosse Ehm den Beschluß des Vorstandes bekannt, wonach die Maifeier nachmittags in Baumfchulweg in Speers Festhallen stattfinden soll. Hieran anknüpfend bemerkte Redner u. a., daß der Aufruf des Parteivorstandes eine dicke Abiage an die Maifeier bedeute. In ähnlichem Sinne äußerte sich Genosse Karow. Redner meint, Leute wie Robert Schmidt müßten bei diesem Aufruf ihre Hände in Spiel gehabt haben. Ebenfalls gegen den Aufruf wendet sich Genosse Widly. Genosse Strieder ist der Meinung, daß sich die Genossen des Parteivorstandes jedenfalls von den jetzigen für die Maifeier ungunstigen Verhältnissen haben leiten lassen, von Bremen könne keine Rede sein. Genosse Hensel glaubt, daß durch den Aufruf wahrscheinlich die Unternehmung noch mehr Rat bekommen. In dem Maße man erst die Gründe hören, die den Parteivorstand zu diesem Aufruf veranlaßten, ehe man einen Tadel ausspricht. Genosse Zimmer nimmt den Parteivorstand in Schutz und meint, man dürfe nicht mit Gewalt das Geld wegwerfen und hartköpfig an der Maifeier festhalten. Gegen den Aufruf wenden sich noch die Genossen Poffelt und Lüde. Letzterer ist der Meinung, der Aufruf sei nur ein Vorspiel zum internationalen Kongreß. Den Einfluß der Gewerkschaften merke man immer mehr, leider zum Schaden der Arbeiterbewegung. Folgende Resolution wurde gegen 5 Stimmen angenommen:

„Die heutige Generalversammlung kann sich mit dem „Aufruf“ des Parteivorstandes in der Maifeierfrage nicht einverstanden erklären und erhebt dagegen entschiedenen Protest.“

Als Delegierte zur Generalversammlung Groß-Berlins wurden die Genossen Hensel, Ehm, Thiemide, Weich, Widly, Wege und Wahr als Ersatzmann gewählt. Genosse Karow gab noch kurz einen Bericht aus der Gesundheitskommission und ersuchte alle Mitteilungen in dieser Beziehung ihm umgehend zukommen zu lassen.

18 Renaufnahmen wurden von der Versammlung bestätigt.

Lichtenberg.

Alzu scharf macht scharf. Der Sanitätszweckverband der Gemeinden Rummelsburg-Voghen-Lichtenberg hat seinerzeit das

